Nr. 272. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 21. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Gemeindesteuern.

Mit großer Mehrheit hat der Reichstag am Donnerstag beschlossen, daß die Gemeinden, leider erst vom 1. April 1910 ab, keine kommunalen Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andre Mühlenfabrikate, Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett mehr erheben dürfen. Wie berechtigt dieser von den verbündeten Regierungen eifrig bekämpfte Beschluß ist, lehrt ein Blick in die im neuesten Statistischen Jahrbuch deutscher Städte veröffentlichte Abhandlung des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, Dr. Würzburger, über Gemeindesteuern. Zwar erstrecken sich die Untersuchungen nur auf die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern; aber das Material genügt vollkommen, um zu beweisen, wie wenig stichhaltige Gründe die Regierung, allen voran der preußische Minister, Frhr. v. Hammerstein, für ihre doppelte Volksausbeutung ins Feld führen können.

Sowohl im Plenum, als auch in der Kommission, stellte es die Regierung so dar, als ob die Aufhebung des Octrois unbedingt eine Erhöhung der Zuschläge auf die Staatssteuern, insbesondere die Einkommensteuer herbeiführen und infolge dessen die ärmere Bevölkerung schwer belasten würde. Namentlich wird, soweit die preußischen Städte in Betracht kommen, auf das Kommunalabgaben-Gesetz hingewiesen, wonach die Gemeinden berechtigt sind, auch die von der Staats-Einkommensteuer freigelassenen Einkommen unter 900 M. zu den Umlagen heranzuziehen.

Was ist an dieser Behauptung Wahres? Es giebt in Preußen im ganzen sechs Städte, die die früher als Staatssteuer erhobene Schlachtsteuer als Gemeindesteuer weiter erheben: Aachen, Breslau, Posen, Potsdam, Gnesen und Coblenz-Ehrenbreitstein. Von diesen Städten werden die vier erstgenannten in der Arbeit von Würzburger behandelt. Unter ihnen brachte Aachen im Jahre 1899/00 bei einem Gesamtsteuerbetrag von 3,8 Millionen nicht weniger als 871 000 M. in Form der Gebrauchssteuern und nur 1,5 Millionen an Einkommensteuer auf. In Breslau betrug der Gesamtbetrag an Steuern 11,2 Millionen Mark; hiervon entfielen 2,2 Millionen auf Verbrauchssteuern und 4,8 Millionen auf die Einkommensteuer. Posen brachte von 1,8 Millionen in Form der Verbrauchssteuern 383 000 Mark und in Form der Einkommensteuer 724 000 Mark auf, Potsdam von 1,4 Millionen nur 607 000 durch die Einkommensteuer und 385 000 durch Verbrauchssteuern. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen an Verbrauchssteuern in Aachen 6,55 Mark, in Breslau 5,52 M., in Posen 5,14 M. und in Potsdam 6,47 M. Das sind verhältnismäßig hohe Beträge, zumal wenn man bedenkt, daß der auf den Kopf der minder wohlhabenden Bevölkerungsklasse entfallende Betrag erfahrungsgemäß höher ist als der Durchschnitt. Daß die Beseitigung der kommunalen Steuern auf Lebensmittel einen Einnahme-Ausfall zur Folge hat, der auf andre Weise wieder wett gemacht werden muß, ist klar. Nun behaupten die Vertreter der Regierung, die Gemeinden würden gezwungen werden, auch von den Einkommen unter 900 M. in Zukunft Steuern zu erheben. Dieser Einwand ist durchaus hinfällig, denn von den in Frage kommenden Städten erheben Breslau, Posen und Potsdam bereits heute von den Einkommen von 420 M. an dieselben Sätze wie von den Einkommen über 900 M.; nur Aachen läßt die Einkommen von 420—660 M. steuerfrei und erhebt von den Einkommen zwischen 660 und 900 M. niedrigere Sätze als von denen über 900 M. Ernster zu nehmen ist der zweite Einwand, daß die Gemeinden, um den Einnahme-Ausfall zu decken, zu einer Erhöhung der kommunalen Zuschläge zur Staatssteuer schreiten müßten. Der Zuschlag zur Einkommensteuer beträgt zur Zeit in Aachen 115 Proz., in Breslau 130 Proz., in Posen 144 Proz. und in Potsdam 100 Proz. Eine Erhöhung dieses Zuschlages würde natürlich alle Steuerzahler treffen, aber in ungleicher Weise; die kleineren Einkommen würden dadurch weniger belastet als die mittleren und hohen. Nehmen wir an, Potsdam wäre in Zukunft gezwungen, statt 100 Proz. 125 Proz. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer zu erheben, so würde die Mehrbelastung für ein Familienoberhaupt, das mit 1200 Mark zur Steuer veranlagt ist, pro Jahr nur 2,25 ausmachen, während heute auf den Kopf der Bevölkerung 6,47 Mark, also auf eine Familie von 5 Köpfen 32,35 M. entfallen. Das Mehr an direkten Steuern reicht also auch nicht entfernt an die Summe heran, mit der heute das Budget der minder wohlhabenden Klassen durch die kommunalen Lebensmittelzölle belastet wird. Andrerseits würde bei einem Einkommen von 12 500 M. die Mehrbelastung 90 M., bei einem Einkommen von 60 000 M. die Mehrbelastung 520 M. ausmachen. Aehnliche Verhältnisse ergeben sich auch für die übrigen preußischen Städte. Kein Wunder also, daß sich die besitzenden Klassen, denen die Herrschaft in den Gemeinden ausgeliefert ist, mit Händen und Füßen gegen die Beseitigung des Octrois sträuben!

Es darf ferner nicht vergessen werden, daß der Grundbesitz in den meisten Gemeinden im Verhältnis zu den Vorteilen, die derselbe gewährt, viel zu niedrig besteuert ist. Eine vernünftige Bodenpolitik, eine socialpolitisch gestaltete Grund- und Gebäudesteuer könnte den Einnahmeausfall infolge der Beseitigung der Lebensmittelzölle wett machen, auch ohne daß die Kommunen die Einkommensteuer-Zuschläge zu erhöhen brauchten.

Aehnlich wie in Preußen liegen die Verhältnisse in süddeutschen Gemeinden. In der Kommission führte der Vertreter der bayrischen Regierung aus, die Annahme des § 10a würde eine empfindliche Störung des Haushalts in vielen Gemeinden verursachen; es sei mit Sicherheit eine beträchtliche Erhöhung der direkten Gemeindesteuern zu erwarten. Dies falle um so mehr ins Gewicht, als beinahe der vierte Teil aller bayrischen Gemeinden örtliche Verbrauchssteuern erheben und als diese Abgaben für manche Gemeinden die einzige oder doch wenigstens der Haupteinnahmequelle seien. Trifft dieser Grund zu, so sollte die Regierung um so eher Veranlassung zu einer gründlichen Reform der Kommunalabgaben-Gesetze in den Einzelstaaten nehmen. Ist es etwa ein gesunder Zustand, wenn z. B. in Naumburg von 4,2 Millionen Steuern nicht weniger als 1,2 Millionen oder in Würzburg von 1,2 Millionen mehr als der dritte Teil, fast eine halbe Million, durch Verbrauchssteuern, also von den Aermsten der Armen, aufgebracht wurden, oder wenn, wie es in Elsaß-Lothringen der Fall ist, überhaupt keine direkte Gemeinde-Einkommensteuer erhoben wird?

Angesichts der durch die neueste Statistik zu Tage geförderten Zahlen sollte die Regierung nicht länger zögern, endlich durch Reichsgesetz die kommunalen Lebensmittelzölle zu beseitigen, wie es bereits früher für den größten Teil der Gemeinden in den altpreußischen Provinzen geschehen ist. Ein Kommunalabgaben-Gesetz, dessen leitender Gedanke die Einführung einer progressiven Einkommensteuer ist, gehört keineswegs zu den unlösbaren Aufgaben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. November.

Der Reichstag

erledigte am Donnerstag in einer sehr friedlichen Sitzung den § 10a, der die Beseitigung der städtischen Octrois auf Getreide, Mehl, Fleisch, Wurst und Fett ausspricht. Während 30 bis 40 000 Gemeinden in Deutschland ohne diese indirekte Doppelsteuer auf die notwendigen Lebensmittel auskommen, sind noch 1392 Gemeinden vorhanden, die auf die mittelalterliche Einrichtung des Octrois nicht verzichtet haben. Außer dem preußischen Minister des Innern Herrn v. Hammerstein giebt es im Reichstag wohl kaum einen Menschen, der ein Anhänger dieser kommunalen Abgaben wäre. Auch die agrarischen Parteien haben kein Interesse daran, den Octroi aufrecht zu erhalten, denn er schädigt die ländlichen Produzenten durch Erschwerung und Verteuerung des Absatzes. Es hatte sich deshalb schon in der Kommission eine Mehrheit zusammengefunden, die trotz des Widerspruchs der Regierung den § 10a in das Gesetz eingeschoben hatte; fraglich konnte nur sein, ob dieser Fortschritt nicht wieder aus taktischen Gründen vom Centrum aufgegeben werden würde, um die Verständigungsaktion nicht zu erschweren. Man scheint sich aber auf einer andren Basis geeinigt zu haben, die in der schließlichen Beschlußfassung des Reichstages auch hervortrat.

Graf Posadowsky hielt sich in der ganzen Frage denn auch sehr zurück. Er machte nur mit ein paar kurzen Worten auf die Verfassungsänderung aufmerksam, die durch die Annahme des § 10a angeblich herbeigeführt wird. Die Darlegung der materiellen Bedenken der Regierung überließ er seinem Kollegen Herrn v. Hammerstein, der sich denn auch bei diesem seinem ersten Auftreten im Reichstage die vollen Ehren einer ganzen Blamage holte. Seine Schwärmerei für die indirekten Verbrauchssteuern mochte noch hingehen, denn sie gehört zum System; geradezu komisch aber wirkte der Minister, als er gegen den § 10a als einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden polemisierte. Dabei lief ihm auch noch die Behauptung mit unter, daß in Berlin noch eine Schlachtsteuer erhoben würde trotz der freisinnigen Mehrheit im Parlament. Ein preußischer Minister des Innern sollte über solche Fragen doch besser orientiert sein. Als ein Geheimrat ihn auf den Irrtum aufmerksam gemacht hatte, suchte er sich in einer Berichtigung herauszureden. Aber er verfuhr sehr ungeschickt dabei; er behauptete nämlich, Straßburg mit Berlin verwechselt zu haben; in Straßburg aber ist von einer freisinnigen Mehrheit in der Kommunalverwaltung nicht die Rede.

Singer ging den Behauptungen des preußischen Segmentministers Satz um Satz nach und widerlegte sie gründlich. Er wies darauf hin, daß die Aufhebung der städtischen Octrois nur bei dieser Gelegenheit erfolgen könnte und nagelte das Zugeständnis der Mehrheitsparteien fest, daß die Lebensmittelzölle eine Belastung der armen Bevölkerung darstellten.

Während die freisinnige Volkspartei durch den Abg. Fischbeck sich gegen die städtischen Octrois erklärte — den Nürnberger Freisinnigen mögen die Ohren geklungen haben —, offenbarte Herr Dr. Paasche wieder einmal die Theorie der doppelten Buchführung seiner Partei. Theoretisch hält er es nämlich für unbestreitbar, daß die Octrois preissteigernd auf die Brot- und Fleischpreise einwirken, praktisch aber wollte er gegen die Beseitigung der städtischen Octrois stimmen, um der Regierung das Leben nicht sauer zu machen.

Das Centrum hielt in der zweiten Lesung an den Kommissionsbeschlüssen fest, ließ aber durch Herrn Herold sofort erklären, daß es gegen eine Hinausschiebung des Termins der Aufhebung der Octrois nichts einzuwenden hätte. Diesen Gedanken nahm Herr v. Kardorff dann durch den Antrag auf, die Aufhebung des Octrois nicht, wie die Kommission beschlossen hatte, ein Jahr nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, sondern erst vom 1. April 1910 ab eintreten zu lassen.

Nachdem noch Genosse Südekum die politische Einsichtslosigkeit des von den Antisemiten beherrschten Dresdener Stadtrats dargelegt hatte, wurde in der Abstimmung das Amendement Kardorff mit den Stimmen fast der gesamten Rechten, des Centrums und der Nationalliberalen angenommen. Unsre Verbesserungsanträge wurden abgelehnt und schließlich in namentlicher Abstimmung mit 145 gegen 90 Stimmen der von Kardorff amendierte § 10a genehmigt.

Am Freitag werden die Beratungen fortgesetzt. —

Der Polenklub und die Socialdemokratie.

Aus der „Ostmark" wird uns geschrieben:

Wie ungelegen den Herren „Polen" im Reichstage die von unsren Genossen in Posen geführte Campagne gegen den Zolltarif und die Stellung des Polenklubs dazu ist, zeigt ein neulicher Artikel in dem einflußreichsten Adelsblatt „Kurjer Poznanski", das auch als Organ der Polenfraktion gilt.

Der „Kurjer Poznanski" schreibt am 18. d. M.:

„Der polnische Socialismus in Polen hat den Kampf nach allen Regeln begonnen. Sein Organ, die „Gazeta Ludowa", tritt schon offen mit dem Anspruch hervor, unsre Reichstagsabgeordneten und unsre Reichstagswahlen zu leiten. Mancher möchte vielleicht heute noch diesen Anspruch lächerlich finden, unsres Erachtens aber steht die Socialdemokratie, was die Organisation ihrer Aktion betrifft, über allen andren Parteien. — — — Diese Organisation ist so vortrefflich, daß die Socialisten aus taktischen Rücksichten sogar sich sonst feindliche Losungen anzueignen verstehen, so auch gegenüber den Polen, indem sie **die Verteidigung des polnischen Religionsunterrichts und der Nationalität predigen.** Mit einem so geschickten Gegner ist der Kampf wirklich schwer, desto mehr aber notwendig. Sehen wir uns etwas näher eine Phase dieses Kampfes gegen uns in den letzten Wochen an. Wie wir bereits meldeten, hat in Posen eine große polnische socialdemokratische Volksversammlung stattgefunden (gemeint ist die Versammlung vom 7. d. M., in der Genossin Luxemburg über den Zolltarif und die Germanisierung sprach). Ueber diese Versammlung noch einige Worte."

Folgt eine ausführliche Wiedergabe des Referats und der Diskussion sowie des Briefes des Posener Reichstags-Abgeordneten Chrzanowski, der zu jener Versammlung eingeladen war. Nachdem der „Kurjer" sodann eine Reihe von Citaten aus verschiedenen Nummern der „Gazeta Ludowa" giebt, die eine scharfe Kritik des Polenklubs enthalten, schließt er:

„Dieser große Lärm würde seitens einer weniger vortrefflich organisierten Partei lächerlich sein, seitens der Socialdemokratie ist er eine Gefahr. Denn gleichzeitig mit Anrempelungen und Beleidigungen auf die gegnerischen Parteien lassen sie beständig den Appell zur Verteidigung des Polentums hören."

Zur „Erwürgung" dieses gefährlichen Feindes empfiehlt der „Kurjer" das eigens zur Bekämpfung des Socialismus in Posen vor zwei Monaten geschaffene Blatt „Christlichsociale Bewegung", das von Pfaffen in denkbar naiver Weise redigiert und geschrieben wird.

Was besonders die Wut der bürgerlich polnischen Parteien in Posen erregt, ist, daß die „Gazeta Ludowa" den Polenklub als einen Waffenbruder des hakatistischen preußischen Junkertums in der Zollfrage und einen Handlanger der Regierung bei der Beschaffung von Mitteln für den deutschen Militarismus festgenagelt hat.

Desgleichen ist die polnische bürgerliche Presse, speciell der „Kurjer", höchst unzufrieden, weil sie von der „G. Ludowa" wegen ihrer Russenliebe gebrandmarkt werden. Der „Nationalismus" der Posener Polenpresse nimmt thatsächlich immer mehr panslavistische Formen an und äußert sich in einem unverschämten Liebäugeln mit dem „mächtigsten slavischen Reiche" . . .

Seit einigen Wochen machen auch die polnischen „Volksparteiler" in Posen verzweifelte Versuche, der Socialdemokratie durch „Arbeiterorganisationen" das Wasser abzugraben. Zur Bekämpfung der Gewerkschaften (die in der Stadt Posen allein 4½ tausend Mitglieder zählen) haben sie einen allgemeinen „Polnischen Fachverein" gegründet, in dem alle Berufe wie Kraut und Rüben zusammen hausen sollen. Und kaum haben sich in Posen die Genossinnen ihre Vertrauenspersonen gewählt und eine systematische Agitation unter den Frauen begonnen, als schon das schöne Geschlecht von der „Volkspartei", das Fräulein Omankowska und andre, eine „Versammlung aller Fabrikfrauen" einberufen, um „den Familienherd" vor dem Eindringen des roten Gespenstes zu bewahren. Alle diese Versuche der bürgerlichen Gegner werden mit der größten Unbeholfenheit und den untauglichsten Mitteln vorgenommen, aber sie tragen wenigstens das Ihre dazu bei, um Leben in alle Kreise der Bevölkerung zu bringen und der Socialdemokratie die Arbeit zu erleichtern. Die Resultate werden dann die Reichstagswahlen zeigen. —

Das Brüsseler Spitzelattentat.

Es steht nunmehr fest, daß der angebliche Anarchist, der das kindische „Attentat" in Brüssel begangen, ein ganz gemeiner Spitzel der italienischen Polizei war, ein verbrecherisches und wahrscheinlich auch geistig nicht ganz normales Subjekt, das seine lächerliche Schießerei entweder aus purer Sensationslüsternheit beging oder aber — was das wahrscheinlichere — im Auftrage der Polizei, um dem in seinem Lande nicht allzu verehrten König Leopold einen neuen Nimbus zu verleihen und die internationale Anarchistenhatz wieder etwas lebendiger zu gestalten. Nach einem Herold-Telegramm ergab die Untersuchung, daß Rubino als **Spitzel der italienischen Regierung in London viel Geld verdiente.** Er war beauftragt worden, die italienischen Anarchisten in London zu überwachen und den italienischen Behörden Nachrichten über Abfahrt und Ankunft von Anarchisten, sowie sonstige wichtige Mitteilungen zu übermitteln. Der **italienische Polizeichef Prina bestätigte, Rubino in 6 Monaten 4500 Fr. ausgezahlt zu haben.**

Da man weiß, daß solche Spitzel nicht nur bezahlt werden, um Denunziantendienste zu leisten, sondern daß man sich ihrer auch zur Lockspitzelei, zur Anstiftung „anarchistischer" Thaten bedient, gewinnt die Auffassung immer mehr Wahrscheinlichkeit, daß Rubino sein „Attentat" nicht auf eigne Faust, sondern im Auftrag der Polizei begangen hat. Der französische Polizeipräfekt Andrieux hat ja selbst in seinen Erinnerungen erzählt, daß er nicht nur Geld zu Blättern hergab, die Rezepte zur Anfertigung von Sprengstoffen veröffentlichten, sondern auch selbst Attentate ins Werk setzen ließ. Warum sollte hinter dem hübschen Narrenstreich des Rubino nicht auch ein Andrieux stehen? Dem König Leopold, dessen ohnehin ramponierter Ruf durch die Ereignisse bei dem Tode seiner Gemahlin im belgischen Volke nicht gerade gebessert worden war, konnte ja nichts willkommener sein als ein solches Attentat, das ihn als den von blutgierigen Mordgesellen umlauerten bedauernswerten Greis erscheinen ließ, dem ja so leicht niemand sein Mitleid versagt. Leopold selbst hat diese Situation denn auch überaus geschickt auszunutzen verstanden. Auf die Ansprache des Präsidenten der Repräsentantenkammer antwortete er nämlich:

„Die Zeiten sind sehr unruhig; es giebt Leute des Umsturzes, die Anhänger suchen, um die bestehende Ordnung, welche doch die Freiheit in jeder Hinsicht gewährleistet, zu stören. Ist die Ordnung gestört, so verfällt man in Zügellosigkeit, und die Zügellosigkeit führt mit Notwendigkeit zum Despotismus. Auf ihrem Wege treffen die Umsturzmänner zuerst die Staatsoberhäupter. Können sie diese nicht erreichen, so sind es deren Gemahlinnen, die sie treffen wie bei dem entsetzlichen Verbrechen in Genf. Wenn ihnen dies mißglückt, so zielen ihre Angriffe auf die Minister wie auf Canovas del Castillo, den die Kugel traf, weil er zu viel Talent besaß. Zu Ermangelung von Ministern sprengen sie die Häuser von Privatleuten in die Luft. Sie wollen uns einschüchtern; aber es wird ihnen nicht gelingen. Und selbst wenn sie ein Staatsoberhaupt zu Fall brächten, was thuts? Ein andres wird sogleich an seine Stelle treten. Ihre Angriffe sind nicht immer Schüsse. Nicht nur tödliche Waffen und Sprengstoffe haben sie, sie haben auch Papier; und das Papier ist geduldig. Ich persönlich stehe an der Neige des Lebens. Keiner kennt seine Stunde. Ich weiß nicht, wie lange ich noch leben werde, oder vielmehr, wie lange sie mich leben lassen werden. Aber ich kann Ihnen versichern, meine Herren, daß die Spanne Lebens, die mir noch bleibt, im Kreise meines verfassungsmäßigen Machtbereichs dem Wohle des Landes und dem Schutze aller verfassungsmäßigen Freiheiten gewidmet sein wird".

Welch mitleidheischende Resignation eines nur noch um das Wohl des Staates bedachten königlichen Greises spricht aus diesen Worten! Und welche edle Gesinnung! Die Zügellosigkeit führt zwar zum „Anarchismus", dem der König trotz des Fehlschlagens des Attentats des Rubino noch einmal zum Opfer zu fallen fürchtet, und die Folge des Anarchismus muß der Despotismus sein, allein trotzdem verspricht der König in überströmender Milde, für seine Person während der kurzen Spanne des ihm noch beschiedenen Lebens alle verfassungsmäßigen Freiheiten mit allen Kräften schützen zu wollen. Als ob sich in Belgien so leicht ein russisches Regierungssystem einführen ließe! Und wer da weiß, mit welcher Energie der resignierte Greis seine ausgedehnten finanziellen Geschäfte noch zu betreiben versteht, der wird die melancholischen Todesahnungen des belgischen Königs nicht allzu ernst nehmen.

Eine Laffan-Meldung meldet: Ein diplomatischer Notenwechsel zwischen den festländischen Regierungen soll laut einer Brüsseler Meldung des „Daily Telegraph" bezüglich schärferer Ueberwachung der Anarchisten stattgefunden haben. Die Frage der Errichtung einer internationalen Anarchistenpolizei sei wieder aufgenommen worden. Großbritannien sei jedoch dem Vernehmen nach nicht geneigt, einem solchen Plane näher zu treten.

Die Schaffung einer internationalen Anarchistenpolizei würde zweifellos noch ein üppigeres Lockspitzeltum zeitigen. —

Chamberlains südafrikanische Reise.

London, 17. November. (Eig. Ber.) Mr. Joseph Chamberlain begiebt sich morgen auf dem Kriegsschiffe „Good Hope" nach Südafrika, um den Schauplatz seiner Verwüstungen zu besichtigen. Seine Mitbürger und Wähler in Birmingham veranstalten heute abend zu seinen Ehren ein Bankett und einen Fackelzug, an dem sich 4000 Personen beteiligen werden. Ganz anders feiert die Johannesburger Börse dieses Ereignis: die Kurse stürzen, Bankrotte stehen bevor. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der internationale Verbrecherklüngel Johannesburgs diese Panik von langer Hand vorbereitet hat. Die Geldleute des Witwaterrands wollen der Regierung klar machen, daß die beabsichtigte Besteuerung der Minen überall Mißtrauen und Unsicherheit verbreitet und das Geschäft paralysirt. Dann wollen sie mehr Macht gegen die Kaffern und die weißen Arbeiter, schließlich verlangen sie von der Regierung, die Einwanderung von Chinesen und Kulis zu begünstigen. Eine Bestätigung dieser Auffassung liefert heute Sir J. P. Fitzpatrick in den „Times", indem er die Regierung gegen ihre Steuerpläne warnt, ebenso gegen eine besondere Belastung Transvaals mit einem Teile der Kriegsschuld. Er meint, „das Empire führte den Krieg und das Empire als ganzes soll zahlen". Dieser Fitzpatrick schrieb vor zwei Jahren ein Buch gegen die Boeren und wurde vor einer Woche, am 9. November, anläßlich des Geburtstages des Königs in den Adelsstand erhoben. Sein Artikel in der heutigen Nummer der „Times" ist ein Kommentar zu der Börsennachricht aus Johannesburg. Nur auf diese Weise läßt sich die „Panik" der Geldleute begreifen; irgend einen andern Grund kann sie nicht haben, denn die Goldausbeute des Witwaterrands steigt, britische und ausländische Kapitalien fließen nach Transvaal ab und der in Angriff genommene Wiederaufbau Südafrikas verspricht wenigstens auf eine gewisse Zeit hinaus eine wirtschaftliche Blüte. Daß aber Chamberlain nicht der Mann ist, dem Kapital wirksam entgegenzutreten, haben die letzten Jahre zur Genüge gezeigt. Von ihm und Lord Milner haben die Johannesburger nichts zu befürchten. Das britische Volk hat geblutet und wird auch noch zahlen müssen. Die Börsenpanik, mit der Johannesburg die Reise Chamberlains begrüßt, ist ein Argument, das dem britischen Kapitale und der britischen Regierung wohl imponieren wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Interpellation über die polizeilichen Uebergriffe.

Unsre Parteigenossen haben im Reichstag die folgende Interpellation eingebracht:

1. Welche Maßregeln beabsichtigt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den in letzter Zeit sich häufenden **Uebergriffen von Polizei- und richterlichen Behörden** entgegen zu wirken, die Reichsangehörige ohne genügenden gesetzlichen Grund in Haft nehmen, in der sie dann öfter in ungehöriger und ungesetzlicher Weise behandelt werden?

2. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler in Bälde dem Reichstag den Entwurf eines **Gesetzes über den Strafvollzug** vorzulegen? —

Auf eine seltsame Enthüllung weist die „Kons. Korrespondenz" hin. Die „Weser-Zeitung" schrieb neulich:

„Wir haben die unheilvolle Politik der materiellen Interessen stets beklagt, haben stets die Uninteressiertheit dem Staate gegenüber verkündet, auch als **dem Seehandel und der Seeschiffahrt sehr bedeutsame Geschenke für ihren Umfall angeboten wurden.**"

Das amtliche Organ der konservativen Fraktion ist lebhaft beunruhigt über diesen geheimnisvollen Handel mit den „Hanseaten", und es bemerkt, damit sei bewiesen, „daß jener kleinen Gruppe ein größerer Einfluß auf unsre Wirtschaftspolitik innewohnt, als man ahnen sollte".

Es ist in der That nicht uninteressant, zu erfahren, welche Leute die sehr bedeutsamen Geschenke angeboten, worin diese Geschenkpolitik bestanden habe und wohin man „umfallen" sollte. Etwa zum Zolltarif?

Kein Zweifel, daß eine solche Politik der sehr bedeutsamen Geschenke sich schon einer Politik der Bestechung nähert. —

Der Verständigungsschacher der Zollwucherer hat bisher zwar nicht zum Ziele geführt, macht aber zweifellos Fortschritte. Die „Kreuz-Zeitung" stellt bereits vergnügt fest, daß die Regierung die Verständigung wolle. Es gehört zum Gange der clelhaften Posse, daß die „Deutsche Tagesztg." unentwegt thut und feierlich erklärt, die „Agrarier" wären zu den Verständigungs-Austern gar nicht eingeladen worden.

Für die Zollopposition ist es gleichgültig, was die Kuhhändler unter sich abkarten. Wir setzen den Kampf fort. —

Farbe bekennen und — verleugnen! Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung des Reichstages wurden neue farbige Stimmzettel verteilt und zwar blaue für: enthalte mich, rote für: nein, und weiße für: ja.

Trotz der Farbigkeit ist das ein Verleugnen der Farbe, die man bisher in der namentlichen Abstimmung bekennen mußte! —

Keine Reform der Personentarife! Die „Nordd. Allgem. Ztg." hält es für notwendig, der Welt zu versichern, daß der preußische Eisenbahnminister keine Reform der Personentarife in Aussicht genommen habe.

Wer daran geglaubt hat! —

Revision des Straf-Gesetzbuches. An der in der Bildung begriffenen Vereinigung zur Vorbereitung der Revision des deutschen Straf-Gesetzbuches werden, nach der „Nat.-Ztg.", die Vertreter der „klassischen" und der „modernen" kriminalpolitischen Schule in gleicher Weise beteiligt sein.

Womit nicht gesagt ist, daß etwas Modernes herauskommen wird. —

Zum Fall Krupp. Die Firma Fried. Krupp hat in ihren Essener Werken folgenden sehr charakteristischen Anschlag verfügt:

„Ein Berliner socialdemokratisches Blatt hat vor einigen Tagen **Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen Herrn F. A. Krupp** gerichtet. Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Werksangehörigen, daß auf Antrag des Herrn F. A. Krupp gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitung von der königlichen Staatsanwaltschaft in Berlin das öffentliche Strafverfahren eingeleitet ist. Außerdem ist die sofortige Beschlagnahme des Berliner Blattes und andrer Blätter, die den Artikel verbreitet haben, gerichtlich angeordnet worden.

Den 18. November 1902. Fried. Krupp. Das Direktorium."

Es wird die Arbeiter sicher interessieren, durch Anschläge auch über den Fortgang der Affaire gründlich unterrichtet zu werden.

Wegen Nachdrucks des Artikels „Krupp auf Capri" wurde auch der „Volkswille" in Hannover beschlagnahmt. —

Allerhand blödes Geschwätz über Anarchismus und Anarchistenbekämpfung verzapfen anläßlich des Brüsseler Spitzelattentats verschiedene Blätter, z. B. die „Post", die „Kölnische Volks-Zeitung" und die „Deutsche Zeitung". Die „Post" weiß bereits, daß Rubino ein geradezu glänzend bezahlter italienischer Spitzel war, sie weiß auch, daß die Londoner Anarchisten dies Individuum nachdrücklichst von sich abgeschüttelt haben. Aber sie wirft trotzdem die spitzfindige Frage auf, ob Rubino nicht gleichwohl wirklicher Anarchist gewesen sei, der sich zu Spitzeldiensten nur deshalb hergegeben habe, um die ihn aushaltende Polizei hinters Licht zu führen. Hätte Rubino thatsächlich ein solches Doppelspiel gespielt, so wäre es von ihm geradezu hirnverbrannt gewesen, seine für den Anarchismus so wertvolle Thätigkeit durch den Brüsseler Narrenstreich so jäh zu beenden!

Die „Post" wünscht, daß dem Anarchismus endlich „Krieg bis aufs Messer" erklärt werde. Wie dieser Krieg aber erfolgreicher als bisher geführt werden könne, verschweigt sie leider. Attentate von Desperados wird man niemals verhindern können, so lange man solche Desperados durch das kapitalistische System züchtet. Solche Attentäter schreiten zur That, ohne sich vorher aushorchen zu lassen, sie spotten aller polizeilichen Schnüffelei. Ein noch ausgebreiteteres Spitzelsystem würde also gar nichts nützen, wohl aber weiteres Unheil anstiften. Denn ein Spitzel muß sich doch durch besonders rabiates Auftreten empfehlen und künstliche Brutstätten anarchistischen Maulheldentums schaffen, wo nicht gar unzurechnungsfähige Menschen zu Verbrechen verleiten. Das Geschrei nach intensiverer Anarchistenhatz wäre also ganz unverständlich, wenn man nicht Ausnahmegesetze gegen die Anarchisten schaffen wollte um — Socialisten damit zu treffen! Es handelt sich also zweifellos um eine gewissenlose Scharfmacherei gegen den „Umsturz". Bei einem berufsmäßigen Scharfmacherorgan, wie die „Post", nimmt das ja nicht weiter Wunder; daß aber auch die „Köln. Volkszeitung" die durch gar nichts gestützte Hypothese aufzustellen wagt, daß möglicherweise Rubino Beziehungen zu der abgesplitterten Gruppe der belgischen Socialisten unterhalten habe, ist eine ebenso befremdende wie frivole Insinuation, die sich freilich aus der Geistesverwandtschaft unsrer Ultramontanen zu dem erzreaktionären belgischen Klerikalismus erklärt.

Daß das Organ des famosen Dr. Friedrich Lange, die alldeutsche „Deutsche Zeitung", die unverschämte Verleumdung ausspricht, daß „überall die socialistische Hetze der schwere Mutterboden des plötzlich in gewaltsamer That sich entladenden Anarchismus" sei, ist freilich kein neuer Beitrag zur Charakteristik der übergeschnappten Schwärmer für Freiheit in — Südafrika, sondern nur eine normale Lebensäußerung teutschen Mannesmuts. —

Der Mord an Bord der „Loreley" hat sich nach Mitteilungen des offiziösen Depeschenbureaus nunmehr als gemeiner Raubmord herausgestellt, der von dem einen der beiden Wachtdienst versehenden Personen, dem Matrosen Kohler, verübt worden ist. Kohler ist von einem griechischen Polizisten eingeliefert worden. Er hat ein vollständiges Geständnis abgelegt und ausgesagt, er habe die That ganz allein begangen, und zwar um das Geld, das, wie er glaubte, in der geraubten Kiste enthalten war, zu stehlen. Er habe den Unteroffizier Widerizki niedergeschlagen, dieser habe sich aber wieder erheben können und sei bis zur Schiffstreppe gegangen, wo er tot niederfiel. Als Kohler sah, daß er die Geldkiste nicht öffnen konnte, habe er sie liegen gelassen. Er habe dann zwei Tage in einer Höhle gelebt. Als er diese von Hunger erschöpft verließ, wurde er verhaftet.

Wenn die von Kohler geraubte eiserne Kiste so leicht war, daß sie von einer einzelnen Person fortgeschafft werden konnte, so hätte die Schiffsleitung nach Nichtauffindung der Leiche Kohlers sofort auf den Verdacht kommen können, daß Kohler selbst der Thäter gewesen sein könne. Statt dessen ließ man allerhand seltsam klingende Meldungen verbreiten, die den Eindruck erwecken mußten, als habe man es mit einer ganz abenteuerlichen Affaire zu thun. —

Murrende Centrumsleute. Aus Rheydt wird telegraphiert: Eine öffentliche Centrumswähler-Versammlung erklärte sich entschieden gegen die Stellung der Partei bei der Zollvorlage und beschuldigte die Parteileitung der Verleugnung der Interessen der „geringen" Leute. Es wurde eine Resolution gegen die Wiederwahl zollfreundlicher Abgeordneter angenommen. —

Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter. Die Einzelstaaten machen jetzt ganz planmäßig Kontraktbruch-Gesetze gegen die Landproletarier. Jetzt bereitet auch Mecklenburg einen solchen Entwurf vor. —

„Gemäßigte" Bauernagitatoren. Die „Deutsche Bergarbeiter-Ztg." weist auf den Geschäftsbericht des katholischen Rheinischen Bauernvereins hin, der bei einer Ausgabe von 169 011 im Jahre 1901 einen Ueberschuß 18 843 M. erzielte. Der Verein besoldete folgende Beamte:

Generalsekretär 4500—7500 M., jährlich um 150 M. steigend, außerdem 500 M. Mietsentschädigung; Vorsteher der Versuchsstation 4000—6000 M., 500 M. Mietsentschädigung; Vorsteher der Konsumstation und Redakteur des „Rheinischen Bauern" 3500—5000 M. und 500 M. Mietsentschädigung; die Chemiker in leitender Stelle 2500—3700 M.; Vorsteher der Saatstelle 2000—3700 M.; Sekretäre 1700—2700 M.; Chemische Assistenten 1500—2500 M.; Schreiber 1000—1600 M. Diener werden angestellt je nach Fähigkeit mit einem Anfangsgehalt von 400—800 M., steigend bis 1200 M. Gleichzeitig ist eine Pensionsordnung aufgestellt, nach welcher nach 10 Jahren bei Dienstunfähigkeit ein Ruhegehalt gezahlt werden soll, welches sich in dem Rahmen der für die Staatsbeamten gültigen Bestimmungen hält.

Das ist ein ganz netter Beamtenstab, und für die großeren Kirchenlichter auf eine anständige „Mästung" aus „Bauerngroschen" — um im Jargon der Kaplanspresse zu reden. Die armen Wanderredner vom Bund der Landwirte haben's freilich nicht so gut! —

Ausland.

Szell über die Zollpolitik.

Im ungarischen Abgeordnetenhause hielt Ministerpräsident v. Szell aus Anlaß der Beratung der Indemnitätsvorlage eine nahezu dreistündige Rede, in deren Verlauf er das gegenwärtig zu Recht bestehende zoll- und handelspolitische Verhältnis zu Oestreich erörterte. Redner weist die Auslegung dieses Uebereinkommens seitens der Opposition zurück, daß der gemeinsame Zolltarif bis Ende 1902 unbedingt erledigt sein müsse, widrigenfalls dies als Bruch der Reziprozität angesehen und zur Errichtung eines selbständigen Zollgebietes geschritten werden müsse. Die Behauptung der Opposition sei unrichtig, daß er die Verpflichtung übernommen habe, Ende 1902 von dem Recht Ungarns, die Handelsverträge zu kündigen, unbedingt Gebrauch zu machen. Die Verpflichtung, einen gemeinsamen Zolltarif mit Oesterreich zu vereinbaren, sei nicht an die kalendarischen Termine gebunden. Die internationale Konstellation habe sich seit 1899 verändert, da der deutsche Zolltarif, auf dessen Grundlage die Kündigung der Handelsverträge Ende 1902 hätte erfolgen sollen, nicht erledigt worden sei. Heute stehe die Sache so, daß Deutschland wahrscheinlich, ja nahezu gewiß von dem Kündigungsrecht nicht Gebrauch machen werde. Wer kündigen wird und in welcher Weise, fährt der Ministerpräsident fort, vermag heute noch niemand zu sagen, da die handelspolitische Lage in Europa teilweise von der deutschen Zollpolitik abhängt. Der gemeinsame Zolltarif wird jedenfalls erledigt werden, so daß wir, in welchem Zeitpunkt des Jahres 1903 auch eine Kündigung erfolgen mag, auf der Grundlage des neuen Zolltarifs in Verhandlungen eintreten können. —

Der Rest des Bergarbeiter-Streiks.

Paris, 18. November. (Eig. Ber.) Die gesonderte Wiederaufnahme der Arbeit im Pas-de-Calais und im Norddepartement scheint die befürchtete böse Rückwirkung auf die übrigen Reviere im allgemeinen nicht ausüben zu sollen. Wohl deshalb nicht, weil der Generalstreik in seinem ganzen Verlauf eigentlich eine Reihe gleichzeitiger Sonderstreiks darstellt, die nicht nur räumlich, sondern auch innerlich, so weit die Leitung der Aktion in Betracht kommt, von einander getrennt sind.

Im Loire-Revier sieht man einer Verständigung über die Schiedsgerichts-Frage nahe, nachdem die erneuerten vorbereitenden Unterhandlungen den Arbeitern bereits einige ganze oder halbe Zugeständnisse gebracht haben: 1. Der Vorstand des Loire-Verbandes wird von den Compagnien in verklausuliert-bedingter Weise anerkannt. Sie erklären sich bereit, „eventuell" durch ihr gemeinsames Komitee mit dem Vorstande zu verhandeln, ohne sich aber dazu „im voraus zu verpflichten", wobei noch auf das Gewerkschaftsgesetz verwiesen wird, das ja regelmäßig konstituierte Gewerkschaften anerkenne. 2. Die Arbeiter können nach wie vor von 3 Uhr nachmittags ab ausfahren, falls sie bis dahin das festgesetzte Tagewerk vollendet haben, unbeschadet der bisherigen früheren Ausfahrtszeit in gewissen Gruben. 3. Zur Sicherung der Lohnkontrolle solle die Einführung von „Zahlungsblättchen" geprüft und nötigenfalls in einigen Gruben versucht werden. 4. Zuführung der Bußgelder an die gegenseitige Hilfskasse. 5. Wiederanstellung der Streikenden mit Ausnahme der wegen Gewaltanwendung gegen Streikbrecher oder wegen Attentate gegen das Eigentum Verurteilten, und das unter dem Vorbehalt, daß die Arbeiter ihrerseits keine Vergeltung an den Streikbrechern üben. — Dem Schiedsgericht bleibt demnach nur die Lohnfrage vorbehalten. Es handelt sich dort um eine Lohnreduktion von 6 Proz. Der Streit über den „unparteiischen" Schiedsrichter wurde nach dem Vorschlag der Compagnien erledigt: mit dessen Amt oder dessen Wahl wird der erste Präsident des Kassationshofes betraut.

Soweit das Ergebnis der vorbereitenden Unterhandlungen. Dasselbe muß aber vorerst von den Streikenden genehmigt werden. In der gestrigen Versammlung konnte es jedoch zu keiner Beratung kommen. Nach den Zeitungsberichten sollen zahlreiche Anarchisten die Arbeiterdelegierten am Reden verhindert und so die Versammlung gesprengt haben. Es findet daher eine Urabstimmung in der Arbeiterbörse statt.

In Cagnac (Tarn) ist der Streik erfolgreich beendet. Der Vertreter der Arbeiter, der frühere jaurèsistische Abgeordnete Viviani, hat u. a. die Verlängerung der Geltungsdauer der 5proz. Lohnprämie bis zum 1. Juli 1903 erzielt, anstatt des ursprünglich verabredeten Termins vom 31. März 1903. Dabei verpflichtete sich die Compagnie, die Prämie nur im Notfalle abzuschaffen, und zwar erst nach vorherigen Unterhandlungen in der Form eines Schiedsgerichts. In Cagnac wird die Arbeit wieder aufgenommen werden im Einverständnis mit dem Landeskomitee der Bergarbeiter, das die dortigen Arbeiter dazu ermächtigt hat, nachdem ja die Hauptmasse der Streikenden (in den nordischen Revieren sowie im Bouches-du-Rhône und anderwärts) zur Arbeit eigenmächtig bezw. auf Beschluß ihrer Lokalorganisation zurückgekehrt waren.

In Carmaux haben die Arbeiter auf vorbereitende Unterhandlungen verzichtet und damit den von den politisierenden Kohlenbaronen erhobenen Einwand gegen die Beteiligung Calvignacs und Jaurès beiseite geschoben. Sie schlagen nun direkt ein Schiedsgericht vor.

Endlich in der Haute-Loire stemmen sich die Grubenherren noch immer gegen Unterhandlungen. Der Vorsitzende des dortigen Streikkomitees ist gar verhaftet worden. —

Frankreich.

Auf der Spur der Humberts? „Echo de Paris" meldet, die Polizei habe die Nachricht erhalten, daß die Familie Humbert Europa niemals verlassen habe. Zwei Mitglieder derselben befänden sich in einer spanischen Ortschaft an der portugiesischen Grenze. Der

Chef der Sicherheitspolizei habe zwei seiner besten Agenten dorthin entsandt, und man hofft, daß diesen die Verhaftung gelingen wird. — Andre Mitglieder der Familie Humbert sollen sich in Brasilien befinden. Die „Libre Parole“ veröffentlichen ein Telegramm aus Rio de Janeiro, wonach dort zwei Beamte der Pariser Polizei eintrafen, um die daselbst weilenden Angehörigen der Familie Humbert zu verhaften. —

England.

Das Ergebnis der Municipalwahlen.

London, 17. November. (Eig. Ber.) Die socialistische Wochenschrift „Clarion“ giebt folgenden zusammenfassenden Bericht über die am 1. November abgehaltenen Municipalwahlen: „Die Gewerkschaften hatten 79 Kandidaten; davon wurden drei ohne einen eigentlichen Wahlkampf gewählt, da Gegenkandidaten nicht vorhanden waren; von den übrigen 76 waren 27 erfolgreich. Die auf die Kandidaten entfallenen Stimmen belaufen sich auf zusammen 46 592; das Reinergebnis ist eine Eroberung von 18 neuen Mandaten. Die Unabhängige Arbeiterpartei hatte 66 Kandidaten; davon waren zwei ohne Wahlkampf erfolgreich; von den übrigen 64 Kandidaten wurden 25 gewählt. Die auf sie entfallenen Stimmen belaufen sich auf 43 248; das Reinergebnis ist ein Gewinn von 15 neuen Mandaten. Die Socialdemokratische Föderation hatte 31 Kandidaten, davon wurde einer einstimmig gewählt; von den übrigen waren acht erfolgreich. Die auf sie entfallenen Stimmen belaufen sich auf 12 608. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlichen und socialistischen Stimmen beträgt 102 448.“ Nach dem „Labour Leader“ beträgt diese Zahl nur 93 000.

Wie mir der Londoner Korrespondent der konservativen Presse Schottlands mitteilt, wurde Mr. Ure Primrose (konservativ) vom Stadtrat von Glasgow zum Lord Provost (Oberbürgermeister) gewählt. —

Parteinachrichten.

Um die Reichstags-Fraktion im Zollkampfe nicht zu schwächen, sind unsre Abgeordneten gegenwärtig außer stande, Versammlungsreferate nach auswärts zu übernehmen. Die Parteigenossen werden deshalb gebeten, für die nächste Zeit darauf Rücksicht zu nehmen.

Die Parteipresse ersuchen wir freundlichst, die Genossen hiervon in Kenntnis zu setzen.

Zu den Differenzen mit den polnischen Genossen werden abermals Meldungen verbreitet über eine angebliche Vereinbarung. Wir können dazu nur wiederholt erklären, daß eine offizielle Mitteilung erfolgen wird, sobald die schwebenden Verhandlungen abgeschlossen sein werden. Vorläufig ist das noch nicht der Fall.

Gemeindewahlen.

Aus den letzten Tagen sind eine ganze Reihe recht erfreulicher Gemeindewahl-Ergebnisse zu berichten, die wohl nicht mit Unrecht zum Teil auf die gewaltige Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung über den geplanten Raubzug auf seinen Brotkorb zurückzuführen sind. Den Gewinn in Leipzig konnten wir schon in der letzten Nummer kurz berichten. Es sind also in allen vier zur Wahl stehenden Kreisen der dritten Klasse die Kandidaten der Partei gewählt worden, und zwar mit starken Mehrheiten. Insgesamt wurden 14 901 Stimmen abgegeben, wovon auf die socialdemokratischen Kandidaten 8546 entfielen. Gewählt wurden neun Parteigenossen als ordentliche Vertreter und zwei als Ersatzmänner. Die vier Kreise sind demnach vollständig socialdemokratisch vertreten und die Partei gewann dadurch zwei Kreise mit vier Mandaten.

In Crimmitschau wurde zum erstenmal nach einem neuen Regulativ gewählt, durch das man der Socialdemokratie das Wasser abgraben zu können hoffte. Dabei fielen in der ersten Abteilung der Partei alle sechs Mandate mit überwältigender Majorität zu. Während die Gegner 65 bis 69 Stimmen erhielten, wurden auf unsre Kandidaten 736 bis 738 Stimmen abgegeben. Da nur 1507 Wähler in den Listen standen, so stimmte fast die absolute Mehrheit aller Wähler für uns. Diese Abteilung können die Gegner für immer verloren geben.

Heiße Kämpfe um die Herrschaft in der Gemeinde spielen sich seit einigen Jahren in verschiedenen Vororten der reußischen Haupt- und Fabrikstadt Gera ab. So in Untermhaus, einer ehemaligen fürstlich reußischen Hausdomäne. Dort stimmten jetzt von 671 eingetragenen Wählern 610 ab. Der Kampf ging um acht Mandate, von denen drei bisher socialdemokratisch vertreten waren. Das Ergebnis war die Wahl von vier Socialdemokraten und vier Gegnern. In Zwötzen bei Gera stimmten sogar von 321 eingetragenen Wählern 307 ab. Zwar wurde kein Parteigenosse gewählt, doch brachten es unsre Kandidaten auf 141 bis 150 Stimmen, so daß sie bei der nächsten Wahl bestimmt auf den Sieg rechnen können. Hatten sie doch bei der vorigen Wahl nur 83 bis 100 Stimmen.

Auch in Gera selbst haben unsre Genossen wieder einen erfreulichen Fortschritt gemacht. Es waren am Donnerstag 14 Mandate neu zu besetzen, von denen uns bisher 2 gehörten. Es gelang unsren Genossen, wie uns ein Privattelegramm meldet, statt der bisherigen 2 Sitze 5 zu erobern, während die Gegner 9 behaupteten.

In Gräfrath bei Solingen wurden alle 3 Kandidaten unsrer Partei so gut wie einstimmig gewählt. Sie erhielten 252, 253 und 255 Stimmen, die 3 gegnerischen Kandidaten erhielten je 2 Stimmen.

In Triberg in Baden fielen von den 10 Mandaten, um die gekämpft wurde, 9 unsrer Partei zu.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Danziger Vorgänge.

Wegen Verursachung ruhestörenden Lärms und Widerstandes gegen die Staatsgewalt stand Montag Genosse Grundmann in Danzig vor der dortigen Berufungs-Strafkammer. Es handelte sich um eine Festlichkeit des Metallarbeiter-Verbandes, die aufgegeben wurde, weil auf Verlangen der Polizei Frauen von derselben ausgeschlossen werden sollten. Als die zu der Festlichkeit erschienenen sieben Männer und zwei Frauen auf der Straße waren, entstand durch das laute Gespräch der Polizeibeamten mit den Personen eine Unruhe, welche Passanten herbeilockte. Der Angeklagte, der sich auch an dem Gespräch beteiligte, wollte dann in die Privatwohnung des Genossen Berger, von welchem er eingeladen war, gehen, also nicht in das öffentliche Lokal. Das ließ jedoch ein Schutzmann nicht zu; er verwehrte ihm einfach den Eintritt. In der darauf folgenden Auseinandersetzung mit dem Schutzmann soll Genosse G. durch lebhaftes Umherschlenkern mit dem Arm beim Reden den Schutzmann gestoßen haben. Das Schöffengericht hatte einen ruhestörenden Lärm nicht für vorliegend angenommen und den Schutzmann nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes begriffen erachtet, da der Zutritt zu Privatwohnungen nicht verwehrt werden durfte, und hatte den Genossen G. freigesprochen. Die Berufungs-Strafkammer jedoch sah einen „ruhestörenden Lärm“ und in dem versuchten Betreten der Privatwohnung nur eine Umgehung des polizeilichen Verbots. Das Urteil lautete auf drei Tage Haft und eine Woche Gefängnis.

Aus Industrie und Handel.

Siegerländer Roheisen-Syndikat. Zu den Verhandlungen über die Verlängerung des Siegerländer Roheisen-Syndikats, die infolge des Verhaltens der Westfälischen Stahlwerke vorläufig gescheitert sind, weiß die „Köln. Ztg.“ noch, bitter klagend, zu berichten, daß die Westfälischen Stahlwerke, die bekanntlich die gesamten Aktien der Aktiengesellschaft Finnentroper Hütte besitzen, im letzten Augenblick mit der Forderung kamen, die von der Finnentroper Hütte früher besessene, aber inzwischen verloren gegangene Anteilziffer von rund 14 000 Tonnen, nicht 10 000 Tonnen, auf die Marienhütte zu übertragen. Dieser Forderung konnte keine Folge gegeben werden, da nach den satzungsmäßigen Bestimmungen des Syndikats jedes Werk, das aus irgend einem Grunde einen Ofen ausbläst oder stilliegen läßt, seine Anteilziffer nur so lange behält, als es die Aufträge selbst ausführen kann. Bei den früheren Verhandlungen war den Westfälischen Stahlwerken bereits zugestanden worden, daß vom 1. Januar 1903 ab die beiden Hütten Finnentrop und Marienhütte in der Weise als ein Werk angesehen werden sollten, daß die Gesamt-Anteilziffern, soweit solche noch beständen, der Marienhütte zugeteilt werden sollten. Finnentrop, das keine Anteilziffer mehr besaß, hätte sie durch Inbetriebsetzung des Ofens zunächst wieder nachweisen müssen. Ende September d. J. erklärten sich die Westfälischen Stahlwerke auch hiermit einverstanden, änderten dann aber später ihre Ansicht.

In der großindustriellen Presse, vornehmlich in der „Köln. Ztg.“, wird diese Haltung der Westfälischen Stahlwerke natürlich verurteilt und die Leitung der Werke gewissermaßen dafür verantwortlich gemacht, daß „in die Lage des Eisenmarktes ein neues Moment der Unsicherheit hineingetragen“ wird. Vom Interessenstandpunkt der Eisenindustriellen ist diese Auffassung nur allzu begreiflich. Ob aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkt in der Nichtverlängerung des Syndikats ein Nachteil zu erblicken ist, das ist eine andre Frage; denn kaum ein andrer Kartell- resp. Syndikats-Verband hat durch seine Absatz- und Preispolitik so schädigend auf die Gesamtlage der Eisen- und Stahlindustrie eingewirkt, wie das Rheinisch-westfälische Roheisen-Syndikat und speciell seine Siegerländer Hälfte.

Zur Kartell-Enquete. Am 11. November überreichte der Präsident des deutschen Handelstages, Geh. Kommerzienrat Frentzel, dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern Grafen v. Posadowsky als Ergebnis der an die Mitglieder des deutschen Handelstages am 6. Oktober gerichteten Umfrage ein Verzeichnis von Personen, deren Hinzuziehung als Vertreter der Abnehmer des Walzdraht-Syndikats und des Drahtstift-Syndikats zu den vom Staatssekretär in Aussicht genommenen Verhandlungen zu empfehlen sei. In dem Begleitschreiben wurde aus den auf die Umfrage eingegangenen Schreiben von Mitgliedern des deutschen Handelstages noch folgendes angeführt: Eine Handelskammer teilt mit, daß sie wohl im stande gewesen sein würde, sehr geeignete Vertreter des Drahtstift-Syndikats zu nennen, doch hätten diese Personen eine Teilnahme an den Verhandlungen abgelehnt, da sie, wohl mit Recht, fürchteten, bei freier Aussprache in einem dem Syndikat ungünstigen Sinne von diesem boykottiert und dadurch in ihrer Existenz gefährdet zu werden. Derselbe Grund wird noch von einer andren Handelskammer angeführt, die darauf aufmerksam macht, daß das Syndikat noch drei Jahre fortbestehe und seine Kunden in vollständiger Abhängigkeit habe. Aus diesem Grunde müßte neben den kontradiktorischen Verhandlungen Gelegenheit geboten werden, daß die Sachverständigen den Regierungsvertretern auch noch unter vier Augen Mitteilung machen könnten. Ferner wird der Wunsch geäußert, daß den zu vernehmenden Personen rechtzeitig vorher ein Fragebogen zugestellt werde, damit sie sich, zum Vorteil der Verhandlungen, in ausreichender Weise vorbereiten können.

Zum Konkurse der Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Rheinau-Mannheim meldet die „Neue Badische Landeszeitung“, daß der Gläubigerausschuß in gestriger Sitzung beschlossen hat, gegen den Vorstand und den Aufsichtsrat der Gesellschaft Regreßansprüche geltend zu machen. Ueber das Vermögen des Direktors Böhm soll Konkurs nicht beantragt werden. Vielmehr stellte Böhm selbst sein Vermögen zur Verfügung. Dasselbe besteht hauptsächlich aus Rheinau-Anteilen, Grundstücken usw., sodaß eine langsame Liquidation desselben ersprießlicher erscheint, als Konkurs.

Nach demselben Blatte erklärte bei der gestrigen Konferenz zwischen der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen und den Vertretern der Rheinau-Gesellschaften die erstere die prinzipielle Geneigtheit (vorbehaltlich der Genehmigung der vorgesetzten Behörde) zur Uebernahme des Betriebes des Rheinau-Hafens, der Ausladevorrichtung und der Bahn.

Deutscher Walzwerks-Verband. Nach Mitteilungen der „Rhein. Westfäl. Ztg.“ findet am 22. d. M. eine Versammlung der Deutschen Walzwerks-Vereinigung statt. Es sollen, nachdem jetzt die Verlängerung des Oberschlesischen Walzwerks-Verbandes entschieden ist, nähere Abmachungen zwischen den oberschlesischen und den westlichen Walzwerken betreffs der Preisstellungen und der Begrenzungen der Absatzgebiete geschaffen werden. An demselben Tage werden auch die schlesischen Werke eine Versammlung abhalten, um sich mit der Preisfrage zu beschäftigen. Die letzten Submissionen sollen gezeigt haben, daß das jetzige Vertragsverhältnis mit den westlichen Werken unhaltbar sei.

Oberschlesischer Eisenmarkt. Dieser Tage wurden, dem „B. G. A.“ zufolge, wieder 30 000 Tonnen russische Erze nach Oberschlesien verkauft. Schwedische Erze werden infolge dessen 2 M. billiger offeriert. Die Roheisen-Bestände im oberschlesischen Industriebezirk betragen, wie dasselbe Blatt berichtet, noch rund 45 000 Tonnen und sind gegen das Vorjahr um ca. 50 Proz. zurückgegangen. In den nächsten Monaten werde die Unterbringung der laufenden Produktion schwer sein. Eine weitere Bestandabnahme sei ausgeschlossen.

Ostdeutsche Spritfabrik. Nach einem Börsengerücht soll die Ostdeutsche Spritfabrik, die bisher gegen den Spiritusring konkurrierte, mit der Centrale für Spiritusverwertung einen Vertrag abgeschlossen haben, welcher der Ostdeutschen Spritfabrik garantiert, daß der Ring ihr jene Spiritusmengen liefert, deren sie über die Produktion ihrer eigenen Brennereien hinaus bedarf. Anzunehmen ist, daß zugleich mit diesem Lieferungsvertrag auch Abmachungen über das Konkurrenzverhältnis und die Preise getroffen sind.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

83. Sitzung vom Donnerstag, den 20. November, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Zur Beschlußfassung steht an erster Stelle der Entwurf einer

Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels in Berlin.

„In Wahrnehmung verkehrspolizeilicher Interessen“ bezweckt der Entwurf neben einschneidenden Beschränkungen des bisher gestatteten Straßenhandels auch eine Einschränkung des Verteilens von Reklamezetteln, Geschäftsempfehlungen aller Art, Bekanntmachungen und Aufrufen aller Art in den verkehrsreichsten Straßen der Stadt. Jeder Straßenhandel soll verboten sein in der Umgebung der Markthallen, in der Friedrichstraße, Rosenthaler- und Münzstraße sowie im Straßenzuge Potsdamer Platz—Leipzigerstraße—Spittelmarkt—Gertraudtenbrücke (§ 1); in 200 weiteren Straßen (§ 2) soll der Straßenhandel nicht mit Fuhrwerk, sondern nur mit bequem von einer Person zu handhabenden Behältnissen betrieben werden dürfen. Auch die einmündenden Straßen und Plätze werden bis zu 30 Meter von dem Verbot bezw. der Einschränkung betroffen (§ 3). Für den Handel mit Blumen, Zeitungen und Extrablättern auf den vom Straßenhandel gänzlich ausgeschlossenen Straßenzügen behält sich die Polizei in § 4 die Erteilung einer beschränkten Genehmigung vor. Zuwiderhandlungen sollen mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden.

Der Entwurf ist dem Magistrat schon am 24. Juni 1901 mit dem Ersuchen um seine Zustimmung zugegangen.

Nachdem die Gewerbe-Deputation sich ablehnend, die Straßenreinigungs-Deputation fast völlig zustimmend sich geäußert hat und von der Verkehrs-Deputation überwiegend Bedenken geltend gemacht worden sind, legt der Magistrat den Entwurf der Versammlung zur gutachtlichen Aeußerung vor.

Stadtv. Dove u. Gen. beantragen, den Entwurf einem Ausschuß von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtvv. Augustin u. Gen. beantragen, dem Entwurf die Zustimmung zu versagen.

Stadtv. **Borgmann** (Soc.): Der Gegenstand beschäftigt die Versammlung nicht zum erstenmale. Schon seit einer Reihe von Jahren ist ein Petitionssturm an den Magistrat und uns losgegangen und ich kann zu meiner Freude konstatieren, daß bisher diese Versuche, den Straßenhandel völlig zu beseitigen, gänzlich gescheitert sind. So 1888 und 1895, wo auf Veranlassung des Polizeipräsidenten der Centralverband der Gewerbetreibenden um Einschränkung des Straßenhandels petitionierte. Auch heute kann jedenfalls noch keine Rede von einer solchen Einschränkung sein. Eine Reihe von Repräsentanten des Handels glaubt, durch den Straßenhandel geschädigt zu werden. So hat irgend ein anonymer Ladeninhaber aus der Leipzigerstraße in einer Weise petitioniert, die es rechtfertigt, daß er seinen Namen nicht darunter setzt. Er sagt: Belästigen viele Straßenhändler schon die Passanten, so ist es für die Ladenbesitzer noch weniger erfreulich, zu sehen, wie die Händler ihren Verdienst in Schnaps anlegen.

Wer die Händler in so grober Weise beleidigt, wird das nur wagen, wenn er seinen Namen nicht in die Oeffentlichkeit bringt. (Sehr richtig!) Tausende ernähren sich durch den Straßenhandel, es ist nachgewiesen, daß 6½ Millionen im Jahre durch diesen Handel umgesetzt werden. Der Magistrat hat die Einleitung in einer Form abgefaßt, die recht unschuldig aussieht. Merkwürdig, daß er etwas nicht erwähnt, worauf ich den größten Wert lege: das mögliche Verbot des Handels mit Zeitungen. Sonst ist der Magistrat den richtigen Weg gegangen, indem er die Deputationen gefragt hat. Die Straßenreinigungs-Deputation hat sich dafür erklärt; das ist eigentlich um so wunderbarer, als diese Deputation doch die Aufgabe hat, den Dreck andrer Leute wegzuräumen; aber die Gewerbedeputation hat einstimmig ihre Zustimmung versagt, sie ist die größte Verwaltungs-Deputation Berlins. Wer die Aufstellung der Straßen ansieht, wo der Straßenhandel ganz oder nur teilweise verboten werden soll, wird erkennen, daß der Straßenhandel erdrosselt werden soll. Das ist auch die Absicht denn dieser Verordnung würde bald das gänzliche Verbot folgen. Das Beispiel dafür haben wir ja in Rixdorf, trotzdem diese Polizeiverordnung zu meiner Freude für ungesetzlich erklärt worden ist durch den ordentlichen Richter; wenn das nicht anerkannt ist, so liegt das daran, daß der Oberpräsident den Polizeipräsidenten deckt. Durch die Einschränkung des Straßenhandels würde eine Preissteigerung aller Artikel eintreten, die der Straßenhandel vertreibt. (Lachen.) Der Berliner Markt ist von geradezu unbegrenzter Aufnahmefähigkeit; Leute aus der Provinz versichern, daß man Artikel in der Provinz teurer kauft als in Berlin. Das kommt daher, daß alle Waren nach Berlin strömen und der Straßenhandel ist der Regulator, das Ventil. Niemand kann riskieren, große Vorräte einzukaufen, wenn der Straßenhandel den Ueberschuß nicht mehr aufnehmen kann. Das Ventil ist dann verstopft und so werden die Produkte teurer werden. (Sehr richtig!) Handel und Verkehr sind zwar äußerst schmiegsam, aber solchen Angriffen könnten sie sich nicht anpassen. Warum hat der Magistrat in der Vorlage nicht auf den außerordentlich wichtigen Punkt des Verbots des Zeitungshandels hingewiesen? Was das heißen will, „dafür in entsprechendem Umfange die Genehmigung zu erteilen“, begreift jeder, der die Maßnahmen des Polizeipräsidenten kennt. Daß die Witzblätter, die es wagen, den Schutzmann, den Polizeipräsidenten und noch höhere Personen anzugreifen, verboten werden, ist selbstverständlich. Wenn diese Verordnung, wonach für die Königstraße ꝛc. der Straßenhandel in Zeitungen verboten wird, Gesetz wird, so ist der Zeitungs-Straßenhandel so gut wie gänzlich vernichtet. Mag die Stadt der Polizei die Verantwortung für das Zustandekommen der Verordnung überlassen, ich bitte Sie, den Antrag Augustin anzunehmen.

Stadtrat **Bohm**: Als Magistratsvertreter muß ich erklären, daß der Magistrat in keiner Weise einen Beschluß gefaßt hat, sondern erst die Versammlung befragen will. Wenn Herr Borgmann meinte, daß die Vorlage möglichst harmlos aussehen solle, so gilt auch dafür, daß der Magistrat keine Veranlassung genommen hat, irgend eine Meinung zu äußern.

Stadtv. **Dove** (R. L.): Wir beantragen, die Vorlage einem Ausschuß von 15 Mitgliedern zu überweisen. Zwischen Herrn Borgmann und mir besteht zunächst ein Unterschied in der Taktik. Der Magistrat hat sich zu derartigen Verordnungen zu erklären, seine Zustimmung kann event. vom Bezirksausschuß ergänzt werden. Wenn der Magistrat nun von uns eine gutachtliche Aeußerung erwartet, so wollen wir uns dieses Recht nicht durch einen Beschluß im Sinne des Herrn Borgmann nehmen lassen. Es handelt sich hier um keinen Eingriff in die Gewerbefreiheit, denn diese enthält nicht die Befugnis, überall und zu jeder Zeit seinen Beruf auszuüben. Die Straßen sind zunächst für den Verkehr da. Auch ich halte es für bedenklich, den Zeitungs-Straßenhandel durch die Polizei zuzulassen oder nicht zuzulassen, dann würde manche hochpolitische Nummer des „Vorwärts“, die man sich gern in der Friedrichstraße kaufen möchte, nicht zu erlangen sein. Die Frage ist so zu stellen, ob der Straßenhandel an einzelnen Stellen einen Umfang angenommen hat, der dem Verkehrsinteresse im Wege steht. Wir haben alle daran mitzuwirken, diese Frage zu regeln; ich kann nicht einsehen, wie man diese Regelung nicht mit verantworten will. (Beifall.)

Stadtv. **Gemeinhardt** (R. L.): Die Vorlage ist doch sehr ernst zu nehmen. Herr Borgmann sprach von 6½ Millionen, andre von 10 Millionen Mark, die durch den Straßenhandel umgesetzt werden und ohne ihn nicht verbraucht würden. (Heiterkeit.) So sagen die Gegner, ich jedoch nicht. Sehen wir uns die Straßenhändler und den Straßenhandel an. Seiner Zeit wurde es als der Stadt unwürdig bezeichnet, Lebensmittel auf offenen Märkten zu verkaufen, und man baute die Markthallen. Diese sind angelegtes städtisches Kapital, das nicht tot liegen bleiben darf. Wer betreibt denn heute den Straßenhandel? Ein einziger Großkapitalist in Rixdorf soll hundert Wagen in Berlin herumfahren lassen. (Widerspruch.) Herr Rosenow hat es selbst gesagt. (Stadtverordneter Rosenow: Unrichtig! Heiterkeit.) Ich mag mich verhört haben. Aber im Dienste dieser Unternehmer stehen zahlreiche junge, kräftige Leute, die die Waren ausbrüllen und der ordentlichen Arbeit entzogen werden. Der heutige Straßenhandel ist eine Landplage geworden. Und soll man denn nicht auch der Ladenbesitzer, der Kellergeschäfte gedenken, die ihre schweren Mieten und Steuern zahlen müssen, sollen die zu Grunde gehen? Und ist der Rückschlag auf die Hausbesitzer denn gar nicht berücksichtigenswert? (Zuruf bei den Socialdemokraten: Da liegt der Hase im Pfeffer!) Die seßhaften Händler werden die Waren aufnehmen, wenn es die fliegenden nicht mehr giebt. Es sind ja vielfach meistens verdorbene Waren. (Lärm.) Ich spreche hier nur für meine Person und bitte um Annahme der Magistratsvorlage.

Stadtv. **Wallach** (R. L.): Die Vorlage geht ja jedenfalls an einen Ausschuß; aber unsre Meinung sollten wir doch schon jetzt unverblümt sagen. Der Straßenhandel namentlich mit Lebensmitteln hat Formen angenommen, die mit den hygienischen Ansprüchen schlechthin unvereinbar sind. Der eigne Moniteur des Herrn Borgmann, der „Vorwärts“, hat in diesem Punkte am 2. September den Händlern gründlich die Wahrheit gesagt. Und wenn die Straßenhändler wirklich noch herumziehen würden! Aber sie ziehen nicht herum, sie haben feste Stellen mit ihren Wagen inne. Und das soll den Verkehr nicht stören? Mir gehe die Vorlage lange nicht weit genug. Ich werde im Ausschuß entsprechende Anträge stellen.

Stadtv. **Runge** (R. L.) stimmt bezüglich des Zeitungshandels dem Stadtv. Borgmann zu, ist aber andrerseits mit dem Stadtv. Wallach der Meinung, daß bezüglich der Aufbewahrung der Waren des Straßenhandels genau zugesehen werden muß. Den nicht in Berlin wohnenden Händlern den Handel in Berlin zu gestatten, liege kein Grund vor.

Stadtv. **Berger** (R. L.) ist ebenfalls für Ausschußberatung. Die Sorge um das Schicksal der Händler habe zurückzutreten, soweit diese nicht Berliner Steuerzahler sind. Die kleinen Gewerbetreibenden müßten vor der Schädigung durch diesen Handel geschützt werden.

Stadtv. **Ullstein** (R. L.): Die Mehrzahl meiner Freunde verhält sich im Gegensatz zum Kollegen Gemeinhardt gegen die

Verordnung ablehnend. Wir halten den Straßenhandel für berechtigt; die Waren, die er feilhält, sind solche, welche der seßhafte Verkehr nicht aufnehmen wird. Wir haben hier nur die Interessen des stehenden Gewerbes und des Hausbesitzes, nicht das Verkehrsinteresse betonen hören. (Sehr richtig!) Auch der Konsum ist sehr erheblich an dem Straßenhandel interessiert, namentlich in Gemüse, Obst u. dergl. Wir kämen sonst in dieselbe Lage mit diesen Waren wie durch das Fleischeinfuhr-Verbot; nur die Gewerbetreibenden, nicht das Publikum werden Vorteil davon haben.

Stadtv. **Zubeil** (Soc.): Mit erfreulicher Deutlichkeit haben die Kollegen Gemeinhardt, Wallach und Runge die eigentlichen Ziele der Verordnung nach ihrem Sinne klargelegt. Schon seit 12 Jahren sind die Berliner Hausbesitzer-Vereine und die Vereinigung der seßhaften Händler unausgesetzt an den Magistrat und die Polizei herangetreten, um den Straßenhandel zu beseitigen. Ob die seßhaften Händler einen Vorteil von dem Verbot haben werden, ist sehr die Frage. In Rixdorf haben die Hausbesitzer sofort die Laden- und Kellermieten ganz erheblich gesteigert, und würde man in Berlin nicht sofort zu demselben Mittel greifen? Das ist des Pudels Kern (Großer Lärm); wenn Sie ehrlich sein wollen, müssen Sie das zugeben. Der angebliche Rixdorfer Großkapitalist stellt den Händlern Wagen gegen Tagesentgelt zur Verfügung, er selbst betreibt keinen Straßenhandel. (Unruhe.) Die Leute sind ja meist zu arm, sich einen Wagen zu kaufen, können ihn auch nicht unterbringen. Selbst in den verkehrsreichsten Straßen kann von einer „Plage" absolut keine Rede sein (Widerspruch) . . . natürlich, Sie als Hausbesitzer sehen die Sache anders an. Wäre die Ware so schlecht, wie Herr Gemeinhardt sie macht, so würde doch ein großer Teil der bürgerlichen Gesellschaft sie nicht kaufen. Der größte Teil unsrer Händler sind Berliner Bürger und Steuerzahler. (Widerspruch.) Der Magistrat läßt doch nicht einen großen Teil steuerfrei. Haben Sie andrerseits nicht dazu beigetragen, einen Teil der Händler aus Berlin herauszudrängen? (Ruf: Aha!) Unsre Markthallen amortisieren sich glatt, auch die Verzinsung hat keine Schwierigkeiten gemacht; der neue Erwerbungs-Fonds beträgt vier Millionen Mark, die alle aus den Markthallen gekommen sind. Um diese Dinge hat sich Herr Gemeinhardt nur sehr mangelhaft gekümmert. Hätte eine bessere Wirtschaft in den Markthallen Platz gegriffen, wären die Stände nach noch ihrem Werte verständig vermietet worden, dann würde es um sie besser stehen, daran sind aber Magistrat und Kuratorium selber schuld. Sie führen jetzt Kampf gegen den Straßenhandel. Gegen die großen Warenhäuser den Kampf zu führen, waren Sie ohnmächtig, die noch weit intensiver den Kleinhandel herunterbringen; gegen die, die sich nicht wehren können, da fühlen Sie die Kraft in sich. Wenn wirklich im nächsten Jahre statt 20 000 Straßenhändler deren 30 000 sind, so trägt dazu der Straßenhandel nicht bei, da spielen ganz andre Faktoren mit. Es handelt sich um Invaliden, die es geworden sind auf dem Schlachtfelde des Krieges oder dem Schlachtfelde der Arbeit. (Zuruf vom Stadtv. H. Sachs.) Was diese als Unterstützung aus der Staatspensionskasse erhalten, ist Ihnen doch wohl bekannt, Herr Sachs? Was bleibt diesem Staatspensionär übrig, als noch einen Erwerb zu ergreifen? Und da ist es der Handel, zu dem er greift. Der Oberbürgermeister hat wiederholt Deputationen von Händlern empfangen, auch der Polizeipräsident. Letzterer hat erklärt, es werde kein Jota von der Verordnung zurückgenommen; sollte der Magistrat das ablehnen, so werde er andre Mittel ergreifen, um seinen Willen durchzusetzen. (Hört! hört!) Also nackt und dürr: Gewalt geht vor Recht. Da müßten Sie doch alle unserm Antrage zustimmen, dann hätte wenigstens die Stadt ihre Hand davon gehalten, zur Erdrosselung des Straßenhandels beizutragen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.) stellt sich für seine Person dem Standpunkt von Gemeinhard und Konsorten entgegen. (Beifall.) Nur aus Verkehrsrücksichten sei die Frage zu beurteilen. Auch sei ihm die Brotlosmachung zahlreicher Existenzen keineswegs sympathisch. Was solle eine einzelne Beobachtung besagen, daß ein Händler nicht aus Berlin, sondern aus Rixdorf ist, oder daß einmal ein Straßenhändler auf einem Wagen mit Stachelbeeren geschlafen hat? Der Straßenhandel sei auch nicht frei, sondern stehe unter scharfer Polizeikontrolle und unterliege der Konzession. So gewiß die Mehrheit nicht nach Hausbesitzer-Interessen entscheide, so streng müsse jeder Schein vermieden werden, als ob nach Konkurrenzrücksichten geurteilt würde. Die Waren der Straßenhändler kauften auch sehr gut Situierte ihrer Güte wegen. Die Straßen sauber und rein erhalten könnte der Polizeipräsident auch auf Grund der bestehenden Polizeiverordnung. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Vorlage einem Ausschuß überwiesen.

Es folgt der Antrag Augustin betreffend die

Anstellung von je einen Schularzt für jede Berliner Gemeindeschule.

In einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte über den Antrag Schulze (A. L.), die Beratung dieses Gegenstandes auf 2 Monate zu vertagen, erklärt

Stadtrat **Gerstenberg**: Der von der Versammlung seiner Zeit gewünschte Bericht über die Bewährung des Instituts der Schulärzte ist von der Schuldeputation im Juni erstattet worden. Das Ministerium hat den Bericht von uns eingefordert und ihn für würdig gehalten, im Centralblatt für das gesamte Unterrichtswesen veröffentlicht zu werden. Die Schuldeputation hat eine Subkommission mit der Prüfung der Frage beauftragt, in welcher Richtung und in welchem Umfange das Institut der Schulärzte ausgestaltet werden soll; diese hat Bericht erstattet, die Deputation hat sich über einen Antrag an den Magistrat geeinigt und die Sache kann noch im Etat für 1903 erscheinen. Auch wenn der Magistrat diesen Antrag ablehnt, wird selbstverständlich doch der Bericht hinübergegeben werden. Sie werden ihn in vier Wochen zu erwarten haben; ohne Instruktion durch diesen Bericht würden wir nicht beraten können.

Beschlossen wird auf Antrag Singer, bis zum Eingang der Magistratsvorlage den Antrag zurückzustellen und dann beide gemeinsam zu beraten. Nach Beratung einiger unwesentlicher Vorlagen erfolgt Schluß.

Gewerkschaftliches.

Aus dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission erhalten wir folgendes Schreiben:

Eine verehrliche Redaktion bitten wir um Aufnahme nachstehenden Berichts: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte dafür, daß wir über das Verhalten der Redaktion des „Vorwärts" gegenüber der Berliner Gewerkschaftskommission von unsren Beauftragten richtig unterrichtet worden sind, so wäre dieser durch die Redaktion selbst in der letzten Nummer des „Vorwärts" erbracht. Dort werden im wesentlichen die Angaben unsrer Beauftragten bestätigt, und auch das, was wir in unsrer Erklärung gesagt haben. Die Behauptung: Körsten sei damit einverstanden gewesen, daß die Kandidaten nicht im „Vorwärts" veröffentlicht werden, wird durch ihre Wiederholung nicht richtiger.

Daß ein Einverständnis nicht erzielt wurde, geht schon daraus hervor, daß der Redakteur Reinke beim Fortgehen die Versicherung abgab, er werde es der Redaktion vorlegen, und am Abend desselben Tages der Gewerkschaftskommission telephonisch mitteilte, daß die Redaktion die Veröffentlichung der Kandidaten sowie die im Flugblatt enthaltenen Bezirksangaben abgelehnt habe.

Berliner Gewerkschaftskommission.

Die telephonische Mitteilung an Körsten ging nicht dahin, daß die Redaktion die Veröffentlichung abgelehnt habe, sondern sie lautete: Die Gesamt-Redaktion habe Körstens Vorschlag, unter gewissen Voraussetzungen von der Veröffentlichung abzusehen, ohne weiteres angenommen. Im übrigen haben wir unsren Darlegungen in der Mittwochnummer nichts hinzuzufügen, auch nichts davon zurückzunehmen. Wir sind mit dem Verfasser des vorstehenden Schreibens darin vollkommen einig, daß Behauptungen durch ihre Wiederholung nicht richtiger werden.

Redaktion des „Vorwärts".

Deutsches Reich.

Metallarbeiter. Der Arbeitsnachweis des „Vereins der Metallindustriellen von Hannover und Umgegend" sucht durch Zeitungsinserate in den verschiedensten Städten Deutschlands Mechaniker ꝛc. für „die Telephon- und Gramophon-Werke J. Berliner" in Hannover. Die Werkstätte ist eine der am schlechtesten zahlenden dieser Branche. Uebrigens sind Arbeitskräfte im Ueberfluß am Orte selbst vorhanden. Ebenso sucht obengenannter Arbeitsnachweis Installateure, Rohrleger ꝛc. nach Berlin, lockt die Leute hierher, um ihnen dann zu sagen, daß die Arbeit in Berlin sei, wo sie ruhig hinfahren könnten, für Nichtbelästigung sei gesorgt.

Wir ersuchen nun die Metallarbeiter allerorts, sich von Angeboten nach Hannover nicht verlocken zu lassen, und bitten die Arbeiterpresse, von vorstehendem Kenntnis zu nehmen.

Die Ortsverwaltung Hannover
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Gewerbegerichts-Wahlen in Mannheim. Die am Montag zum erstenmal nach dem System der Proportionalvertretung vorgenommenen Neuwahlen hatten das folgende Ergebnis. Es wurden abgegeben in der Klasse der Arbeitnehmer 3916 Stimmen; davon erhielten die freien Gewerkschaften 3012, die vereinigten Hirsch-Dunckerschen und Christlichen 884 Stimmen. Die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer ergab für die Liste des Fabrikantenvereins 449, für die der freien Gewerkschaften 103 Stimmen. Das Ergebnis der Arbeitnehmer bedeutet einen glänzenden Erfolg der freien Gewerkschaften, gegen die die vereinigten Gegner diesmal alle ihre Truppen mobil gemacht hatten, um den „socialistischen Terrorismus" zu brechen. Von den 33 zu vergebenden Sitzen entfallen auf Grund des obigen Zahlenverhältnisses in der Klasse der Arbeitnehmer auf die freien Gewerkschaften 26, die vereinigten Hirsch-Dunckerschen und Christlichen 7. Da es den Gewerkschaften jedoch gelang, von den Arbeitgeber-Beisitzern auf Grund der Verhältnisvertretung sieben für sich zu gewinnen, so kehren sie in der vollen früheren Stärke ins Gewerbegericht zurück. Der Ansturm ihrer Gegner ist also glänzend abgeschlagen.

Ausland.

Bergarbeiter-Streik in Böhmen. Lohnherabsetzungen wurden im Falkenau-Grasether Revier sowie auf der Johannes-Zeche bei Wintersgrün vorgenommen. Die Direktion der Caroli-Johanni-Zeche in Meierhöfen bei Karlsbad setzte nicht nur die Löhne herab, sondern verlangte auch erhöhte Leistungen der Arbeiter, gleichzeitig verlängerte sie die früher eingeführte Zehnstundenschicht um eine halbe Stunde. Von der 110 Mann starken Belegschaft dieser Grube traten deshalb 100 Mann am 10. d. M. in den Ausstand. Die Streikenden verlangen die Einführung der Neunstundenschicht wie auf den übrigen Werken, die Regelung der Lohnverhältnisse auf den schlechten Arbeitsorten und die Anerkennung des Lokal-Arbeiterausschusses durch die Werksleitung.

Sociales.

Zuchthausfrüchte.

Vor der Strafkammer I des Landgerichts Altona spielte sich jetzt eine Scene ab, die einen tiefen Einblick gestattete in das Seelenleben eines Gewohnheitsverbrechers und die Hilflosigkeit unsrer Strafjustiz gegenüber dem Verbrechen grell beleuchtet. Ein ehemaliger Schiffbauer Karl Sturm, der bereits eine zehnjährige Zuchthausstrafe verbüßt hat, ist wieder wegen zahlreicher Einbruchsdiebstähle angeklagt, verübt mit sieben gleichfalls schwer bestraften Genossen, die mit ihm angeklagt sind. Die Verhandlung war ein einziges Spektakelstück, aufgeführt von dem Hauptangeklagten Sturm, der an Händen und Füßen gefesselt war und von zwei besonders starken Schutzleuten bewacht wurde. Sturm verlangte die Abnahme der Fesseln, das Gericht lehnte dies jedoch wegen der Gemeingefährlichkeit des Mannes ab. Darauf beschimpfte Sturm den Vorsitzenden, den Staatsanwalt und die Beisitzer in der unerhörtesten Weise, nannte sie Lumpen, Spitzbuben, Schweinerichter und schlimmeres. Dem Staatsanwalt rief er zu: Verliere Deine Nase nicht; falle nicht über Deine Beine usw. Auf jede Frage antwortete er mit einer läppischen Redensart wie: Was giebt es hier für Ochsen; wie ist es hier gemütlich und dergleichen.

Die als Zeugen auftretenden Frauen nannte er Saumensch, andre Zeugen Strolch, Straßenräuber, Halunke, Giftmischer, Plunder; zwischendrein sang er Gassenhauer, machte Zeuginnen Liebesanträge, rief wieder religiöse Redensarten dazwischen, stieß Majestätsbeleidigungen aus, sprach von Aufhängen, verlangte „was zu fressen", ließ die Republik hochleben, rief dem Vorsitzenden zu: Du hast Dein Vaterland verraten, fragte den Staatsanwalt, wo die roten Nasen herkommen usw. usw. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", der wir diesen Bericht entnehmen, füllt mehr als eine Spalte mit Aufzählung dieser Einzelheiten.

Der Vorsitzende gab sich keine Mühe, den Menschen zur Ruhe zu verweisen; offenbar hielt er es für vollkommen aussichtslos und auch für vollkommen belanglos, was dieser Verrückte sagte und that. Das Ende war ein Urteil auf abermals 15 Jahre Zuchthaus.

Das Gericht ist also der Meinung, daß Sturm keineswegs unzurechnungsfähig ist. Aber wenn man auch sagen könnte, er habe „den wilden Mann" gespielt in der Erwartung, als geisteskrank behandelt zu werden, so erklärt das noch nichts und rechtfertigt noch nichts. Ein Mensch, der solche Scenen aufführt, ist kein normaler Mensch, selbst wenn man überzeugt ist, daß er Komödie spielt.

Das Gericht hat gethan, was das Gesetz ihm gebietet oder gestattet; es hat den Mann auf 15 Jahre unschädlich gemacht. Im Zuchthause, wenn er auch dort solche Spektakelstücken aufführt, wird man ihn weiter brutalisieren und die Bestie in ihm, wenn eine Steigerung überhaupt noch möglich ist, wird noch toller werden und nach 15 Jahren wird dieses Prachtstück kapitalistisch-bürgerlicher Menschenbildungskunst, falls dann seine Körperkräfte noch nicht gebrochen sind, abermals auf die Gesellschaft losgelassen, damit ihre Justiz abermals Gelegenheit findet, ihr Allheilmittel Zuchthaus zur Anwendung zu bringen.

Aber wenn auch das Gericht Unzurechnungsfähigkeit angenommen und auf Unterbringung in einer Irrenabteilung erkannt hätte, was vielleicht nicht ganz unmöglich gewesen wäre, so wäre zwar eine Entlassung zu vorherbestimmter Zeit ausgeschlossen, ob jedoch der Mensch „geheilt" worden wäre, ist schon deshalb zweifelhaft, weil es unsren Irrenanstalten völlig an Einrichtungen zur sachgemäßen Verwahrung und Behandlung derartiger Menschen fehlt. Von alledem abgesehen, ist doch die Thatsache, daß die Gesellschaft eine solche Frucht zeitigen konnte, geradezu grauenhaft. Man muß sich erinnern, daß Sturm schon 10 Jahre im Zuchthause gebracht hat, daß also schon alle Kunst der bürgerlichen Strafjustiz an ihm erprobt wurde und daß er danach gerade mit um so größerer Rücksichtslosigkeit ein Verbrechen nach dem andren verübte, um schließlich als wildes Tier vor den Richtern zu erscheinen, um aufs neue zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Wenn jemand über die Lebensgeschichte dieses Menschen Auskunft geben könnte, würden wir wahrscheinlich erfahren, daß er schon als Kind die dunkelsten Seiten des Lebens kennen gelernt hat, vielleicht als Kind schon dem Strafrichter überantwortet worden ist.

Rechenschaft fordert die bürgerliche Gesellschaft von diesen ihren Opfern; vor der Geschichte aber ist sie selber Rechenschaft schuldig für solche Blüten ihrer gepriesenen Kultur.

Die Ruhezeit im Gastwirtsgewerbe ist jetzt für die Provinz Schlesien thatsächlich beseitigt. In unsrer Nr. 250 konnten wir berichten, daß ein Hotelbesitzer in der Gegend von Hirschberg in Schlesien die Bundesrats-Verordnung dadurch umgangen hat, daß er den Kellnern zwar die Ruhezeit gestattete, diese aber freiwillig darauf verzichteten. Gegen eine Polizeistrafe von 10 M., die ihm deswegen auferlegt wurde, rief er die Gerichte an und erzielte sowohl beim Schöffengericht als auch beim Landgericht seine Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und jetzt hat auch **das Oberlandesgericht Breslau die Freisprechung bestätigt!**

Damit ist also für Schlesien vorläufig als Recht erklärt, daß die Gastwirtsgehilfen „freiwillig" auf die Schutzvorschriften verzichten dürfen. Der Bundesrat ist durch das Urteil als ein sehr unfähiger Gesetzgeber hingestellt worden. Denn daß er eine solche Auslegung seiner Verordnungen nicht gewollt hat, steht fest. Es muß daher an seiner unzulänglichen Ausdrucksweise liegen, daß seine Absichten so in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Die Gastwirtsgehilfen werden hoffentlich nicht ruhen, bis der geringe Schutz der Verordnung für bindendes Recht erklärt wird.

Die Hilflosenrente.

Die Bau-Berufsgenossenschaft hatte dem Arbeiter W., dem 1890 ein Ziegelstein auf den Hinterkopf gefallen war, eine Unfallrente von 20 Proz. gewährt, war dann aber rechtskräftig zur Zahlung der Vollrente verurteilt worden, nachdem durch ärztliches Gutachten festgestellt worden war, daß W. an einer mit starken Kopfschmerzen verbundenen Geisteskrankheit leide. Im Januar 1901, also nach dem Inkrafttreten der neuen Unfall-Versicherungsgesetze, wurde W. wegen Gemeingefährlichkeit der Irrenanstalt Dalldorf überwiesen und später in einer andren Anstalt untergebracht. Von der Vollrente, die 66 Mark pro Monat beträgt, erhielt Frau W. nichts; sie wurde durch die Verpflegungskosten aufgebraucht. Seine Ehefrau beanspruchte nunmehr gemäß § 9 des Gewerbe-Unfall-Versicherungsgesetzes die Hilflosen-Rente, das heißt statt der einfachen Vollrente von Zweidrittel des Jahres-Arbeitsverdienstes den vollen Jahres-Arbeitsverdienst. Eventuell beanspruchte sie die Uebernahme der Verpflegungskosten durch die Berufsgenossenschaft und die Gewährung einer Familienrente. Die Berufsgenossenschaft wandte u. a. ein, daß das neue Gesetz nicht in Frage kommen könne, weil der Unfall schon vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes passiert sei und damals auch schon eine Rentenfestsetzung stattgefunden habe. Die im alten Gesetz nicht enthaltene gewesene Bestimmung von der Hilflosenrente wäre deshalb nicht anwendbar.

Das Schiedsgericht war jedoch andrer Meinung und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Gewährung der Hilflosenrente, d. h. des vollen Jahresverdienstes. Es führte aus, daß es sich bei dem Anspruch auf Hilflosenrente, der erst während der Wirksamkeit des neuen Gesetzes durch die Entwicklung der Verhältnisse im Falle W. entstanden und bestellt worden sei, um einen ganz neuen Anspruch handele, und daß deshalb die neue Gesetzesbestimmung anzuwenden wäre, obwohl der Unfall selber schon 1890 passiert sei. W. könne jetzt infolge Geisteskrankheit nicht nur nichts verdienen, sondern bedürfe auch wegen seiner Gemeingefährlichkeit der fremden Wartung und Pflege, womit auch materiell die Voraussetzungen für die Zubilligung der Hilflosenrente gegeben seien. — Den Eventualantrag der Frau W., die Familienrente ꝛc. betreffend, erachtete das Schiedsgericht für hinfällig, weil der Mann in der Irrenanstalt nicht zu Heilzwecken, sondern wegen Gemeingefährlichkeit untergebracht sei.

Der erweiterte Senat des Reichs-Versicherungsamts hat jetzt dem gegen das Schiedsgerichtsurteil eingelegten Rekurs der Berufsgenossenschaft stattgegeben und die Zubilligung der Hilflosenrente wieder rückgängig gemacht, so daß die Berufsgenossenschaft nur die einfache Vollrente für Unfall-Verletzte in Höhe von zwei Drittel des Jahresverdienstes zu zahlen hat. Zur Begründung bemerkte Präsident Gäbel, die Bestimmung des neuen Gesetzes über die Hilflosenrente könne deshalb nicht zur Anwendung kommen, weil der Unfall vor dem 1. Oktober 1900, vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes passiert sei. Den Standpunkt des Schiedsgerichts teile der Senat nicht.

Versammlungen.

Zum Apotheker-Boykott. Die Krankenkassen-Vorstände- und Verwaltungsbeamten hielten gestern im Gewerkschaftshause eine stark besuchte Versammlung ab, in der folgende Resolution beschlossen wurde:

„Die Versammlung ist principiell nicht gegen einen Schiedsspruch, da aber die Apotheker ihre sämtlichen Zugeständnisse zurückgezogen und die von der Centralkommission vorgeschlagenen Grundlagen für einen, den Stand des Kampfes entsprechenden Schiedsspruch bereits abgelehnt haben, so hält die Versammlung die Zeit für einen Schiedsspruch nicht für gekommen und geht über die heutige Forderung der Apotheker zur Tagesordnung über."

Lichtenberg. Die Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Lichtenberg, die bekanntlich durch den zum Kommissar ernannten bisherigen Rendanten Kauffmann gegen 5000 M. Jahresgehalt ohne Vorstand verwaltet wird, hatte zur Abnahme der Jahresrechnung pro 1901 und zur Entgegennahme des Verwaltungsberichtes eine ordentliche General-Versammlung zum 16. d. M. einberufen, die aber über die Eröffnung nicht hinauskam. Der Herr Kommissar hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Der Gemeinde-Bureauvorsteher Meyer, der statt seiner die Versammlung leiten wollte, konnte eine Legitimation zu diesem Auftrage nicht vorlegen, und so vertagte sich die Versammlung nach einer stürmisch verlaufenen dreistündigen Geschäftsordnungs-Debatte.

Der Geschäftsbericht zeigt ein trostloses Bild dieser „Musterkasse". Die Einnahmen bleiben um circa 9000 M. gegen die Ausgaben zurück und das trotzdem nicht ein Pfennig Ausgabe in der Position „Fürsorge für Rekonvalescenten" verzeichnet ist. Hierzu kommt noch die fehlende Rücklage zum Reservefonds. Dafür sind unter Ausgaben etwa 17 000 Mark Verwaltungs-Unkosten bei einer Durchschnittsziffer von 4600 Mitgliedern. Die Aufsichtsbehörde verlangt nun folgerichtig die Erhöhung der Beiträge, aber von der Wiederherstellung der Selbstverwaltung ist keine Rede. Der „Kommissar" lehnt es ab, mit der Generalversammlung zu verhandeln, aber er bleibt Kommissar mit 5000 M. Gehalt. Für den an seiner Stelle erschienenen Versammlungsleiter waren sofort 10 M. Gebühren auf Kosten der Kasse angewiesen. Der „Verwaltungsbericht" wimmelt von den gröbsten Insulten gegen die Revisionskommission und Verhöhnungen der Mitglieder sowohl wie der Aufsichtsbehörde. Verfasser dieses Machwerks ist der auf Lebenszeit angestellte Rendant Kauffmann, zur Zeit Kommissar der Kasse. Derselbe Herr ist auch auf Lebenszeit Generalbevollmächtigter und Geschäftsführer der Kasse! Leider finden sich auch Arbeitnehmer, die diese beispiellosen Zustände, wenn auch nur passiv, unterstützen. Von 50 Delegierten der Arbeitnehmer waren nur 30 in der Generalversammlung erschienen. Sechs Arbeitnehmer-Beisitzer haben dadurch, daß sie den Vorstandssitzungen dauernd fernbleiben, diese beschlußunfähig gemacht und so das Kommissariat herbeigeführt. Arbeitnehmer sind es gewesen, die im Schlepptau des Herrn Kauffmann die schier unmöglichen Verträge möglich machten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen die Erhöhung der Matrikularbeiträge.

Wiesbaden, 20. November. (W. H.) Wie dem „Rheinischen Courier" aus München gemeldet wird, erhob Bayern im Bundesrat energische Vorstellungen gegen die fortwährenden Erhöhungen der Matrikularbeiträge, welche bald über die Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten hinausgingen. Württemberg, Sachsen, Baden und die Hansestädte haben sich angeblich diesem Protest angeschlossen.

Großfeuer.

Lübeck, 20. November. (Privat-Depesche des „Vorwärts".) Sämtliche Speicher des großen Produktengeschäfts von Meier stehen in Flammen. Die Feuerwehr ist machtlos. Zum Glück liegt das Geschäft in isolierter Lage.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 272. 19. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Freitag, 21. November 1902,

Reichstag.

218. Sitzung. Donnerstag, den 20. November 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Hammerstein, von Riedel.

Die zweite Beratung des **Zolltarif-Gesetzes** wird bei dem von der Kommission neu eingefügten § 10a fortgesetzt. § 10a bestimmt: „Für Rechnung von **Kommunen** oder Korporationen dürfen von dem auf das Inkrafttreten des Gesetzes folgenden 1. April ab **Abgaben auf Getreide**, Hülsenfrüchte, Mehl und andre Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett **nicht erhoben** werden.

Auf die Erhebung von Abgaben von dem zur Bierbereitung bestimmten Malze seitens der Kommunen findet diese Bestimmung keine Anwendung."

Die Abgg. **Albrecht** und Gen. (Soc.) beantragen, nach dem Worte „Hülsenfrüchte" einzuschalten: „sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse" und den zweiten Absatz zu streichen.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.):

In der Kommission ist seitens der Regierungsvertreter gegen die Einfügung dieses § 10a in das Zollgesetz Widerspruch erhoben worden mit dem Hinweis, daß die Aufhebung der städtischen Octrois den Bestimmungen des Zollvereinigungs-Vertrages von 1867 zuwiderlaufe. Die Situation in Bezug auf die kommunalen Steuern auf Vieh, Fleisch, Getreide usw. ist aber seit jener Zeit und seit der Novelle von 1885 eine völlig veränderte geworden. Man will jetzt daran gehen, auf Getreide, Vieh, Fleisch usw. ganz außerordentlich erhöhte Zölle zu legen. Da ist die Aufrechterhaltung der hohen indirekten Steuern, die viele städtische Kommunen auf die notwendigsten Lebensmittel legen, um so ungerechtfertigter. In Breslau beträgt z. B. die Belastung aus diesen Octrois 4 M. pro Kopf, in Frankfurt 3,50 M., in Posen 2,50 M., in Potsdam 4,70 M., in Wiesbaden 3,20 M. usw. Zu welch unhaltbaren Zuständen führt vielfach diese Erhebung städtischer Octrois! Der Soldat, der von seinem Urlaub zurückkehrt und ein Kistchen mit Wurst von über 2 Pfund bei sich führt, muß diese Wurst versteuern! Nun wird behauptet, daß der Preis der Nahrungsmittel durch diese indirekten Steuern nicht verteuert würde. Diese Behauptung wird aber durch eine durchaus unparteiische wissenschaftliche Autorität, eines Gießener Universitätsprofessors, widerlegt. Er konstatiert, daß überall, wo städtische Octrois aufgehoben worden sind, sofort eine Verbilligung der betreffenden Waren erfolgt ist. Es wird weiter gegen den § 10a angeführt, daß die Aufhebung der Octrois eine unerträgliche Steigerung der direkten Steuern mit sich bringen würde. Das hat sich aber in der Praxis, wo kommunale Abgaben aufgehoben worden sind, bisher nirgends bestätigt. Solche Behauptungen kommen gerade aus Dresden, wo die Herren um Hartwich am Ruder sind. Diese Herren befürchten indes lediglich, daß wenn jene ungerechten Steuern beseitigt würden, man in Dresden zu einem gerechteren Steuersystem kommen würde, wie es die Herren früher so heftig bekämpft haben. (Sehr richtig! links.)

Wenn Süddeutschland, besonders Bayern, durch diesen Paragraphen gezwungen wird, seine Kommunalgesetzgebung zu modernisieren, so wäre das nur zu begrüßen. (Sehr wahr! links.) Meine Parteigenossen in Bayern haben seit jeher in dieser Richtung gewirkt.

Den zweiten Absatz, die Abgaben auf Malz betreffend, haben wir in der Kommission gestellt, um der Annahme des Antrages keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Den Antrag Albrecht, der diesen Absatz streichen will, bitten wir abzulehnen. Es darf nicht der Zustand Platz greifen, daß eine Gemeinde das Recht behält, an der Grenze Biersteuer zu erheben, das in der Gemeinde gebraute Bier aber, das man doch nur in der Malzsteuer fassen kann, steuerfrei lassen muß. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**:

Die Frage der Octrois ist in der Kommission auf das eingehendste erörtert worden. Die verbündeten Regierungen sind nach wie vor der Ansicht, daß es sich bei diesem Paragraphen um eine **Verfassungsänderung** handelt. Ich habe diese Auffassung innerhalb der Kommission in einer Erklärung niedergelegt, welche dem Kommissionsbericht beigelegt ist. Die verbündeten Regierungen haben auch **ernste Bedenken** dagegen, eine solche Verfassungsänderung bei Gelegenheit dieses Gesetzes vorzunehmen. Sie haben aber auch schwere materielle Bedenken. Sie **fürchten für den geordneten Haushalt einer ganzen Reihe von Städten** und diese materiellen Bedenken sind es hauptsächlich, die den **Widerspruch** der verbündeten Regierungen begründen. Ich nehme an, daß ein Vertreter der verbündeten Regierungen die materiellen Bedenken noch näher darlegen wird.

Preußischer Minister des Innern, Frhr. **v. Hammerstein**:

Im Namen der preußischen Regierung und der Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, der thüringischen Staaten und von Elsaß-Lothringen muß ich auf die schweren Bedenken aufmerksam machen, welche die Annahme des Kommissionsantrages für eine große Anzahl von Gemeinden mit sich bringen würde. Um zunächst klarzustellen, wie weit der Eingriff geht, erlaube ich mir Ihnen aus dem Material, was ihnen vorliegt, zu wiederholen, daß in **1392 Gemeinden noch Schlacht- und Mahlsteuern** erhoben werden. Die Gebühren, welche für die Einfuhr von Schlacht- und Mahlerzeugnissen in diesen Städten erhoben werden, haben im letzten Jahre 15 607 000 Mark, also eine sehr erhebliche Summe betragen. Die Vertreter der beteiligten Regierung sind der Ansicht, daß dieser **Antrag geeignet ist**, die Finanzlage der betreffenden Gemeinden nicht nur zu gefährden, sondern ihre **Finanzen geradezu zu zerstören.** Der Haushaltungsetat dieser Gemeinden ist wesentlich begründet auf diese indirekten Verbrauchssteuern. Durch den Wegfall derselben würden die größten Unzuträglichkeiten entstehen; gerade der gegenwärtige Moment der allgemeinen wirtschaftlichen Depression ist der allerungeeignetste, diese Abgaben aufzuheben. Es werden an die direkte Steuerkraft der Bevölkerung schon jetzt die höchsten Anforderungen gestellt. Der Antrag bedeutet auch einen Eingriff in die sonst von diesem Hause so hochgeschätzte Selbstverwaltung der Gemeinden. Durch einen Federstrich soll hier den Kommunen vorgeschrieben werden, in welcher Weise sie ihre Finanzgebarung einhalten sollen. Die schon von vielen Gelehrten behandelte Frage, ob die direkte oder indirekte Besteuerung das richtige sei, wird durch diesen Beschluß nicht erledigt werden. Der gerade von der linksliberalen Partei vertretene Standpunkt, daß man die direkte Besteuerung bevorzugen würde, wird nur theoretisch, nicht in der Praxis richtig sein können. Herr Fischbeck meinte, daß infolge der Aufhebung der Octrois der eigentliche Steuerpflichtige am Ende des Jahres 8 M. bekomme, aber nur 2 M. oder 1,60 M. zu zahlen hätte. Das klingt auf dem Papier sehr schön (Heiterkeit.), er bekommt aber die 8 M. nicht, sondern hat nur die 2 M. zu bezahlen. Wir Menschen sind nun einmal so unvollkommene Wesen, daß wir nicht den ersparten Bruchteil einer Steuer auf die hohe Kante in einen besonderen Kasten legen (Heiterkeit), sondern das Haushaltungsgeld der Frau wird ganz ausgegeben, und dann muß der Mann noch einmal in den Säckel greifen, um die direkten Steuern zu bezahlen. Zufriedenheit wird das gewiß nicht hervorrufen. Man geht von der Voraussetzung aus, daß die Steuer die Differenz bildet zwischen den teueren Fleischpreisen in den steuerpflichtigen Städten und den billigeren Preisen in den nicht steuerpflichtigen Städten. Diese Voraussetzung ist falsch. Es kommen bei der Preisnormierung noch viele andre Momente, besonders die Transportkosten, in Betracht. In Potsdam ist das Fleisch 10 bis 20 Pf. teurer als in Berlin. Die Steuer in Potsdam beträgt aber nur 9 resp. 7 Pf. pro Kilo. Die teuren Preise werden natürlich in erster Linie durch die Abhängigkeit vom Berliner Markt bewirkt. In Spandau und Teltow sind die Preise noch höher als in Potsdam, wo eine Steuer erhoben wird. Die Aufhebung der Steuern wird also keine Verbilligung mit sich bringen. In Mannheim ohne Octrois sind die Preise teurer als in Worms mit Octrois. In Dresden, wo eine Schlachtsteuer besteht, sind die Preise billiger als in Chemnitz und Plauen, wo keine solche Steuer besteht. Die Steuern haben also keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Preise. Eine Maßregel, durch die eine Entlastung der Armen gegenüber den Wohlhabenden möglich wäre, würde ich mit Freuden begrüßen. Diese Maßregel aber führt dazu nicht. Jeder Mensch bedarf eben eines bestimmten Ausgabeminimums für eine auskömmliche Ernährung. Dieses Minimum ist nicht relativ, sondern ein absoluter Betrag. **Eine Arbeiterfamilie muß bekanntlich 50 Proz. und mehr für ihre Nahrung ausgeben, ein Krösus nur 1 bis 2 Prozent.** (**Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.**) Das ist nicht eine Folge der Steuern, sondern eine Folge dessen, daß wir alle Menschen sind, daß wir alle eines bestimmten Quantums von Kräftezufuhr bedürfen. Diese Kräftezufuhr wird dem Reichen ebenso teuer wie dem Armen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Nach meiner Meinung werden durch diesen Antrag gerade die Reichen begünstigt, die Armen benachteiligt. Falls unter dem Begriff Fleisch in diesem Antrag alles Fleisch, auch Wild und Geflügel verstanden werden soll, würde ich für besonders unbillig halten, diese Nahrungsmittel gerade der Wohlhabenden von der städtischen Steuer frei zu halten. Weiter mache ich darauf aufmerksam, daß in fast allen Orten, die Octrois auf Lebensmittel erheben, die städtische Einkommensteuer bis 900 M. Einkommen nicht erhoben wird. Das würde in dem Augenblick fortfallen, wo dieser Paragraph Annahme fände. Eine solche Maßregel würde also in der Hauptsache die bedürftigen Klassen treffen. Uebrigens hat bisher noch keine Gemeinde jemals den Wunsch geäußert, daß diese Octrois beseitigt würden. In der letzten Zeit ist so viel von **großer Fleischnot** die Rede gewesen. Hätten die Antragsteller recht, dann wäre es doch zunächst die Pflicht der Stadtverwaltungen, die angeblich so **hohen Gebühren für die Schlachtsteuer** zu beseitigen. Davon ist aber in keiner Gemeindevertretung, auch nicht der freisinnigen von **Berlin** jemals die Rede gewesen. (Zurufe links.) Die Städte haben stets nur die Regierungen um Erleichterungen in der Fleischeinfuhr ersucht, aber selbst nicht an die Aufhebung der Octrois gedacht, weil sie dieselben für notwendig für ihre Finanzwirtschaft halten, und sie sind es auch. Alle die Einrichtungen, welche die Städte für das Gesamtwohl und insbesondere für die arbeitenden Klassen getroffen haben, waren nur möglich auf Grund der gesunden Finanzwirtschaft der Städte. Wenn Sie in diese störend eingreifen, so hindern Sie diese gedeihliche Entwickelung, die gerade im Interesse der arbeitenden Klassen liegt. — Schließlich verweise ich auch darauf, daß dieser Paragraph einen schweren Eingriff in die süddeutsche Landesgesetzgebung bedeutet. Ich bitte Sie dringend, den Kommissionsbeschluß abzulehnen.

Abg. **Rettich** (kons.):

Die überwiegende Mehrzahl meiner Freunde stimmen dem Ziele dieses Paragraphen zu, aber sie sind der Ansicht, daß der Paragraph verfassungswidrig ist und einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten bedeutet. Wir werden daher **gegen** den Paragraphen stimmen.

Preußischer Minister Frhr. **v. Hammerstein**:

Ich werde soeben darauf aufmerksam gemacht, daß ich mich versprochen habe, indem ich von einer **Schlachtsteuer in Berlin** sprach. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich weiß so gut wie Sie (nach links), daß es sich in Berlin nicht um eine Schlachtsteuer, sondern um eine **hohe Schlachthof-Gebühr** handelt. **Aber auch das meinte ich nicht, sondern ich hatte im Auge einen Beschluß der Stadt Straßburg.** (Lachen bei den Socialdemokraten.) Dort hat der Gemeinderat vor kurzem ausdrücklich einen Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer abgelehnt.

Abg. **Herold** (Z.):

Wir stimmen für die Getreidezölle nicht um der Regierung Einnahmen zu verschaffen, sondern nur mit Rücksicht auf die schwere Lage der Landwirtschaft. Wenn nun aber die Städte noch ihrerseits Abgaben auf die notwendigsten Lebensmittel erheben können, so entsteht dadurch eine **doppelte Belastung**, eine Verteuerung der Lebensmittel nach zwei Seiten hin. Weil wir dies nicht wünschen, haben wir für diesen Paragraphen gestimmt. — Der Schutz der den Bauern durch die Getreidezölle gewährt werden soll, würde ihnen durch die städtischen Octrois wieder genommen. (Sehr richtig! im Centrum.) Daß die Städte auch ohne Octrois auskommen können, beweist die Thatsache, daß in vielen Gegenden keine Octrois bestehen. Die Gewohnheit spielt also hier eine sehr große Rolle. Um den Uebergang zu erleichtern und auch der Regierung die Zustimmung zu diesem Paragraphen zu ermöglichen, würden wir gegen eine **Hinausschiebung des Termins** des Inkrafttretens dieses Paragraphen über den Kommissionsbeschluß hinaus **nichts einzuwenden** haben. Besonders gefreut hat mich, daß der Minister des Innern mit so großer Entschiedenheit die Autonomie der Gemeinden hervorgehoben hat. In neuerer Zeit haben wir leider vielfach Erfahrungen gemacht, die von einer entgegengesetzten Auffassung zeugten. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß die heutigen Worte des Ministers überall den gehörigen Eindruck machen werden. (Beifall im Centrum.) Den Einwand, daß unser Antrag einen Eingriff in die Autonomie der Einzelstaaten darstelle, halte ich nicht für stichhaltig. Ob eine Verfassungsänderung vorliegt, ist ja nicht entschieden. Jedenfalls aber kann eine Verfassungsänderung vorgenommen werden, wenn nicht 14 Mitglieder des Bundesrates widersprechen. Ich hoffe danach, daß, wenn der Reichstag diesem Antrag mit großer Majorität zustimmt, die verbündeten Regierungen ihren Widerspruch aufgeben werden. In der Kommission sind ja zu meiner Freude auch die Socialdemokraten für diesen Antrag eingetreten. Ich fürchte allerdings, daß heute im Plenum das Gewicht der socialdemokratischen Partei verhältnismäßig wenig in die Wagschale fallen wird, weil ich sehe, daß **die Bänke der Socialdemokraten** trotz der großen Wichtigkeit dieser socialen Frage **sehr leer** sind. (Vielfache Zurufe: Sehr gut! Bravo! im Centrum. — Unruhe bei den Soc.) Ich bitte, dem Kommissionsbeschluß zuzustimmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Singer** (Soc.):

Meine Freunde werden wie in der Kommission so auch hier im Plenum dem Kommissionsbeschluß zustimmen. — Herr Herold hätte seine Befürchtungen in Bezug auf die Socialdemokratie lieber bis zur dritten Lesung aufsparen und vergleichen sollen, **welche Partei dann bei der endgültigen Abstimmung stärker besetzt sein wird, die Socialdemokratie oder das Centrum.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Für die Socialdemokratie handelt es sich hier um die Innehaltung eines von Anfang an konsequent vertretenen Standpunktes. Inwieweit die Herren vom Centrum auf ihrem Standpunkt stehen bleiben werden, müssen ja die Verhandlungen, von denen man spricht und liest, ergeben. Die Zukunft wird ja auch zeigen, inwieweit die Herren vom Centrum sich etwa scheuen werden, bei der dritten Lesung sehr stark vertreten zu sein. Herr Herold diente uns mit einer sogenannten Retourkutsche, aber seine Worte waren wenig zutreffend. In der letzten Sitzung, als wir die schlechte Besetzung des Centrums tadelten, war **diese Partei prozentual viel schwächer vertreten, als heute die unsrige.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Im übrigen kann ich Herrn Herold nur sagen, daß es bei der Abstimmung an der Socialdemokratie nicht fehlen wird, und ich freue mich, daß das Centrum wenigstens in dieser Lesung denselben Standpunkt einnimmt wie wir. Was später sein wird, werden wir ja sehen.

Die Ausführungen des preußischen Ministers des Innern waren absolut ungeeignet, jemandem, der von der Notwendigkeit der Aufhebung der Octrois überzeugt ist, eine andre Ansicht beizubringen. Herr v. Hammerstein hat nur das eine bewiesen, daß er ein begeisterter Anhänger der indirekten Steuern ist. Das wußten wir ja auch schon früher so ungefähr. Er hat aber weiter keine Motive für diese Art der Besteuerung angeführt, als daß sie bequem ist und den Bürgern nicht so zum Bewußtsein kommt wie die direkten Steuern. Graf Posadowsky hat neben den materiellen Gründen auch die Verfassungsfrage aufgerollt. Diese Aenderung der Verfassung kann aber gegenüber der Thatsache, daß in diesem Zolltarif schon mehrere Verfassungsänderungen vorgenommen sind, gar nicht in Betracht kommen. Die Regierung operiert mit diesem Motiv auch immer nur dann, wenn sie sich gegen einen Antrag erklärt. Jedenfalls geht Reichsrecht vor Landesrecht. Wenn im Reiche Gesetze gemacht werden, müssen entgegenstehende Landesgesetze geändert werden. Wenn die bayrischen Städte die Octrois angeblich nicht entbehren können, so liegt das an der schlechten Einkommensteuer-Gesetzgebung in Bayern. Dort sind die direkten Steuern in einer Weise vernachlässigt, daß unbedingt Wandel geschaffen werden muß. Diese Doppelbesteuerung der Lebensmittel ist etwas unerhörtes. Herr von Hammerstein hätte wenigstens angeben müssen, wie groß der Bruchteil der deutschen Gemeinden ist, in denen Octrois erhoben werden. Den 1392 Gemeinden, die eine Mahl- und Schlachtsteuer haben, stehen 30 bis 40 000 Gemeinden ohne eine solche Steuer gegenüber. Da kann die Bequemlichkeit dieser Gemeinden mit Octrois doch nicht maßgebend sein, wenn es gilt, eine unwürdige Besteuerung aufzuheben. Wenn 15 600 000 Mark, ganz abgesehen von der Verteuerung der Lebensmittel durch die agrarischen Zölle, von den Kommunen in einer Weise aufgebracht werden, die weite Massen des Volkes erheblich bedrücken, so muß das Anlaß genug sein, diese ungerechten Abgaben zu beseitigen. Der Minister sagte, der Haushalt vieler Städte sei begründet auf die indirekten Steuern; ihre Aufhebung würde die Finanzen dieser Städte geradezu zerstören. Damit hat der Minister sich zu einer Steuertheorie bekannt, die ich heute im deutschen Reichstag kaum mehr für möglich gehalten hätte. Diese Theorie führt uns in das vergangene Jahrhundert zurück, und von dem, der solche Theorien entwickelt, kann man **nicht behaupten, daß er auch nur einigermaßen der Entwicklung der Volkswirtschaft gefolgt wäre.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diese Theorie bevorzugt die indirekte Besteuerung, weil sie die bequemste ist, weil man sie nicht merkt. Eine vernünftige Volkswirtschaft aber will gerade deswegen mit dieser Besteuerung aufräumen, deren Höhe vom Volke nicht direkt empfunden wird. **Die direkte Besteuerung dagegen bringt dem Steuerzahler klar zum Bewußtsein, was er für die Allgemeinheit zu leisten hat.** Ich habe nicht geglaubt, daß ich mit einem Vertreter des größten deutschen Bundesstaates noch über diese Anschauungen diskutieren müßte.

Auch die Behauptung des Ministers, daß die Octrois **keinen** Einfluß auf die Preise der Lebensmittel haben, ist nicht richtig. Die Preise würden eben **niedriger** sein, **wenn** nicht die städtischen Abgaben zu den übrigen Verhältnissen hinzutreten würden. Die Zölle verteuern die Produkte, das mag sich der Minister von seinen agrarischen Freunden sagen lassen, die nur deshalb so eifrig die Erhöhung der Getreidezölle betreiben. (Sehr richtig! links.) Die Fleischerinnungen haben sich auch bereit erklärt, die Preise bei Wegfall des Octrois herabzusetzen. So in Offenbach. Der Minister hat dann weiter gesagt, die Ausgaben für **Lebensmittel** machten im Budget der **Arbeiterfamilie 50 Proz.** aus. Das ist richtig. **Das hätte sich aber die Regierung bei Einbringung des skandalösen Zolltarifs überlegen sollen.** Bei der direkten Besteuerung soll man auch Ansprüche nicht an den Arbeiter, sondern an den stellen, der zum Zahlen direkter Abgaben durch Besitz und Reichtum befähigt ist. Wenn Herr v. Hammerstein meinte, die Einkommen von 6—900 M., die jetzt steuerfrei sind, würden bei Aufhebung des Octrois versteuert werden müssen, so ist das eine Folgerung, die nicht sehr für die Arbeiterfreundlichkeit der Herren da oben spricht. Nein, 900 Mark stellen ein Existenzminimum dar, von dem eben schlechterdings keine Steuer zu erheben ist. Herr von Hammerstein bekämpfte die Aufhebung des Octrois auch im Interesse der Selbstverwaltung. Die preußische Regierung als Hüterin der Selbstverwaltung, das ist wirklich urkomisch, das ist wirklich neu (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) und schlägt so allen Thatsachen ins Gesicht, daß man sich wirklich wundern muß, daß ein preußischer Minister hier so etwas sagt. **Die ganze Frage hat mit der Selbstverwaltung gar nichts zu thun.** Der Minister befindet sich auch im argen Irrtum, wenn er glaubt, daß in den Städten mit Octroi die niedrigste Steuerstufe frei ist. Breslau, Posen und Potsdam erheben zum Beispiel Steuern von Einkommen von 6—900 M., Aachen sogar von Einkommen von 4—600 M. (Hört! hört! links.) Daß eine Arbeiterfamilie mehr an Octroi zu bezahlen hat als bei Erhebung der untersten Steuerstufen an direkten Steuern, das könnte sich der Minister an seinen fünf Fingern abzählen, ohne daß er die Statistik einzusehen braucht, welche ergiebt, daß der Octroi in Potsdam etwa 6½ M., in Posen 5½ M., in Breslau beinahe 6 M. und in Aachen über 6½ M. pro Kopf beträgt. Pro Kopf, das macht bei einer Arbeiterfamilie von 5 Köpfen in Potsdam 32 M., in Posen 27 M., in Breslau 29 M. und in Aachen 33 M. Summen, die nicht annähernd von der Familie in den untersten Steuerstufen gezahlt werden. (Sehr richtig! links.) Man sollte also sparsamer mit der Aufstellung von Behauptungen sein, deren Unrichtigkeit auf der Hand liegt. Die Steuertheorie, daß wir Menschen lieber mehr in kleinen Summen zahlen, als weniger auf einmal, ist doch im Ernst nicht aufzustellen. Freilich, der Minister hat es nicht scherzhaft, sondern ernst gemeint. In dem Maße als die Arbeiterklasse sich besser ernähren, als sie für dasselbe Geld mehr Lebensmittel verzehren kann, bessert sich ihre sociale Lage. Das sollte auch Herr v. Hammerstein einsehen, dessen Rede für seine Auffassung sicherlich keinen Anhänger gewonnen hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auf der einen Seite verteidigt er die städtischen Octrois, auf der andren Seite erklärt er es für wünschenswert, ein Mittel zu finden, um den armen Mann besser zu stellen, als den reichen. **Das sagt ein Minister, der den Zolltarif miteingebracht hat, dessen Absicht im wesentlichen darauf hinausläuft, den armen Mann zu belasten** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), also das Gegenteil von dem bewirken wird, was der Herr Minister als wünschenswert bezeichnet hat. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das Mittel, wonach der Herr Minister sucht, ist längst entdeckt. Sie brauchen ja nur eine **Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer mit kräftiger Progression** nach oben einzuführen, dann haben Sie ja das Mittel, den armen Mann zu entlasten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber Sie wollen es nicht, und wenn Sie es wollten, würde die Mehrheit im Reichstag und in den Landtagen es nicht bewilligen. Mit schönen Reden, die mit den Thatsachen in Widerspruch stehen, kann uns der Herr Minister nichts weiß machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soc.) Die Lebensmittelzölle sind an sich schon eine außerordentliche Belastung des armen Mannes. Städtische Octrois würden in dieser Hinsicht eine Doppelbesteuerung darstellen, zu deren Erhaltung wir niemals unsre Hand bieten werden. Die Aufrechterhaltung des Kommissionsbeschlusses hat eine große sociale Bedeutung, denn es ist zweifellos, daß der städtische Octroi die Lebensmittel verteuert. Nun wird eingeworfen, wir **wollten etwas beseitigen, ohne für Ersatz zu sorgen. Das ist nicht die Aufgabe des Reichstags**, für eine ungerechte städtische Steuer Ersatz zu schaffen. Die Städte müssen dann eben thun, was das Reich auch thun sollte, und den Weg der direkten Besteuerung beschreiten. Wir haben auch gar nichts dagegen einzuwenden, wenn der Staat leistungsunfähigen Gemeinden Zuschüsse gewähren wollte. Aber den Besitzlosen, der einer leistungs-

unfähigen Gemeinde angehört, noch extra dafür durch den städtischen Octroi zu bestrafen, ist mit Gerechtigkeit und Humanität nicht vereinbar. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In der Kommission wurde besonders von dem bayrischen Vertreter darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Petitionen für Beibehaltung der städtischen Octrois an den Reichstag gekommen seien. Diese stammen indessen lediglich von Gemeindevorständen, während andrerseits eine große Reihe von Petitionen von den eigentlichen Interessenten aus dem Mittelstande uns um Annahme der Kommissionsbeschlüsse ersuchen. Verschiedene Fleischerinnungen, so z. B. die Potsdamer, motivieren ihre Petition damit, daß sie bei Aufhebung des Octrois in der Lage wären, dem Publikum billigere Lebensmittel zu geben. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die 15 Millionen, die jetzt die Octrois einbringen, müssen, wenn sie notwendig sind, auf einem vernünftigeren Wege aufgebracht werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Ich freue mich, daß die Herren von der nationalliberalen Partei es unterlassen haben, ihre Resolution aus der Kommission wieder einzubringen. Den Herren ist jedenfalls in der Kommission klar geworden, daß sie auf ein Entgegenkommen der Regierung nicht zu rechnen haben. Wenn dem Unfug der städtischen Octrois ein Ende gemacht werden soll, dann kann das nur bei Gelegenheit dieses Gesetzes geschehen.

Von Vertretern der Regierung — ich glaube von der preußischen — wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß die Aufgaben, welche die Kommunen auf dem Gebiete der Erziehung zu leisten haben, leiden würden, wenn die Octrois beseitigt wären. Wenn es schon an und für sich einen eigentümlichen Eindruck macht, daß ein Vertreter der preußischen Regierung angesichts des Volksschulwesens, namentlich in den ostelbischen Provinzen, solchen Wert auf die Hebung der Volksbildung zu legen vorgiebt, dann muß dieser Eindruck sich noch ins Komische verstärken, wenn man erklärt, daß bei dem Fortfallen der Einnahmen aus den städtischen Octrois die Aufgaben der Kommunen in Bezug auf Erziehung und Bildung leiden würden. Davon kann keine Rede sein. Was nützen Schulen und Fortbildungsschulen, wenn es sich um Schüler handelt, die mit hungrigem Magen zum Unterricht kommen, weil ihre Eltern sie nicht genügend ernähren können. Aber gerade die städtischen Octrois tragen zur Verteuerung der Lebensmittel und der Verschlechterung der Ernährung des Volkes bei.

Die Aufhebung der Octrois kann höchstens kapitalistische Interessen schädigen, insofern als die besitzenden Klassen mehr durch direkte Steuern belastet werden müssen. Was wäre das aber für ein Unglück! Wenn einzelne Gemeinden darauf hinweisen, daß dann die Reichen wegziehen würden, so fällt dieser Vorwand bei einem Reichsgesetz, das alle Gemeinde gleichmäßig behandelt, hinweg. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir haben aber keine Ursache, noch eine Prämie für einzelne Städte auszusetzen dadurch, daß wir ihnen das Recht lassen, Octrois zu erheben, und dadurch andre Städte, die eine vernünftige Politik treiben, gewissermaßen strafen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn es nach der Auffassung des preußischen Herrn Ministers ginge, dann müßten eigentlich die Städte, die heute die Octrois abgeschafft haben, schleunigst zu dem alten System zurückzukehren. Ich weiß nicht, ob sein Streben dahin geht. Jedenfalls aber muß die Politik der Regierung nach dieser Richtung wirken. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir in Berlin beziehen keine Schlachtsteuer, sondern eine **Schlachthof-Gebühr.** Ich würde mich freuen, wenn die preußische Regierung das Aufsichtsrecht über die Kommunen nach der Richtung hin wahrte, daß sie bestimmt, daß solche Einrichtungen **nur nach dem Princip der Kostendeckung betrieben würden.** Ich habe hier natürlich nicht kommunale Interessen zu vertreten. Nach dem ganzen bisherigen Verhalten der preußischen Regierung hat sie aber am allerwenigsten Ursache, davon zu sprechen, sie beabsichtige die Selbstverwaltung der Gemeinden zu schützen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Behauptung, daß die Berliner Schlachthofgebühren die Bevölkerung in derselben Weise belasteten wie städtische Octrois, ist nicht zutreffend, weil die Ueberschüsse hier nicht von so großer Bedeutung sind, namentlich wenn man die Organisation der Anlage dabei berücksichtigt; aber was haben außerdem diese Schlachthausgebühren mit der Beseitigung der Octrois zu thun? Für uns handelt es sich nicht darum, ob jemand, der ein hohes Einkommen hat, 5 oder 10 Prozent Einkommensteuer mehr zu zahlen hat, sondern wir fragen: was dient zur Entlastung des Volkes, was muß für die Ernährung und Gesundheit des Volkes geschehen? Für eine solche Politik im Interesse des Volkes bilden die städtischen Octrois ein außerordentliches Hinderuis. Wenn wir bei Gelegenheit des Zolltarifes, dessen Scheitern wir auf das lebhafteste wünschen, wenigstens durch Zwang auf die Regierung die Octrois aufheben können, so bedeutet das einen Vorteil für das Volk, den herbeizuführen wir gern die Hand bieten werden. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Bayrischer Ministerialdirektor **v. Geiger:**

Abg. Singer hat erwähnt, ich hätte in der Kommission nur die Petitionen gegen, nicht für Aufhebung der Octrois hervorgehoben. Ich habe das gethan, weil bei einer früheren Angelegenheit gesagt worden war, daß Petitionen gegen die Aufhebung der städtischen Verbrauchssteuern überhaupt nicht vorlägen. Bei seiner Kritik der bayrischen Steuergesetzgebung hat Abg. Singer die Steuerreform, die die bayrische Regierung dem Landtag vorgelegt hat, ganz außer Acht gelassen. Redner giebt Mitteilungen aus den Etats verschiedener bayrischer Städte, in denen kommunale Mahl- und Schlachtsteuern erhoben werden. Bei einer Aufhebung dieser Octrois müßten die direkten Steuern erhöht werden in München um 11 Proz., in Nürnberg um 20, in Würzburg um 40 in Straubing um 60 Proz. Ich bitte daher sowohl den ganzen § 10a wie die Amendements Albrecht abzulehnen.

Vicepräsident **Büsing** teilt mit, daß gemäß einem genügend unterstützten Antrag Singer die Abstimmung über § 10a eine **namentliche** sein wird.

Abg. **Paasche** (natl.):

Es ist theoretisch unbestreitbar, daß die Octrois preissteigernd auf die Brot- und Fleischpreise einwirken. Andrerseits sind aber doch die von der Regierung vorgebrachten Gründe gegen die Aufhebung der Octrois nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Aus taktischen Gründen stimmen wir jetzt gegen den Kommissionsbeschluß.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Ich habe aus denselben praktischen Gründen wie Abgeordneter Dr. Paasche mich entschlossen, gegen den Kommissionsantrag zu stimmen. Wir wollen das Zustandekommen des Zolltarifs nicht mit einer solchen Frage belasten. (Zuruf des Abg. Singer.) Soweit sind wir noch nicht, Herr Singer, daß der Reichstag die Gesetze allein macht. Das wird vielleicht so sein, wenn Sie erst einmal am Regiment sind. (Heiterkeit rechts.) Für den Fall der Annahme des § 10a aber beantragen wir, die städtischen Octrois statt von dem auf das Inkrafttreten des Zollgesetzes folgenden 1. April ab erst vom 1. April 1910 ab aufzuheben.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.):

Gerade die jetzige Gelegenheit muß benutzt werden, um die Aufhebung der Octrois herbeizuführen. Sonst wird dieser Zustand ein für allemal verewigt. Ich bin überzeugt, daß die Regierung diesen § 10a auch schlucken wird. Eine ernsthafte Widerstandsfähigkeit traue ich dieser Regierung nicht zu. (Sehr richtig! links.) Wir werden daher für den Kommissionsantrag, aber gegen das Amendement Albrecht auf Einbeziehung der Malze in die Abgabenfreiheit stimmen.

Der preußische Minister des Innern hat den hochinteressanten Satz ausgesprochen, daß das Existenzminimum kein relativer, sondern ein absoluter Satz sei. Durch wissenschaftliche Feststellungen ist erwiesen, daß das Minimum thatsächlich von breiten Schichten unsrer arbeitenden Bevölkerung nicht erreicht wird. Unsrer Bevölkerung wird viel zu wenig Eiweiß zugeführt und zu viel Kohlehydrate. Wenn der Herr Minister also ein Existenzminimum für die Arbeiter wünscht, so müßte er für die Aufhebung der Octrois sein.

Herr Herold sagte, wenn wir verhältnismäßig hohe Zölle erheben, so dürfen wir nicht noch städtische Steuern zulassen. Wenn aber **Herr Herold** selbst **zugiebt, daß die Zölle jetzt schon hoch sind, so verstehe ich nicht, wie er selbst noch höhere Zölle beantragen kann.** (Sehr gut! links.)

Man spricht von einem Eingriff in die Autonomie der Städte. Es ist bezeichnend, daß gerade Herr v. Hammerstein und Herr Rettich für diese Autonomie eintreten. Vielleicht giebt Herr v. Hammerstein **nun endlich den großen Städten die langersehnte Polizei-Autonomie.** (Sehr gut! links.) Bisher haben die Städte sehr wenig von der Sympathie des Ministers des Innern und der Konservativen gemerkt. Gewiß würde die Aufhebung dieses mittelalterlichen Wusts der Octrois einen starken Eingriff in die Finanzverwaltung der betreffenden Städte bedeuten. Die Mittel könnten aber auf andre Weise ganz gut aufgebracht werden. In Breslau ist von einem großen Teil der Gemeindeverordneten die Aufhebung der Octrois seit lange verlangt worden. Aber gerade die Konservativen und das Centrum haben sich in Breslau stets gegen diese Forderung erklärt. (Hört! hört! links.) Vielleicht wird die Zustimmung des Centrums zu diesem Paragraphen die Centrumsvertreter in der Stadt Breslau nunmehr umstimmen. — Herr Herold meinte, die Aufhebung der Octrois sei das vorzüglichste Mittel, die Parteileidenschaften in den Städten zu beseitigen. Nun möge Herr Herold auch die weitere Konsequenz ziehen und auf die Beseitigung aller Zölle auf Lebensmittel hinwirken, die dem Volke das Brot verteuern und zu einer Erbitterung der Leidenschaften führen, wie wir sie sehen und bei den nächsten Wahlen noch in viel schlimmerem Maße erleben werden. (Unruhe rechts, Bravo links.)

Abg. **Graf Kanitz** (k.):

Ich werde zwar gegen den Paragraphen stimmen, bin aber doch mit der Tendenz desselben durchaus einverstanden. Ich hoffe, daß die Einmütigkeit, welche sich in dieser Frage bei der großen Mehrheit des Reichstags gezeigt hat, auf die völlige Beseitigung dieser veralteten Steuer hinwirken wird. Für den § 10a kann ich aber nicht stimmen, weil diese ganze Materie nicht zur Reichsgesetzgebung gehört, sondern der Landesgesetzgebung überlassen bleiben muß.

Abg. **Preiß** (Els.) erklärt sich gegen den Paragraphen. Selbst der in seiner Mehrheit aus Socialdemokraten bestehende Gemeinderat von Mülhausen hüte sich wohl, die Octrois auf Vieh, Fleisch und Fleischwaren abzuschaffen.

Abg. Dr. **Südekum** (Soc.):

Die schon von Herrn Fischbeck erwähnte **Petition** des Rates der Stadt **Dresden** ist wohl das stärkste Stück, das dem Reichstag in letzter Zeit auf diesem Gebiete geboten ist. Sie zerfällt in zwei Teile. Der erste will beweisen, daß die Konsumenten innerhalb der Stadt nicht belastet werden durch die Aufschläge auf Getreide, Fleisch und Brot, der zweite wiederum, daß die Produzenten draußen auf dem Lande die Aufschläge nicht tragen. Eine derartige Theorie der Erzeugung der städtischen Einnahmen aus dem Nichts, derartige unlogische Behauptungen müßte der Reichstag auf das entschiedenste zurückweisen, sich mit solchen Dingen zu befassen, dazu ist seine Zeit zu kostbar. Der Beweis, daß in der That die Lebensmittel durch die Octrois verteuert werden, ist für Dresden ganz unmittelbar zu führen. Der Konsumverein Vorwärts hat Verkaufsstellen in Dresden und auch z. B. im Vororte Plauen, wo die Octrois nicht mehr gelten und es ist festgestellt, daß in **Plauen die Lebensmittel erheblich billiger verkauft** werden können als **in der Stadt selbst.** (Hört! hört! b. d. Soc.) Die Petition des Rates der Stadt Dresden ist diktiert von der zärtlichsten Fürsorge für die reichen Leute in einem Augenblick, wo in **Dresden** eine geradezu **entsetzliche Not** und **Arbeitsmangel** herrscht. Gerade in Sachsen hat der Octroi etwas außerordentlich Gehässiges, weil die sächsischen Stadtgemeinden eine sehr weitgehende Steuerautonomie besitzen. Gerade in Dresden herrscht infolge der Krise, der vielen Bankbrüche und so weiter eine unbeschreibliche Not unter den arbeitenden Klassen. Um so schlimmer muß die absolute socialpolitische Verständnislosigkeit des von Antisemiten beherrschten Dresdener Stadtparlaments wirken. Man will die notwendigsten Lebensmittel der Armen übermäßig belasten, nur um den paar Rentiers und Fremden keine höheren direkten Steuern auferlegen zu müssen. Leider haben auch die **Freisinnigen** dort, wo sie die Mehrheit haben, vielfach nicht daran gedacht, die Octrois aufzuheben. (Unruhe und Widerspruch bei den Freisinnigen. Rufe: Mülhausen!) Die Herrschaft der Socialdemokraten in Mülhausen dauert jetzt rund 6 Wochen, in **Nürnberg** dauert die freisinnige Herrschaft seit 6 Generationen! (Sehr richtig! b. d. Soc.) In Nürnberg hat man bisher nicht das allermindeste gethan, um die Octrois auf Fleisch und Brotgetreide aufzuheben. Wir hoffen durch diesen Antrag den Freisinnigen einen gehörigen Stimulus zu geben! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Amendement **Kardorff**, wonach die Bestimmungen des § 10a erst vom 1. April 1910 ab gelten sollen, wird mit den Stimmen fast der gesamten Rechten, des Centrums und der Nationalliberalen **angenommen.** Die Amendements Albrecht werden **abgelehnt.** Ueber den Kommissionsantrag wird namentlich abgestimmt.

Die Abstimmung, die zum erstenmal mit **farbigen Stimmzetteln** erfolgt, ergiebt die **Annahme** des § 10a mit dem Amendement v. Kardorff bei einer Präsenzziffer von 235 Abgeordneten mit 145 gegen 90 Stimmen.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).

Schluß 5½ Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Ein „liebenswürdiger" Werkmeister der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft stand am Donnerstag in der Person des Herrn Pischel als Privatkläger gegen die Arbeiterin M. vor dem Schöffengericht in Moabit. Freilich, als Privatkläger betrat er den Gerichtssaal, als Verurteilter aber ging er wieder hinaus. Seiner Klage lag folgender Thatbestand zu Grunde:

In der dem Meister Pischel unterstellten Werkstatt arbeiteten vor einigen Monaten die 21jährige Beklagte M. mit ihrem Verlobten E. F., der sich gegenwärtig beim Militär befindet. Eines Tages erzählte nun die Beklagte ihrem Verlobten, daß sie von Herrn Pischel wiederholt angesprochen und in unsittlicher Weise belästigt worden sei. So an einem Nachmittage und ein andermal des Nachts auf der Straße. Im letzteren Falle hörte die Zudringlichkeit erst auf, als der Wächter die Hausthür ihrer Wohnung verschloß. Entrüstet über das Vorgehen des Meisters hat darauf F. einen Brief an die Direktion der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft gerichtet, worin er dieser den Sachverhalt mitteilte. Die Direktion stellte den Meister deswegen zur Rede; letzterer aber bestritt entschieden, sich dem Mädchen in unsittlicher Weise genähert zu haben. Er will nur seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben haben, daß das Mädchen noch so spät auf der Straße sei, da sie doch am andern Morgen wieder rechtzeitig in der Fabrik sein müsse. Eine Abschrift jenes Briefes ist dann einem Beamten des hiesigen Metallarbeiter-Verbandes, Scheffler, übermittelt worden, und dieser hat die Angelegenheit in einer späteren Versammlung der Elektricitätsarbeiter- und Arbeiterinnen zur Sprache gebracht. Kurze Zeit darauf wurde in der Werkstatt das Gerücht verbreitet, F. solle von seiner Braut angeschwärzt worden sein. Den Urheber dieses Gerüchts erblickten viele Arbeiter der Werkstatt in dem Meister Pischel. Festgestellt konnte diese Urheberschaft jedoch nicht werden. Dahingegen konnte F. der Direktion laut ärztlichem Attest beweisen, daß er überhaupt nicht krank war, so daß sich jenes üble Gerücht als eine ganz gemeine Verleumdung seiner Braut qualifizierte. Inzwischen wurde sowohl der Direktion als auch dem Meister Pischel bekannt, daß sich die erwähnte Versammlung in wenig schmeichelhafter Art mit der Person des letzteren hinsichtlich seiner liebenswürdigen Neigungen beschäftigt hatte. Pischel hat daraufhin einem der heutigen Zeugen gegenüber erklärt: „F. mitsamt der M. kommen raus!" Thatsächlich sind beide dann auch entlassen worden. Alsdann hat Pischel sowohl gegen F. als auch dessen Braut die Privatklage wegen verleumderischer Beleidigung angestrengt. Da das Verfahren gegen F. vor dem Militärgericht erledigt werden muß, so wurde vor dem Schöffengericht nur gegen dessen Braut verhandelt, deren Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Heinemann übernommen hatte. Interessant war die Vernehmung des Direktors Bußmann von der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft. Auf eine diesbezügliche Frage des Richters antwortete er: Der Meister habe zwar kein ausdrückliches Recht, sich um das zu kümmern, was die Arbeiter oder Arbeiterinnen außerhalb der Arbeitszeit treiben, doch könne er dem Meister keinen Vorwurf daraus machen, im Gegenteil, er müsse es anerkennen, wenn dieser darüber wache, daß die Mädchen anständig blieben. Es stehe dem Meister wohl zu, einem bei ihm arbeitenden Mädchen, das er spät nachts auf der Straße treffe, Vorhaltungen zu machen, weil es am andern Morgen wieder leistungsfähig an der Arbeit sein müsse. (Diese Aeußerung des Direktors charakterisiert zur Genüge das ganze Arbeitsverhältnis bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Der gute Mann scheint noch gar nicht zu wissen, daß es weder ihm noch einem seiner Meister auch nur das geringste angeht, was eine Arbeiterin in ihrer freien Zeit macht.) Wie wenig sich aber gerade der Meister Pischel eignet, „darüber zu wachen, daß die Mädchen anständig bleiben", davon lieferte die Vernehmung der Zeugin F. den schlagendsten Beweis. Rechtsanwalt Dr. Heinemann hatte nämlich diese Zeugin laden lassen, um auf Grund ihrer Aussage Rückschlüsse auf das sittliche Verhalten des Klägers den Arbeiterinnen gegenüber im allgemeinen zu ziehen. Dies war um so notwendiger, als sich der Vorfall zwischen dem Kläger und der Beklagten ohne Zeugen abgespielt hatte und ersterer sich jetzt dermaßen als die beleidigte Unschuld aufspielte, daß er sogar den vom Richter gemachten Vergleichsvorschlag ablehnte. Die Zeugin F. bekundete nun, auch sie sei schon einmal in der Fabrik von dem Kläger in ungehöriger Art berührt worden. Zwar sei ihr dessen Verhalten als Scherz erschienen, doch habe sie es für notwendig gehalten, ihm unter Hinweis darauf, daß er verheiratet sei, von sich abzuwehren.

Nach erfolgter Beweisaufnahme beantragte der Anwalt des Klägers, Fräulein M. als intellektuelle Urheberin des Briefes an die Direktion zu einer empfindlichen Strafe zu verurteilen, deren Höhe er dem Ermessen des Gerichtshofes überlasse. Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte Freisprechung sowohl aus sachlichen wie aus juristischen Gründen. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß sich der Kläger in durchaus ungehöriger Art gegen die ihm unterstellten Arbeiterinnen benehme, was um so weniger angebracht sei, als diese in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm ständen. Nach kurzer Beratung des Gerichts erklärte der Vorsitzende, die Beklagte habe sich durch das Benehmen des Klägers mit Recht belästigt fühlen müssen. Für den formell beleidigenden Inhalt des Briefes sei nicht sie, sondern ihr Verlobter F. verantwortlich zu machen. Uebrigens habe sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, als sie ihrem Bräutigam jenen Vorfall mitteilte. Fräulein M. sei daher freizusprechen, die Kosten des Verfahrens habe der Privatkläger Pischel zu tragen.

Im Prozeß Mitzlaff ist gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt worden. Sie nahm ihren langsamen und eintönigen Verlauf und hielt sich völlig in dem Rahmen der vorhergegangenen Tage. Es ist wieder eine Reihe von Zeugen vernommen worden, die zumeist durch Annoncen in der „Parole" mit dem Angeklagten in Verbindung getreten sind, ihm Gelder zum Ankauf von Spekulationspapieren übersandt haben und schließlich um ihr Geld gekommen sind. Besonders bemerkenswerte Momente sind aus der gestrigen Beweisaufnahme nicht mitzuteilen. Die Verhandlung wird Freitag fortgesetzt.

Witterungsübersicht vom 20. November 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	773	O	1	wolkenl	—7	Haparanda	763	S	2	Schnee	—1
Hamburg	771	O	3	Gewitt.	—6	Petersburg	768	NNW	1	wolkenl	—4
Berlin	771	SO	2	wolkenl	—8	Cork	—	—	3	bedeckt	6
Frankf./M.	767	NO	2	bld. bed.	—5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	SW	1	heiter	—4	Paris	767	SW	2	bedeckt	—2
Wien	770	SO	3	wolkig	—6						

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. November 1902.
Etwas gelinder bei zunehmender Bewölkung, leichten Schneefällen und mäßigen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Münster. Das betreffende Schreiben (Roosfelder Streik) haben wir nicht erhalten.

H. G. Sie haben als perfekter Lateiner recht darin, daß Passus nach der vierten Deklination geht und wir den Fehler übersehen haben.

N. G. Wie wir überhaupt keine Geschäftsempfehlungen im redaktionellen Teil bringen, so können wir Ihnen auch keine Feuerversicherungs-Gesellschaft empfehlen. Die bekannteren Gesellschaften sind durchaus solide und unter diesen werden Sie auch ohne unsre Vermittelung eine Auswahl treffen können.

N. 100. Nein. — **T. L. 20.** Es läßt sich allen Anfragern über Anlage von Geld die alte Antwort nur wiederholen: wer gut essen will, mag Industriepapiere kaufen, wer gut schlafen will, kauft sichere Papiere (Stadtanleihen, Staatsanleihen, Reichsanleihen.) Einen Rat, welche hoch verzinsliche Papiere kaufen kann, durch deren Besitz man gut essen und bei deren Besitz man auch gut schlafen kann, ist nicht zu erteilen. — **L. B. 100.** Die Kündigung entspricht dem Gesetz. — **M. M. 100.** 1. Nein. 2. Ja. — **E. T. 16.** Der am Gericht bestellte Vormund: die Einsetzung des Ehemannes an dessen Stelle kann beantragt werden. — **B. B. 40.** Die Rechte und Pflichten eines Vereinsmitgliedes sind nur an der Hand der Statuten zu beurteilen. Sprechen Sie mit denselben in der Sprechstunde vor. — **P. H.** 1. und 2. Nein. 3. Etwa ein halbes Jahr. 4., 5. und 6. Ja. 7. Nein: Sie können aber das Gesuch auf dem Revier zu Protokoll geben. 8. Nein. 9. Ja. 10. Nein. — Ein Recht auf Naturalisation steht einem Nichtdeutschen nicht zu. — **Hungernder Kriegsinvalide.** Wenden Sie sich an das Kriegsministerium. — **T. B.** 1. Nicht zum ordentlichen Etat gehöriger Bau. 2. Wenden Sie sich an die Synode. 3. Legen Sie eventuell beim Kultusminister Beschwerde ein. — **G. T.** Ja. — **E. H. 100.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. 4. Durch gerichtlich genehmigten Vertrag. — **W. Sch. 999.** 1. und 2. Nein. — **L. F. 000.** Nein. — **Amerika.** 1. und 2. Nein. 3. Ja. 4. und 5. Nein. 6. Ja. Die Betreffende müßte etwa 300 M. auf Erfordern vorweisen können. — **H. B. 38.** 1. Ja. 2. Die Unfall- und Invaliditätsrente zusammen kann bei einem Versicherten der I. Lohnklasse 450, II. Lohnklasse 525, III. Lohnklasse 600, IV. Lohnklasse 675, V. Lohnklasse 750 M. nicht übersteigen. 3. Ja. — **Preuß. Pfandberg.** Das von Ihnen geschilderte Verfahren stellt einen mit hoher Geldstrafe belegten Verstoß gegen das Preßgesetz dar. — **C. T., Retchenbergerstr.** 1. Ja. 2. Nein. 3.—5. Sprechen Sie eventuell mit den Papieren in der Sprechstunde vor. — **Otto Ehl.** 1. Die Fürsorge-Erziehung endet mit der Volljährigkeit des Mündels, die Aufhebung kann schon früher (ohne und auf Antrag der Eltern) erfolgen. 2. Ja. 3. Nein. 4. Nein. — **Reichszuschuß.** Das Wort Reichszuschuß in der Vorstands-Quittung vom 10. November über 8342 M. 98 Pf. bedeutet, wie Sie richtig annehmen, daß die vom Reich an die socialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission ausgezahlten Diäten von diesen der Parteikasse überwiesen sind. — **K. A.** Gerichtskosten verjähren in Preußen in vier Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Kostenforderung fällig wird. Die Frist wird durch eine Zahlungsaufforderung, Stundung, Pfändung u. dgl. unterbrochen. Lohn ist wegen Gerichtskosten nicht pfändbar. — **B. M., Straßmannstraße.** 1. Die Frage, wann Hausreiniger invalidenversicherungspflichtig sind, ist ausführlich im „Vorwärts" vom 1. d. M. dargelegt. Krankenversicherungspflichtig sind sie nicht. 2. Der Hauswirt hat zu kleben, Ihnen kann die Hälfte angerechnet werden. Soweit ersichtlich, sind für Sie Zwanzig-Pfennig-Marken zu kleben. — **T. F. 20.** Nein. — **Verschollen 81.** 1. u. 3. Wenden Sie sich an das Stiftskuratorium, eventuell an das Amtsgericht. 2. Ja. 4. Ein Erbschein; dieser ist vom Gericht zu erteilen. — **E. F. 10.** 1. Ja. 2. Nein. — **Alfred Jakob.** Mit dem Anspruch würden Sie nicht durchdringen. — **T. F. 20.** Nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 21. November.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. 4. Sinfonie-Abend der königlichen Kapelle.
Mittags 12 Uhr: Sinfonie-Matinee.
Schauspielhaus. König Laurin.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Geschlossen.
Deutsches. Minna Vanna.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Central. Madame Sherry.
Lessing. Der Heerohme.
Neues. Ledige Leute.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Westen. Rigoletto.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Jugend.
Belle-Alliance-Theater. Anno 48.
Wilhelm. Preciosa.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Wallensteins Tod.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Buntes Theater. Die Lore. Abergläubisch. Der Hund. Bunter Teil.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Kleines. Ackermann.
Trianon. Die Liebesschaukel. (La Bascule.)
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Zeidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Tausend Jahre deutscher Kultur. Im Hörsaal um 8 Uhr: Professor Dr. C. Müller: Das Auge und das Sehen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater

Freitag, d. 21. Nov., abends 7½ Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Felix.
Die **Freitag-Abonnements** sind an allen Wochentagen gültig.
Sonnabend: **Madame Sherry.**
Sonntag, den 23. November, 7½: **„Die Glocken von Corneville."**
Operette in 3 Akten von Robert Planquette in erster Besetzung.
Montag u. folg. Tage **Madame Sherry.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72—73.
Zum **486.** Male:
Charleys Tante.
Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. 8½ Uhr.
Vorher: **Cassis Pascha.** Anf. 7½ Uhr.
Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag (Gastspiel des Lessing-Theaters): **Die Ehre.**

Luisen-Theater.

Reichenbergerstraße 34.
Zum 1. Male:
Wallensteins Tod.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse, Invaliden-, Künstlerdank u. Warenhäuser A. Wertheim.
Morgen: **Deborah.**
Sonntag 8 Uhr: **Die Räuber.**

Wilhelm-Theater.

Friedrich-Strasse 236.
Zum 1. Male:
Preciosa.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag 8 Uhr: **Deborah.**

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: **Denise,** Schauspiel von A. Dumas.

Apollo-Theater.

Von 8—9 Uhr: **Specialitäten.**
Um 9 Uhr: Zum **15.** Male:
Nakiri's Hochzeit
Ausstattungs-Operette in 2 Akten und 6 Bildern von **Paul Lincke.**
Im zweiten Bilde:
Der sensationelle Spiegeltrick.
Im letzten Bilde:
H. Karndins elektrisches Ballett.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 23. November:
Konzert d. Tonkünstler-Orchesters.

Bernhard Rose-Theater,

Badstr. 58.
Freitag, den 21. November,
Große Extra-Vorstellung:
Gebrüder Forster
oder:
Das Glück mit seinen Launen.
Charaktergemälde in 5 Akten von C. Töpfer.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 23. November: **Der Tonnvendhof.** Volksschauspiel von Rosenthal.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um **8** Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Prof. Dr. C. Müller: „Das Auge und das Sehen".

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine
schneeweisse Negerin
von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisse Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.

Freitag, den 21. November:
Kurzes Gastspiel von
Georg Kaiser
vom Apollo-Theater in Berlin in seinem Repertoire
„Einfach Puppe".
Agoston
der „Witze"-König.
Der Todessprung des Hundes.
14 erstklassige Nummern.

Metropol-Theater.

Vorletzte Woche!
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.
Toten-Sonntag, 23. November: Einmalige Aufführung:
Mein Leopold.
In Vorbereitung: **„Die zwölf Frauen des Japhet".**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Ilse Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Ilse Römer.** — Sonnabendnachmittag 4 Uhr (Kinder-Vorstellung): **Die sieben Raben.**

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Abends 8 Uhr:
Ackermann.
Eine tragische Komödie in 3 Akten von F. Holländer u. L. Schmidt.
Morgen: **Ackermann.**

Residenz-Theater.

Freitag und folgende Tage:
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)
Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Voranzeige! Sonntag, d. 23. Nov.: Große Extra-Vorstellung.
Auftreten berühmter Künstler.
Die letzte Fahrt.
Volksstück von Julius Stettenheim.
Alles Nähere die Zettel. Vorverkauf im Theaterbureau.

Cirkus Schumann

Freitag, den 21. November, abends 7½ Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung.
Zum **29.** Male:
Eine Fortsetzung der beliebtesten und populärsten Pantomime
Die lustigen Heidelberger.
Vorher das glänzende Programm.
Abulelie, Anglo-Arbaber in der hohen Schule, geritten von der jugendlichen Schulreiterin Frl. **Dora Schumann.**
Neuestes Roller-Sport-Spiel, geritten von **3 Herren ohne Sattel** mit dem **7 Fuss hohen Ball.**
Das musikalische Pferd,
vorgeführt v. **Komponisten Sig. Luigi.**
Die besten Künstler der Welt sind **Trio Rossi.**
Direktor **Alb. Schumann** mit seinen **Meisterdressuren.**
Sonntag 2 Vorstellungen, nachmittags 1 Kind frei.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Sonntagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Belle-Alliance-Theater.

Münchener Ensemble-Gastspiel
Anno 48. Konrad Dreher als Gast.
Altmünchener Posse mit Gesang in 3 Akten. Anfang 8 Uhr.
Totensonntag, 23.: **Der Müller und sein Kind.**

Casino-Theater.

Lothringer-Straße 37.
8 Uhr: **Chambre garnie.**
8½ Uhr: **Die bril. Specialitäten.**
9½ Uhr:
Bis jetzt täglich ausverkauft
Ein Sohn des Volkes.
Wochentags 8, Sonntags 7½ Uhr.

Buntes Theater

(Ueberbrett'l.)
Köpnickerstraße 68. Anfang **8 Uhr.**
Freitag, den 21. November:
Die Lore. Abergläubisch. Der Hund.
Bunter Teil:
Tiny Senders. — Marcell Salzer. Charlotte Marga. — Hans Fredy. Emil Justitz.

Palast-Theater

Burgstr. 22. Direktion: **R. Winkler.**
Freitag und folgende Tage:
8½ Uhr: **Goldene Jugend.**
Operetten-Burleske in 2 Akten mit Gesang u. Tanz von B. Gericke.
Musik von C. Bappaus.
Hyronimus Fiebig — Dir. **R. Winkler.**
Sonntag, den 23. November:
8 Uhr: **Preciosa.**
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von P. A. Wolff.
Musik von C. M. v. Weber.
Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr, Entree 50 Pf.

W. Noack's Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Zwischen zwei Herzen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend, Extra-Vorstellung:
Der Dornenweg.

Winter-Garten

Neues Programm:
Die Sarathaler Singvögel, Tyroler Gesangs-Sextett.
Willi Walden, Schauspielsängerin.
Therese Rombello, Rauch- und Sandmalerin.
Der Schönheitspreis, Ballett-Divertissement in 1 Akt.
Mason u. Forbes, amerik. Excentriks.
Nara, Meister-Jongleur.
Emile Gautier, der Ritt auf der Tischplatte.
Theodor Franke, Humorist.

Germaine Gallois

Pariser Diva.
Valentine Petit, Phantasietänzerin.
Rosario Guerrero, spanische Tänzerin.
Minstrels Parisiens, Pariser Strassensänger.
„Biograph".

Steidl-Theater

Oranienburg. Thor — an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
Täglich wechselndes Programm.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:
Tanzkränzchen.

Cirkus Busch.

Freitag, 21. November 1902, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung
Dahomey.
Parade-Exerzieren des Amazonen-Corps.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Freitag:
Militär-Konzert
des Musikcorps des 5. Garde-Reg. z. F., kgl. Musikdir. **Neu.**
Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag, Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger

Freitag, zum 2. Male:
Das Jubiläum.
Sonntag: Einmalige Mitwirkung des Berl. Schauspiel-Vereins 1889:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schauspiel in 5 Akten v. Anzengruber.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1½ Uhr.

(Meisel, Piehro, Britton, Max Steidl, Krone, Böhme, Böttmann, Plättner 2c.)

Gratweils Bierhallen

Theater u. Varieté
Kommandantenstraße 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
November-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Königstadt-Casino.

Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. **Specialitäten-Vorstellung.** Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Vorwärts-Buchhandlung

Lindenstrasse No. 69.

Billige 233/8
Klassikerausgaben:

Bürger, in Leinen,	1 Band		1,75
„ in Halbleder,			2,70
Börne, in Leinen,	3 Bände		6,—
„ in Halbleder,			9,50
Chamisso, in Leinen,	1 Band		1,75
„ in Halbleder,			2,70
Eichendorff, in Leinen,	2 Bände		3,50
Gaudy, in Leinen,	1 Band		1,50
Goethe, in Leinen,	4 Bände		6,—
„ „	6	„	10,—
„ in Halbleder,	6	„	15,—
Hauff, in Leinen,	2	„	3,50
Hebbel, in Leinen,	4	„	6,—
Heine, in Leinen,	4	„	6,—
„ in Halbleder,	4	„	9,50
Hoffmann, in Leinen,	4	„	8,—
Kleist, in Leinen,	1 Band		1,75
Körner, in Leinen,	1	„	1,60
„ in Halbleder,	1	„	2,40
Lenau, in Leinen,	1	„	1,75
„ in Halbleder,	1	„	2,70
Lessing, in Leinen,	3 Bände		5,—
„ in Halbleder,	3	„	7,50
Ludwig, „	2	„	6,—
Reuter, neuerschienene billige Volksausgabe, in Leinen,	4 Bände		10,—
„	8	„	12,—
Rückert, in Leinen,	3	„	6,—
Schiller, in Leinen,	4	„	6,—
Shakespeare, i. Leinen,	4	„	6,—
„	4	„	9,50
Stifter, in Leinen,	4	„	6,—
Uhland, in Leinen,	1 Band		1,75
„ in Halbleder,	1	„	2,70

Dr. Simmel,

Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [45/17
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 3—4.

Für 20 Mark

fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zuthaten. **Weyer,** **Rosenthalerstr. 6/7.** 1 Tr. III 8524

Jeden Freitag von mittags an:
Frische Blut- und Leberwurst
in bekannter tadelloser Qualität. 58572
Richard Augustin, Lindenstraße 69, Hof part. „Vorwärts"-Haus.
Frühstücks- und Mittagstisch. Großes Sitzungszimmer.

Die strenge Kälte

hat jedermann daran erinnert, die Anschaffung der Wintergarderobe zu beschleunigen und alle Geschäfte hatten in diesen Tagen voll zu thun. Ganz besonderen Zuspruch aber hatte das

Herren- und Knabengarderoben-Haus

Herrmann Schlesinger

Turmstr. 85

und die Filiale:

Winterfeldtstr. 7.

Gekauft wurden Anzüge, wollene Hemden, Hosen, Jacken und Strümpfe. Ganz besonders aber

Joppen und Paletots.

Solch ein Andrang ist noch nicht dagewesen. So wurden denn Joppen und Paletots fast geräumt.

Mittwochnachmittag war kein Paletot mehr zu haben.

Sofortiger Neueinkauf hat das Lager wieder gefüllt. Die einzig dastehende Reellität, streng feste, aber

billige Preise

haben dem kaufenden Publikum, das miserable Schachern um den Preis, das abscheuliche Vorschlagen und Abhandeln entbehrlich gemacht und die Firma hat einen neuen

Triumph errungen.

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [49622*
Knabenfilzhüte 0,75-3 M.
Herrenfilzhüte
weich 1,75—5,25 M.
steif 2,00—5,25 „
Cylinderhüte
4,00—12,00 „
Chapeau claques
7,00—12,00
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert,
Hut-Engros-Geschäft,
Waldemarstr. 41, pt.
Kein Laden.

Letzte Meissner Geld-Lotterie.

Ziehung bestimmt vom 29. November bis 5. Dezember d. J.
13 160 Geld-Gewinne und **1 Prämie,** zusammen
375000 Mark bar.
Die Hauptgewinne sind im glücklichsten Fall
ev. **100 000, 60 000, 40 000, 20 000, 10 000 M.** etc.
Original-Lose a 3 M. (Porto und Liste **30 Pf.** extra) empfehlen und versenden auch gegen **Nachnahme und Briefmarken** 5688L*
Werner & Co., Bank-Geschäft, **Berlin W., Friedrichstrasse 198/199** (Ecke Krausenstrasse).
Telegr.-Adr.: Millionenecke.

Achtung! Adlershof. Achtung!

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg.

Am **Sonnabend, den 22. November,** eröffne ich Bismarckstraße 10 ein
en gros **Cigarren-Geschäft.** en detail
Reichhaltiges Lager von **Cigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken, Cigarrenspitzen, Tabakpfeifen** 2c. [57142] **Ernst Tost.**

Neu! Neu!
Wer seinen Kindern ein schönes Weihnachtsfest bereiten will, der kaufe ein Kistchen von unsren Genossen aus Lausche selbst angefertigten **Glas-Christbaumschmuck.** 56502*

Ein überaus großes und schönes Sortiment, bestehend aus 7—8 cm großen Eiern und Kugeln, glatt u. eingestochen, bemalt, mit Chenille und feinem Silberdraht überspommen. Phantasie-Artikel in allen Formen und Farben, 10 Strang versilberte und bemalte Stranghugeln, Eis- und Tannenzapfen, Schiff, Vogelbauer, klingende Glocken, Ballon, brillante Reflexe, eine Baumspitze, Aepfel, Birnen, Aprikosen und Früchte aller Art. Lametta usw.
Hierzu eine Gratisbeilage. Eine überraschende Neuheit der Glasbläserei, eine schön bemalte, 22 cm hohe Salonlampe. Das Kistchen gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung von nur 5 M. franco. Auch versenden wir in größeren Quanten und garantieren für volle Zufriedenheit der Käufer.
Guido Müller jun.
Lausche, Thür.

Papageienauswahl. Kanarienroller 5,00 an, Stieglitze, Zeisige, Buchfinken, hochrote Dompfaffen billig. Richter, Oranienstraße 87, Vogelhandlung.

Neueste wahre billige Preise

per Nachnahme.
Wirkl. Talgfettb. ½ Faß **M** b. 500 St. **7** u. **8 Mk.** 250 St. **3½** u. **4 M.**
½ Faß **große M** (zu empfehl.) 400 St. **9** u. **10 Mk.** 200 St. **4½** u. **5 Mk. MK Speckfett** 520 St. **11 Mk.** 160 St. **5½ Mk.**
½ Faß **Vollheringe Milch Nogen. Fett** 200 St. **9** u. **10 Mk.** 100 St. **4½** u. **5 Mk., bessere Sorte 10½** u. **5½ Mk.**
Post-Dose. 70 zarte Fettb. **1½,** 60 St. **2. Vollh. 2¼ Mk.**
Brathering 4 Lit.-Dose **2½,** 8 Lit.-Dose **3½ M., 80 Delikatessh. 2½** u. **2½. Biomarch. 2½** u. **2¾ Mk.**
Post-Kiste. Bücklinge 80 St. **2½ Mk., Voll- u. Fett-Bücklinge groß 2 Mk., 4 Pfd.-Kiste Sprotten 1¼ Mk., 2 Kisten 3¼ Mk.** 5148*
W. Schwandt, Swinemünde,
Fischerei, Heringsgeich. engros, Räucherei und Marinier-Anstalt.

Wurstbruch in schöner Ware von **50 Pf.** pr. Pfund an, sowie **Knochen, Knochenfleisch, Eisbeine** 2c. täglich frisch in unserm Detailverkauf-Laden **Berliner Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik Petersburger Platz 8.** 5193L*

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27—29. — Oranienstr. 52—55.

Extra-Preise

Freitag und Sonnabend

Handarbeiten

vorgezeichnet, Satin mit Applikation

Besenvorhang	1.60 Mk.	Wasserleitungsschoner	65 Pf.	Klammerbeutel	80 Pf.	Wäscheleinenbeutel	80 Pf.
Küchenhandtuch	1.10	Waschkorbdecke	85 Pf.	Wäschebeutel	80 Pf.	Lampenputztasche	55 Pf.
Küchentischdecke	1.10	Klammerschürze	85 Pf.	Brotbeutel	65 Pf.	Frühstücksbeutel	35 Pf.
Eimerspinddecke	60 Pf.	Plättbrettbezug	1.20 Mk.	Ruhekissen mit Volant	75 Pf.	Küchenspinddecke	45 Pf.
Topflappentasche	33 Pf.	Plätteisenbezug	30 Pf.	Ausgussbehang	60 Pf.		

Reinleinene Handtücher 90 Pf.
vorgezeichnet
reguläre Preise 1.20 bis 2 Mk.

Bürstentaschen	Filz, vorgezeichnet	75 Pf.
Bürstentaschen	mit Sammetauflage	1.25 Mk.
Journalhalter	Filz, vorgezeichnet	80 Pf.
Journalhalter	mit Sammetauflage	1.40 Mk.

Rückenkissen Filz, fertig gestickt **3.35 u. 4.85 Mk.**

Ein grosser Posten **Reinleinener Artikel**
vorgezeichnet, mit Durchbrucharbeit

Stubenhandtücher	1.65 Mk.	Serviertischdecken	1.90 Mk
Tischläufer	1.85 Mk.	Servietten	68 Pf.
Tischdecken	1.65 Mk.	Eisdecken	18 Pf.

Tablettedecken 38, 55, 75 Pf.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen.
H. Stramm, Rest. **Ritterstr. 123.**

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Naturärztliche Vorträge
wichtig für Kranke und Frauenleiden jeder Art sind in Broschüren à 20 Pf. erschienen v. prakt. Naturheilk.
Grandmann, Kur- u. Heilanstalt, Köpnickerstr. 72.
Naturärztl. Sprechst. 11—2. 6—8. Sonntags 10—12. Lichtbilder-Männer-Vortrag morg. ab 8½ Kommandantenstr. 20, üb. chronische Gonorrhoe.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Julius Fischer, Boeckhstr. 7.
empfiehlt allen Freunden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung" mit Lotterieliste liegt aus. 5309

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration, gut gehend, verkäuflich, Zwinglistraße 26. †83*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 13739*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Frankfurtstraße. *

Hochvornehme Herren-Anzüge, Winterpaletots, aus feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38 Mark, Beinkleider 7—10 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, erste Etage. 5035*

Vorjährige zurückgesetzte Herrenanzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. [12748*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12056*

Pianino, gut erhaltenes, sofort verkäuflich, Rollendorfstraße 24, I links. *

Abzahlungs-Schwindel, ohne solchen verkaufe ebenfalls auf Teilzahlung Schlagregulator, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontoiruhr fünfzehn Mark. Gewichtszug-Schlagregulator, fünfviertel Meter lang, dreißig bis fünfundvierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. Gegründet 1848.

Kanarienvögel verkauft Geisler, Ackerstraße 87, vorn II. †97*

Kanarienhähne, Stamm Seifert, Gödde, Reinickendorferstraße 54. †73

Kanarienhähne, große Auswahl. Rüsl, Schöneberg, Bahnstraße 41. *

Kanarienroller eigner Züchterei, Perlich, Teltowerstraße 45. 3085*

Kanarienroller, gutsingende, 4 und 5 Mark. Zorndorferstraße 17, Riedel.

Gebrauchte Stühle billig. Stuhllager, Rottbuserstraße 4. †80

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 47/14*

Krawattenstoffe, große Auswahl, Wallnertheaterstraße 30. 2065

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig, Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 28A, früher Bernhardstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. *

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.

Steppdecken spottbillig. Zahril, Weinstraße 20. †92*

Säulentrumeau, geschliffen, 40 M., Strausbergerstraße 6a, I. [46/10*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Strickmaschinen auch Teilzahlungen Bredereck, Engel-Ufer 20. 47/16*

Wringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 13888*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 13888*

Nähmaschinen. Zahle bis zehn Mark, wer auf Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Karte erbeten. Brauser, Warschauerstraße 64. 48/19*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Rietzschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13399*

Fettgänse! 1200 Stück sind zu verkaufen. Central-Viehhof, Eldenaerstraße, gegenüber Feldrestaurant Eibuleit. **Bettfedern** von 60 Pfennig bis 2,50. Paul Holst. 49/1*

Steppdecken, billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. 492*

Kleiderschrank 24,00, Bettstelle mit Matratze 26,00, Sofa 25,00, Mantelstraße 77 im Keller. 544b

Kanarienhähne, Weibchen verkauft Walter, Beidendorf 59 vorn III.

Ein Lokalofen mit Rohre zu verkaufen bei Franke, Grüner Weg 22, Keller. 5426

Hochfeine Edelhohlroller 5 bis 10 Mark, Weibchen 1 Mark versendet Ernst Dietrich, Neusalz a. Oder. [535b

Ehescheidungshalber verkauft Dame dringend Paneelsofa, zwei Bettstellen und Verschiedenes, alles wie neu. Friedrichstraße 131 d, vorn IV links. 78/7

Kanarienroller, 35 Stück, Harzer sehr billig Neanderstraße 7. 49/7

Verschiedenes.

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. 5085*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. Hall, Brunnenstraße vierzig. 5006*

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Ratserteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 13268*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 13328*

Zahnatelier C. Gedicke, Stargarderstraße 3. †137*

Kunststopferei von Frau Stolosto, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Leihhaus H. Graf, Beuthstraße 5. Coulant. Diskretion. Reelltät. Einrichtung für Einzelbedienung. *

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 8397. *

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung Paulstraße 7, Lagerspeicher. *

Fahrrad kauft Natzlaff, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Bibiskrion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Allen Fremden und Genossen empfehle mein Bier- und Kaffeelokal. Hellbrauner Rotwein a Glas 10 Pf. Heinrich Börner, Annenstraße 26, eis-a-vis Thalia-Theater. †89*

Vereinszimmer Lenz, Alte Jakobstraße 60. 12788

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 110. 13908*

Vereinszimmer zu vergeben. Potsdamer Stangenbier. Franke, Bernburgerstraße 8. †40*

Vereinszimmer mit Klavino zu vergeben. Franz Raesler, Friedrichsbergerstraße 11. †41*

Waschanstalt Paul Matzig, Köpenick, Berlinerstraße 4, Laken, Leibwäsche, vier Handtücher Zehnpfennig. Abholung Montags. 524b

Vermietungen.

Geld, sehr viel, verdient jedermann durch Plätten der schönsten Weihnachtswäsche Berlins, Quadratmeter fünf Mark. Auskunft Schönhauser Allee 101/102 Restaurant. 5145

Schausteller. Einsteller sind noch billige Plätze und Stände zur Weihnachtsmesse, verkehrsreichste Gegend, zu haben. Auskunft Schönhauser Allee 101/102, Restaurant. 5138

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Herrn, Gneisenaustraße 104, Seitdr. 4985

Kleines Zimmer Muskauerstraße 20, parterre rechts. 5470

Schlafstellen.

Anständige Schlafstelle vermietet Biere, Fruchtstraße 31 IV. †42

Anständiger Herr findet gute Schlafstelle bei Frau Hinz, Campkaufenstraße 8, Quergebäude I.

Schlafstelle bei Witwe Barikolbiack, Grünestraße 76, Hof I. 5465

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Setzer, Adalbertstraße 49, bei Schmidt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, a. Gläser.

Stellenangebote.

Schriftmaler auf Glasschilder verlangt Heckert, Prinzenstraße 32. 49/3*

Klempner auf Buchstaben verlangt Heckert, Prinzenstraße 32. 49/4*

Tüchtigen Polierer auf bessere Bilderrahmen verlangen Hans Gost u. Co., Kurfürstenstraße 146. 5435

Gelbe Schuhdrahmacher verlangt Heckert, Prinzenstraße 32. †86*

Gürtler auf Drahtwaren verlangt Gossler, Saarbrückerstraße 30. 123/19

Werkführer für die Plüsch- und Krimmerfabrikation verlangt. Derselbe muß in seinem Fache tüchtig sein. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsangabe unter „K. 7" an die Expedition dieses Blattes. 5506*

Rahmenmacher sofort gesucht. Schaefer u. Dehmel, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †142

Gelbe Rollenwickelin verlangen W. Krause u. Co., Friedrichstraße 110.

Handnäherin, seidene Blusen, verlangt Mond, Straßburgerstraße 53.

Belegerin verlangt Baer, Gollnowstraße. 5455

Einfaserin auf Kinderschuhe, G. Grüber, Lychenerstraße 8 vorn III.

Journalist,

seit 1884 in der **politischen** und **gewerkschaftlichen** Bewegung thätig, selbständiger **tüchtiger** Arbeiter, langjähriger **Leiter** politischer Tageszeitungen, geschätzter **volkstümlicher Redner,** sucht anderweit Beschäftigung in der Redaktion eines Blattes.
Offerten unter **U. 7** an die Expedition d. Bl. 5723*

Feldbahn-Fabrik
sucht einige tüchtige Schmiede und Schlosser, welche im Kippwagen- und Weichenbau gut eingearbeitet sind. Offerten sub **J. 7.** Exped. d. „Vorwärts"*

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer:
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krausstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Wegen ständiger Ueberstundenarbeit haben die organisierten Tischler der Möbeltischlerei von
Hahn & Retzkow,
Weissensee, König-Chaussee 71,
die Arbeit eingestellt. — Ebenfalls wurden die **Möbelpolierer** wegen ihrer Zugehörigkeit zum Möbelpolierer-Verbande entlassen.
Der Betrieb ist somit für Tischler und Polierer gesperrt.
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltungen.

Achtung Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krausstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jurius, Hochstr. 17.
Hahn & Retzkow, Weissensee, König-Chaussee 71.
Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste. Der Gesangverein „Maiengrün" veranstaltet am Sonntag, 23. November 1902 (Totensonntag), im Steuerhause, Landsberger Allee, eine Festlichkeit, zu welcher man versucht, Billets in Arbeiterkreisen abzusetzen. Wir machen darauf aufmerksam, daß obiges Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen ꝛc. nicht zur Verfügung steht; mithin ist das Vergnügen streng zu meiden und weise man die angebotenen Billets zurück.

Die Lokal-Kommission.

Schöneberg. Am nächsten Sonntag, den 23., von früh 8 Uhr ab, findet für unsern Ort eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich an derselben zu beteiligen. Treffpunkt in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstr. 80; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Krüger, Grunewaldstr. 110; Klitsch, Merseburgerstr. 7; Obst, Meiningerstr. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 26; Hoffmann, Chemnitzerstr. 16; Hauser, Hauptstr. 97; Moll, Sponholzstr. 34.

Köpenick. Heute, Freitagabend 6½ Uhr, ist Flugblattverbreitung, zu welcher die Parteigenossen sich zahlreich bei Rochlitz, Müggelheimerstraße, und bei Stippekohl, Schönerlinderstraße, einfinden wollen.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung über den Straßenhandel.

Der Kampf um den Straßenhandel, der in Berlin seit mehr als einem Jahrzehnt geführt wird, ist jetzt in sein letztes Stadium eingetreten. Die den Straßenhandel betreffende Polizeiverordnung, die im vorigen Jahre vom Polizeipräsidium entworfen worden und kürzlich dem Magistrat mit dem Ersuchen um Zustimmung überreicht worden ist, bezweckt angeblich nur eine „Regelung" des Straßenhandels. In ihrer Wirkung würde sie aber auf eine ziemlich vollständige Erdrosselung des Straßenhandels hinauslaufen. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung über diesen Erdrosselungsplan „gutachtlich" zu äußern; zu entscheiden hat sie ja in dieser Frage ebenso wenig wie der Magistrat. Auf freisinniger Seite war man über Notwendigkeit und Wirkung der Polizeiverordnung geteilter Meinung — nur auf socialdemokratischer Seite erklärte man sich geschlossen dagegen. Genosse Borgmann beleuchtete vom wirtschaftlichen Standpunkt aus das Wesen des Straßenhandels und die Folgen seiner Unterdrückung. Als Vertreter des Magistrats versicherte Stadtrat Bohm, der Magistrat habe noch nichts beschlossen, er wolle vorerst nur die Meinung der Stadtverordneten hören. Für die „Alte Linke" sprach Stadtv. Dove gegen den Straßenhandel, aber in maßvoller Weise. Desto heftiger donnerte ein Mitglied der „Neuen Linken" dagegen, der Stadtv. Gemeinhardt. Herr Gemeinhardt schilderte den Schaden, den der seßhafte Geschäftsmann durch den Straßenhandel erleide, und vergaß nicht hinzuzufügen, daß auch der Grundbesitz dadurch geschädigt werde. Er dachte an all' die schönen Läden, die die Hausbesitzer vermieten könnten, wenn die Straßenhändler von den Straßen verdrängt würden. Hinter diesem Herzenserguß eines „Freisinnigen" blieb selbst Herr Wallach, der die schärfere Tonart einer Gruppe aus der „Alten Linken" zum Ausdruck brachte, mit seinen gegen den Straßenhandel gerichteten Ausfällen weit zurück. Von der „Alten Linken" sprachen in ähnlichem Sinne wie Wallach noch die Herren Runge und Berger. Für eine Gruppe der „Neuen Linken" erklärte sich Stadtv. Ullstein gegen die Ausführungen seines Fraktionskollegen Gemeinhardt. Ein lebhafterer Ton kam in die Debatte durch unsern Genossen Zubeil, der mit kräftigen Worten die Motive beleuchtete, aus denen die Polizeiverordnung hervorgegangen ist. Seine Bemerkungen über den Profit, den der Grundbesitz von der Erdrosselung des Straßenhandels erwartet, veranlaßten den Chor der Hauswirte mehrfach zu lärmenden Unterbrechungen. Den Reigen der Redner schloß Herr Cassel („Alte Linke"), der für seine Person mit demonstrativer Deutlichkeit von seinen dem Straßenhandel feindlich gesinnten Freunden abrückte. Der Antrag, die Polizeiverordnung in einem Ausschuß noch näher zu erörtern, wurde schließlich angenommen.

Vierzig Jahre organisiert.

Am Mittwoch feierte der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer das Fest seines vierzigjährigen Bestehens. Als Festraum hatte der Vorstand das größte Lokal, das in Berlin aufzutreiben ist, erkoren, den 6000 Personen fassenden Circus Schumann. Und doch erwies sich dieser weite Raum als viel zu klein für die Feier; obwohl bis zur obersten Galerie jeder Platz besetzt war, mußten viele Mitglieder sich in den Gängen, draußen in der Wandelhalle oder, was einem Buchdrucker ja besonders schwer ankommt, in der Nähe einer provisorisch hergerichteten Schankstätte mit einem Stehplatz begnügen. Wie ein ordentlicher Buchdrucker sich bei Ausübung seiner Berufspflichten bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit anspannen muß, so waren auch in diesem Falle des Vergnügens hohe Anforderungen an die Anwesenden gestellt worden, denn nicht weniger als acht Stunden, von Uhr vier des Nachmittags bis nach Mitternacht dauerte die Abwickelung des Festprogrammes. Mit Musik und einem schwungvollen, vom Schriftsetzer Hermann Schmidt verfaßten Prolog setzte die Feier ein, ihren Mittelpunkt bildete eine vom Vorsitzenden Massini gesprochene Festrede voll Kern und Feuer, der Schluß aber bestand in einer Vorführung dramatischer Meisterwerke des Schwall- und Schmauch-Theaters, deren sittliche Tendenz löblich war, die aber in künstlerischer Hinsicht daran litten, daß sie allzu sehr den Intentionen Serenissimi Rechnung trugen . . .

Der Berliner Buchdruckerverein hat heute vollauf Ursache, seinen vierzigsten Geburtstag in Frohsinn zu begehen. Dank der Festigung der über ganz Deutschland organisierten Gehilfenschaft ist nach einer Zeit schwerer Kämpfe eine Einigung mit den Prinzipalen zu stande gekommen, die den Angehörigen des Berufes annehmbare Arbeitsbedingungen sichert. Die Kassen der Organisation befinden sich in solidem Zustande und neuerdings sind auch die Organisationszwistigkeiten zur Zufriedenheit aller Einsichtigen beseitigt worden. Da kann man den ernsten und den heiteren Geistern schon ein Dankopfer bringen und mit gerechtem Stolz darf der Berliner Buchdrucker auf das in Kampf und Wachsamkeit Erreichte zurückblicken.

Die Geschichte der Buchdruckerorganisation ist für alle organisierten Arbeiter schon deshalb beachtenswert, weil sie besonders klar die allmähliche Befreiung aus mittelalterlichen Zunftbanden veranschaulicht. Der erste in seiner Wirkung bis in die Gegenwart hineinreichende Zusammenschluß der Berufsangehörigen wurde, wie wir der Festschrift zur Stiftungsfeier entnehmen, bereits im Jahre 1781 erreicht. Damals gründeten die Berliner Buchdrucker eine Kranken- und Sterbekasse, aus der sich die jetzige Orts-Krankenkasse gebildet hat. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts mochten in Berlin etwa 150 Gehilfen beschäftigt sein. Eine im Jahre 1802 erschienene Broschüre beschäftigte sich mit dem Zunftmißbrauch des „Postulats". Sobald ein Lehrling der Buchdruckerkunst von seinem Lehrherrn freigesprochen war, nannten ihn diejenigen, welche das Postulat bestanden hatten, Cornut, d. h. Halbgeselle, und er war verbunden, den Postulierten von seinem Verdienst wöchentlich vier Groschen Cornutenoder Zwangsgeld zu zahlen, bis eine Summe von 38 Thalern zusammen war. Hatte der junge Mann nach jahrelangem Sparen die Summen beisammen, so mußte er acht Tage vor dem Postulatstage einige Male die Postulierten mit Branntwein und Bier anfeuchten, worauf eine mit vielem Unsinn ausgestattete Ceremonie stattfand, bei der Postulierte seine 38 Thaler los wurde. Bis zur 1848er Revolution haben die Buchdrucker sich um die Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anscheinend nicht gekümmert. In den Tagen der Revolution stellten sie einen Tarif auf, in welchem 2½ Sgr. für tausend n oder 4½ Thaler gewisses Geld die Woche bei elf- bis dreizehnstündiger Arbeitszeit gefordert wurde. Das Ende der Bewegung zeigte, daß damals schon der Staat der Socialreform moderne Bahnen wandelte und sich seiner arbeiterfreundlichen Aufgaben bewußt war, denn die fünf Mitglieder des Buchdruckerkomitees wurden als Rädelsführer in Anklagezustand versetzt und erhielten je 14 Tage Gefängnis. In den fünfziger Jahren herrscht Kirchhofsruhe im Beruf.

Erst das Jahr 1862 brachte neues Leben unter die Berliner Buchdrucker. War es auch nur eine kleine Ursache, welche sie zusammenführte, so war sie doch entscheidend für die Zukunft des Vereinslebens. Die Ursache war folgende:

In der Mitte des Jahres 1862 erschien in der „Volks-Zeitung" ein Lehrlingsgesuch, welches lautete: „Bei dem gänzlichen Mangel an nur einigermaßen brauchbaren Schriftsetzern sehe ich mich genötigt, eine Anzahl Lehrlinge einzustellen, und bitte deshalb Eltern und Vormünder usw. G. S."

Man kann sich wohl denken, welche Erregung dieses kleine Inserat unter der Berliner Buchdruckergehilfenschaft hervorrufen mußte, jeder fühlte sich beleidigt und dies mit Recht. Am nächsten Tage folgte in der derselben Zeitung eine scharfe Entgegnung, welche von vielen Gehilfen der einzelnen Druckereien unterzeichnet war. Bei der täglichen Besprechung dieser Angelegenheit wurden die Bestrebungen von 1848 wieder wach, man fühlte sich vereinsamt und suchte nun nach Wegen, um ein neues Band der Einigkeit zu schließen. Es fanden sich fünfzig Buchdrucker in dem nunmehr gegründeten Verein beisammen, von denen heute noch drei, nämlich die Herren Julius Altmann, Wilhelm Bickel und Gustav Marquardt, im Berufe thätig sind. Der Beitrag wurde auf 1 Sgr. die Woche festgesetzt; das Vereinsleben gestaltete sich recht mannigfaltig. Eine Lohnbewegung, die im Jahre 1863 einsetzte, verlief vorab resultatlos, führte jedoch dahin, daß im Jahre 1865 die Prinzipale den 3 Sgr.-Tarif anerkannten. Im Jahre 1864 erregte es Aufsehen, daß Minister Eulenburg einer Deputation von Buchdruckern, die gekommen war, um ihm das Elend des Berufs zu schildern und ihn für die Koalitionsfreiheit zu interessieren, der wärmsten Sympathien der Regierung versicherte. Pfingsten 1866 wurde der erste Buchdruckertag in Leipzig abgehalten, der von 34 Delegierten aus 85 Städten mit 3187 Mitgliedern beschickt war; 1868 fand der zweite Buchdruckertag in Berlin statt. Hier wurde die Central-Invalidenkasse gegründet, die Abschaffung der Sonntagsarbeit beschlossen und ein Lehrlingsregulativ aufgestellt. Zu Anfang der siebziger Jahre hatten die Buchdrucker mit einer Lohnbewegung Erfolg, deren Früchte ihnen jedoch 1876 zum Teil wieder verloren gingen.

Nach Erlaß des Schandgesetzes im Jahre 1878 wurden auch einige Mitglieder des Buchdruckerverbandes, wie Fritz Milke, August Baumann und Greifenberg, von der Ausweisung betroffen.

Im Oktober 1879 wurde der Gesangverein „Typographia" gegründet, welcher wieder neues Leben unter die Mitglieder brachte.

Ende 1878 wurde der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker in Leipzig konstituiert, der Verband am 5. März 1879 aufgelöst und der Unterstützungsverein von Leipzig nach Stuttgart verlegt. 1889 kam (unter den bekannten Umständen, die in der Arbeiterschaft vielfach verschnupften) der Sitz des Unterstützungsvereins nach Berlin und E. Döblin wurde als Vorsitzender gewählt.

Eine Tarifrevision im Jahre 1885 brachte eine Lohnaufbesserung von 6½ Proz. Im Oktober 1890 begann der große Ausstand der Buchdrucker, der der Organisation 2½ Millionen Mark kostete, aber keinen Erfolg brachte.

Die siebente und letzte Generalversammlung des Unterstützungsvereins, welche vom 28. Juni bis 2. Juli 1892 in Stuttgart tagte, löste den „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker" auf und errichtete wieder den „Verband der Deutschen Buchdrucker".

Erst dem Jahre 1896 war es vorbehalten, endlich grundlegende Tarifabmachungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen zu stande zu bringen. Die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde verkürzt und eine zweieinhalbprozentige Lohnerhöhung der Grundpositionen und des Minimums den Gehilfen zugestanden. Die Dauer wurde auf drei resp. fünf Jahre festgesetzt. Als Einführungstermin bestimmte man den 1. November 1896. 1901 wurde dieser Tarif revidiert und mit wesentlichen Verbesserungen auf weitere fünf Jahre verlängert. Ohne bemerkenswerte Zwischenfälle ging die Einführung von statten.

So steht der Berliner Verein, der heute 7000 Mitglieder zählt, stark und gefestigt da. Möge er Hand in Hand mit der gesamten Arbeiterbewegung weiter kräftig wirken. Können auch andre gewerkschaftliche Organisationen die Einrichtungen des Buchdruckerverbandes nicht in allen Dingen schematisch nachahmen, so dient diese Organisation dem gesamten Proletariat doch unter allen Umständen mit der einen Lehre als Vorbild, daß eine Gewerkschaft nur dann etwas zu bedeuten hat, wenn sie ihre Mitglieder zu höheren Leistungen heranzieht. Die vierzigjährige Geschichte des Buchdruckerverbandes zeigt, daß für den Arbeiter eine tüchtige Gewerkschaft die beste Sparkasse ist.

Der frühe Winter. Im Eise ist ein Schlepperzug, aus Dampfer und zwei Zillen bestehend, auf dem Spreekanal stecken geblieben. Die Schiffer wollten den Versuch machen, noch den Winterhafen zu erreichen und gelangten bis zur oben genannten Stelle. Hier hatten sich jedoch so viel Eisschollen gegen die Schiffe gedrängt, daß der Zug nicht weiter kommen konnte, und als der Dampfer, zurückfahrend, den Versuch machte, die Schollen zu durchbrechen, geriet auch er in dem „Packeis" fest. — Bei der grimmigen Kälte — am heutigen Morgen gegen 6 Uhr wurden in den Vororten 12 Grad, in Berlin bis 10 Grad unter Null festgestellt — ist nicht nur der Spreekanal, sondern auch der Spandauer Schiffahrts-, Luisenstädtische, streckenweise auch der Landwehr-Kanal, ja selbst die Spree stellenweise mit einer Eisdecke überzogen, und an der Mühlendamm-Schleuse haben sich eine große Menge abgetriebener Eisschollen gesammelt. Im Humboldt-, Nordhafen usw. sind die dort zur Entladung liegenden Schiffe eingefroren, so daß diese wie viele andre auf der Fahrt befindlichen Fahrzeuge, die von dem Frost überrascht wurden, nicht mehr ihr Winterquartier aufzusuchen vermögen. Bei Plötzensee liegen in dieser Weise etwa hundert Zillen fest. — Ein Erntetag für die Eisbahnpächter bildete der Bußtag. Mehr als 40 Kunst-Eisbahnen wurden gestern früh für die Oeffentlichkeit freigegeben, und der Besuch der Eisflächen war ein ganz gewaltiger. Auf der West-Eisbahn, im Ausstellungspark, auf der Nordpark-, Centralbahn usw., tummelten sich viele Tausende dem Eissport Huldigende bis zum späten Abend. — Der Besuch der Friedhöfe, der am Bußtage stets sehr stark ist, hatte unter der Einwirkung der Kälte sehr zu leiden, und demgemäß war der Verkehr auf den nach den Begräbnisstätten führenden Eisenbahn- und Straßenbahnlinien verhältnismäßig schwach. Ein Teil der für den erwarteten Massenverkehr vorgesehenen Extrazüge konnte schon am frühen Nachmittag aus dem Betriebe herausgezogen werden.

Die Wärmehallen versagen! In einer schlimmen Lage befinden sich in diesen Tagen der plötzlich hereingebrochenen strengen Kälte die Arbeits- und Obdachlosen, die sonst in den Wärmehallen am Alexanderplatz einen Unterschlupf finden. In ganzen Trupps kommen sie oft heran, um zu erspähen, ob denn die Hallen noch immer nicht geöffnet seien. Stets mußten sie enttäuscht, frierend und zähneklappernd weiter gehen oder wieder umkehren. Die gastlichen Räume blieben ihnen noch verschlossen. An der Eingangsthür klebte ein Zettel mit der Aufschrift: „Frisch gestrichen!" Und nicht bloß die Thür, sondern die ganze Halle, alle Stadtbahnbogen, die sie umfaßt, sind frisch gestrichen, ausgebessert, „neu renoviert", wie der Berliner sagt, weil doppelt besser hält. Eine gründliche Erneuerung war gewiß wünschenswert und gut. Sonderbar ist es nur, daß man sie nicht im Sommer vornahm, als die Halle leer stand, sondern erst Mitte November, wo man doch auf Kälte immerhin schon gefaßt sein mußte. Um irgendwo gegen die Unbilden der Witterung Schutz zu suchen, gehen die Obdachlosen jetzt in die Museen, die Wartesäle der Bahnhöfe und in die Hallen der Gerichtsgebäude. In den Gerichtshallen ist allerdings ihres Bleibens in der Regel nicht lange, denn sie sind nicht „geladen", und „Nichtgeladene" werden nach unliebsamen Vorkommnissen dort nicht mehr geduldet.

Die Christbaumhändler Berlins sind in einem eigentümlichen Kampfe begriffen. Wie der Bevölkerung wohl bekannt ist, befand sich der Engrosmarkt für Weihnachtsbäume seit vielen Jahren zunächst an der Dresdener Bahn und dann als dieser Platz andre Verwendung fand, auf dem militärfiskalischen Terrain an der Großgörschenstraße, der von einem Herrn Weise gepachtet war. Herr Weise, der 500 M. Pacht zahlte und daher auch mit den Händlern coulante Bedingungen eingehen konnte, ist nun von einem Konkurrenten vertrieben worden, der das Wagestück beging, die Pacht bis auf 4150 M. in die Höhe zu treiben, eine im Verhältnis zu früher gewaltige Summe, die er mit entsprechendem Gewinn natürlich wieder aus den Händlern herausholen muß. Diese wollen jedoch Herrn Weise treu bleiben, der jetzt in der Quitzowstraße 14—17, nahe der Fennbrücke, ein großes Grundstück gepachtet hat, auf welchem der diesjährige Christbaum-Markt abgehalten werden soll. Die Händler agitieren jetzt lebhaft, damit nur dieser Platz besucht und der neue Pächter an der Großgörschenstraße somit kalt gestellt werde. Sie hoffen, auch das Publikum für diesen Kampf zu interessieren, das natürlich höhere Preise zahlen muß, wenn die Pacht herausgeschlagen werden soll.

Um von dem Umfang des Berliner Christbaum-Marktes ein Bild zu geben, teilen wir noch mit, daß zum Feste etwa 450—500 Eisenbahnwagen mit Tannen auf den hiesigen Bahnhöfen ankommen; jeder Wagen faßt durchschnittlich 600 Bäume, so daß gegen 300 000 Bäume zu Weihnachten verbraucht werden.

Die Metallarbeiter-Krankenkasse, Filiale Berlin 10, teilt uns mit, daß einer ihrer unbemittelten Angestellten 18 M. 55 Pf., in Papier gewickelt, verloren hat und bittet den Finder dringend, das Geld bei Th. Hahn, Birkenstr. 13a oder bei E. Lieder, Lübeckerstr. 47, Seitenflügel IV abzuliefern. Das Geld ist auf dem Wege von der Perlebergerstraße bis zur Rathenowerstraße verloren gegangen.

Ueber eine abermalige Beschädigung der Siegesallee-Denkmäler berichtete in sensationeller Weise ein hiesiges Lokalblatt. An fünf Denkmälern sollten „unbekannte Thäter" die Kreuze der Kronen abgeschlagen haben, mit denen die Marmorbänke geschmückt sind. Wie uns dazu berichtet wird, handelt es sich keineswegs um eine „vandalische That". Die Beschädigungen sind nicht durch Bubenhand hervorgerufen worden, sondern auf den Einfluß der Witterung zurückzuführen. Die kleinen Marmorkreuze, die sich auf den Kronen an dem vorderen Teile der die Denkmäler umgebenden Bänke erheben, sind auf Metallstifte gesteckt und dann noch mit Gips auf dem oberen Teile der Krone befestigt worden. Die Gipsmasse hat sich infolge des Regens und des Sonnenscheins gelöst, so daß die Kreuze von selbst herabgefallen sind. Dies ist schon vor längerer Zeit geschehen und den Behörden wohl bekannt. Eine Beschädigung durch Menschenhand sollte sich auch sehr schwer ausführen lassen, da die Denkmäler beständig von 8 Schutzleuten bewacht werden. Außerdem patrouillieren zur Nachtzeit auf beiden Seiten der Siegesallee je zwei Schutzleute hinter dem hohen Drahtgitter, das die gesamte Denkmalsanlage auf der Rückseite umgiebt.

Ein frecher Einbruchsdiebstahl wurde vorgestern abend bei einem Fleisch- und Geflügelhändler in der Gollnowstraße verübt. Schon vor 10 Uhr abends begannen die Einbrecher die hinter der Treppe belegene, zum Laden führende Seitenthür auszuschneiden, und ließen sich auch durch ein- und ausgehende Hausbewohner in ihrer Thätigkeit nicht stören. Als ein nach Hause kommender Mann verdächtiges Geräusch hörte und die Frage stellte: „Ist dort jemand?" antwortete einer der Verbrecher: „Ja!", ohne jedoch seine Arbeit zu unterbrechen. Thatsächlich erregten die Burschen bei solcher Frechheit nicht den geringsten Verdacht. Nachdem sie sich durch Ausschneiden der Füllung den Zugang zum Laden verschafft, steckten die Diebe in vier zu diesem Zweck mitgebrachte Säcke den gesamten vorhandenen Vorrat an geschlachteten Gänsen, und traten dann, gegen elf Uhr abends, den Rückweg an. Um diese Zeit schloß wieder ein Bewohner des Hauses die Thür auf und der Vorsicht halber entfernte sich deswegen nur ein Spitzbube, nachdem er den von ihm geschleppten Sack hinter der Treppe niedergesetzt hatte. Er kehrte, so bald die „Luft rein" war, wieder zurück und verließ mit seinen Komplicen unter Mitnahme der Beute dann das Haus. Bei der Fortschaffung der Gänse sind die Verbrecher vermutlich durch eine Schutzmannspatrouille gestört worden und zwei derselben stellten die Säcke deswegen in einen Hausflur in der Landwehrstraße ein. Die Diebe fanden auch jedenfalls nachher nicht mehr Gelegenheit, die Beute abzuholen, denn sie wurde morgens gegen 7 Uhr aufgefunden und konnte dem Eigentümer zugestellt werden, der somit wieder in den Besitz von 25 Gänsen gelangte.

Gegen das Anreißertum, welches in letzter Zeit wieder recht überhand genommen hat, wollen die besseren Geschäfte der Herren- und Damenkonfektion Front machen. Eine Vorberatung zur Gründung eines Schutzverbandes gegen dieses Unwesen findet für alle Interessenten am Dienstag, den 25. November, abends 9½ Uhr, im Altstädter Hof statt.

Selbstmord eines Künstlers. In seiner Kunstwerkstatt erschoß sich am Dienstag der 55 Jahre alte Bildhauer Theodor Litke, ein Junggeselle, der seit 8 Jahren bei einer Witwe in der Schönebergerstraße 23 wohnte. Litke war namentlich in militärischen Kreisen bekannt. Prinz Georg von Preußen wollte ihm wohl und besuchte ihn öfter in seiner Werkstatt in der Schönebergerstr. 9, wo er seit 15 Jahren allein arbeitete. Der Kaiser gab ihm durch Vermittelung seines Schatullenverwalters, Geheimrats Meißner, viele Aufträge. Die Büsten, die der Kaiser Offizierkasinos, Kasernen ꝛc. widmete, wurden in der Regel von Litke ausgeführt, der hierdurch mit vielen Truppenteilen in Berührung kam. Ein zunehmendes Augenleiden, das ihn zwang, ein Glas zu tragen, machte ihn seit 2 Jahren immer nervöser und weniger arbeitsfähig, so daß er wiederholt Aufträge ablehnen mußte. Am Dienstagmorgen vermißte ihn seine Wirtin. Als die Revierpolizei auf ihre Veranlassung durch einen Schlosser die Werkstatt öffnen ließ, fand man den Künstler tot daliegen. Er hatte sich durch einen Revolverschuß in die linke Schläfe getötet, wahrscheinlich in einem Anfalle von Schwermut. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Umfangreiche Geschäftspraxis. Das Polizeipräsidium teilt mit: Als eine ehemalige in den Lokalen mit weiblicher Bedienung der Friedrichstadt beschäftigt gewesene Kellnerin ist ein angebliches Fräulein Fränzi auch Franziska v. Berg, welche unter diesem Namen Bekanntschaften in den Kreisen der Berliner Lebewelt gesucht und gefunden hatte, von der Kriminalpolizei entlarvt und wegen Betrugs verschiedener Diebstähle zur Haft gebracht worden. Es handelt sich um die am 2. Januar 1884 in Berlin geborene, unverehelichte Kellnerin Emma Franziska Gärtner. Unter ihren zahlreichen Korrespondenzen sind auch solche gefunden worden, welche dieselbe mit Herren außerhalb Berlins, z. B. in Schwerin, Ludwigsburg, Hamburg, Jüterbog, Tübingen u. a. m. wohnhaft, stets unter dem Namen Franziska von Berg geführt hat; danach ist anzunehmen, daß die Berg alias Gärtner auch andren Städten Besuche abgestattet hat. In Anbetracht des luxuriösen Lebensaufwandes, den die Gärtner in Berlin führte, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß sie Hochstapeleien getrieben und auch die Geschäftswelt geprellt hat. Etwaige von der v. Berg alias Gärtner Geschädigte werden ersucht, der Kriminalpolizei zu J.-Nr. 77 11. IV. 27. 02 Anzeige zu erstatten.

Ein Diebstahl von 25 000 Frank ist auf der belgischen Bank verübt worden, ganz in derselben Weise, wie kürzlich hier auf der Dresdener Bank 17 000 M. gestohlen wurden. Der Dieb, der vielleicht in beiden Fällen dieselbe Person ist, wird deshalb auch in Berlin gesucht. Es ist ein Mann, der weißes Haar und Schnurrbart hat, trotzdem aber kaum älter als 45—50 Jahre zu sein scheint. Er hat eine rötliche Nase, zittert stark, spricht schlecht französisch und trägt einen schwarzen Ueberzieher und einen kleinen runden Hut.

Ein Hauswirt als Einbrecher. Fortgesetzter Einbrüche, besonders in große Pelzwarengeschäfte, werden ein hiesiger Hausbesitzer, dessen Braut und ein Arbeiter beschuldigt, die alle drei verhaftet wurden. Der Hausbesitzer, ein früherer Geschäftsmann, hatte es durch Fleiß, Sparsamkeit und eine Erbschaft zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht. Trotzdem verband er sich mit seiner Braut, der früheren Geliebten eines Offiziers, und einem Arbeiter, um durch Einbrüche seine Lage noch zu verbessern. Ganz besonders hatten es die drei auf Pelzsachen abgesehen, die jetzt für den Winter in den großen Handlungen in Massen aufgestapelt liegen. Sie verschafften sich Eingang, indem sie Thürfüllungen aussägten oder Schlösser sprengten, machten aus der Beute Pakete und brachten diese zur Aufbewahrung nach einem Bahnhofe, um sie bei guter Gelegenheit abzuholen und nach Süddeutschland zu versenden. In einem einzigen großen Korbe, der beschlagnahmt wurde, fand die Kriminalpolizei für 6000 Mark Ware. Einem Pelzwarenhändler wurden allein für 10 000 Mark Pelze gestohlen. Auch Teppiche stahl die Gesellschaft. In einem Geschäft erschien sie zweimal in einer Nacht, da sie die ganze Beute nicht auf einmal wegschaffen konnte. Bei der Braut des Hausbesitzers, der auch Tuchhallen nicht verschmähte, fand man in einem Reisekorbe außerdem allerhand Silberzeug, dessen Herkunft noch nicht feststeht. Sie behauptet, es von ihrem ehemaligen Geliebten bekommen zu haben, der ihr auch eine Abfindung von 30 000 Mark gegeben haben soll.

Feuerbericht. Infolge der plötzlich eingetretenen Kälte hat die Feuerwehr sehr viel Arbeit bekommen. Am Bußtage wurden allein einige 20 Brände gemeldet. Unter andmer abermals ein großer Kellerbrand aus der Neuen Promenade 7. Die vierte Compagnie hatte mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Gestern abend stand der Dachstuhl des Hauses Bernauerstr. 11 in großer Ausdehnung in Flammen. Wegen der großen Verqualmung der Treppen mußte auch über eine große mechanische Leiter vorgegangen werden. Die Kälte war insofern hinderlich, als das Wasser in den Schläuchen fror und Schläuche dadurch platzten. Kellerbrände wurden noch aus der Kaiser Wilhelmstraße 25, Elsholzstr. 4 usw. gemeldet. In der Müllerstr. 161 kam um Mitternacht in einer Werkstatt für Fahrräder Feuer aus. Als dieser Brand gelöscht war, wurden zwei neue Brände aus der Bergstraße 14 und Neuen Promenade 7 gemeldet. Um 7 Uhr wurde die Feuerwehr zum zweitenmal nach der Müllerstraße 161 und gleichzeitig nach der Dirksenstraße 38 gerufen. Hier brannte es in einer Wohnung. Mittags war in der Stralauerstr. 42 ein Balkenlagerbrand zu löschen. Einige Stunden darauf brannte es dort abermals. Nachmittags hatte die Schöneberger Wehr in der Moystr. 66 einen Dachstuhlbrand zu löschen. Um 4 Uhr wurden zwei Brände aus der Hübnerstr. 9 und von der Spandauerbrücke 4—5 gemeldet; Betten, Gardinen, Thüren u. a. hatten dort Feuer gefangen. In der Kurfürstenstr. 90, 2 Tr. gingen abends Möbel, Kleider, Teppiche, Gardinen 2c. in Flammen auf. Ein ähnlicher Brand beschäftigte gleichzeitig die Feuerwehr in der Koppenstr. 99. Nachts wurde die Wehr dann noch nach der Oberbaumbrücke 1 und andern Orten gerufen. Heute früh um 7 Uhr brannte das Comptoir einer Darmhandlung in der Gr. Frankfurterstraße 32. Außerdem erfolgten noch Alarme nach der Dresdenerstraße 3, Swinemündernr. 27 usw. aus kleineren Anlässen.

Zu der Festnahme der Einbrecher Schuster und Schulze teilt uns der Wirt des Lokals Königsbergerstraße 30 mit, daß die Verhaftung zwar in seinem Lokal erfolgt sei, doch sei seine Restauration keineswegs als Kaschemme zu bezeichnen. Er besitze das Lokal fünf Jahre lang und habe noch nichts mit der Polizei zu thun gehabt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Im 3. Bezirk der 2. Abteilung hat eine Ergänzungswahl zur Stadtverordneten-Versammlung stattzufinden, da Stadtverordneter Seelmeyer sein Mandat niedergelegt hat. Dieser Herr ließ sich sehr selten in der Versammlung sehen.

Unparteiische Gewerbegerichts-Beisitzer. Aus Pankow schreibt man uns: Herr Georg Juhl, Mitinhaber der bekannten Cigarrenfabrik in Pankow, hat aus Anlaß der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen am Orte es unternommen, die Arbeitgeber aufzufordern, gegen die socialdemokratischen Arbeitgeber Front zu machen. Es soll verhütet werden, daß die Mandate der Arbeitgeber der Socialdemokratie zufallen. Zu diesem Zwecke hat Herr Juhl einen umfangreichen Bericht den beteiligten Arbeitgebern zugesandt, worin er den Berliner Gewerbegerichts-Beisitzern, welche der Socialdemokratie angehören, Parteilichkeit zu Gunsten der klagenden Arbeitnehmer vorwirft. In dem Bericht wimmelt es von Vorwürfen über „frivole Klagen", und über das Interesse, das den Arbeitern stets entgegengebracht werde. In demselben Atemzuge wird aber erklärt, daß, nachdem die socialdemokratischen Arbeitgeber nicht mehr dem Gewerbegerichte angehören, der größte Teil aller Arbeitgeberklagen zu Gunsten der Arbeitgeber und nur ein kleiner Teil zu Gunsten des Arbeiters entschieden ist: die Arbeitgeber sollten bedenken, daß fast immer der Kläger ihr politischer Gegner sei, und daß es den Arbeitgebern an den Geldbeutel gehe, wenn beide Beisitzerkategorien der Gegenpartei angehörten.

Die Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts mögen sich wegen dieses bedenklichen Lobes mit Herrn Juhl auseinandersetzen. Seine Kenntnis vom Wesen der gewerblichen Rechtsprechung mag dieser Herr daraus geschöpft haben, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter schon mehrfach das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen mußten, weil die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in seinem Betriebe nicht die besten waren.

Spandau. Jeter und Mordio schreien die Herren Grundeigentümer bekanntlich bei Einführung der Grundwertsteuer. Sie sprachen von Unterbindung der Kauflust, Erschwerung der Grundstücksgeschäfte usw. Nichts von alledem ist eingetroffen, im Gegenteil sind in letzter Zeit ungewöhnlich zahlreiche Terrainverkäufe durch Spekulanten bewirkt worden. Die Einnahme der Stadthauptkasse aus der Umsatzsteuer allein in dem halben Jahr vom 1. April bis 1. Oktober d. J. soll denn auch bereits die Einnahme des ganzen vergangenen Etatsjahres übersteigen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. Nr. 29, Hamburg.) Filiale Rummelsburg. Sonnabend, den 22. November, abends 8½ Uhr, im Lokale von Gust. Teupel, Boxhagen, Ecke der Bahnhofstraße, Mitglieder-Versammlung.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unglück. Aus München wird vom 20. November telegraphiert: Der gestern Abend 6 Uhr 20 Minuten von hier abgegangene D-Zug stieß in Station Schwarzenfeld auf einen Güterzug. Bei dem Zusammenstoß wurden ein Bremser und ein Wagenwärter getötet. Von den Reisenden, unter welchen sich auch mehrere bayrische, nach Berlin fahrende Reichstags-Abgeordnete befanden, wurde niemand verletzt. Wie wir von andrer Seite erfahren, sind beim Zusammenstoß zehn bayrische Reichstags-Abgeordnete mit knapper Not dem Tode entgangen. Im D-Zuge befanden sich auf dem Wege nach Berlin, um den Reichstagsverhandlungen beizuwohnen, unter andern folgende Abgeordnete: Beck (Aichach), Bachmeier, Freiherr v. Thünefeld, Lehemeir, Dr. Heim, Witzelsperger, Speck, Dr. Pichler. Der verunglückte Zug ist derselbe, durch den der Abgeordnete Friedel vor einiger Zeit seinen Tod fand.

Eine gewaltige Feuersbrunst wird aus Odessa vom 19. November gemeldet: Seit gestern abend brennt die Ladestation der Firma Mantaschew, in welcher die Cisternenwaggons gefüllt werden. Es brennen sechs große, je 50 000 Puds fassende Petroleumbassins und fünf kleinere. Das Bureau, das Maschinenhaus, die Arbeiterkaserne sowie sechs Cisternenwaggons sind bereits niedergebrannt. Das Feuer hat sich über eine Fläche von 3600 Quadratfaden ausgebreitet. Die Station war nicht versichert. Der Schaden wird bis jetzt auf etwa eine Million Rubel geschätzt.

Der Winter. Frankfurt a. M., 19. November. Heute abend ist leichter Schneefall eingetreten. — Petersburg, 19. November. Die Schiffahrt auf der Wolga ist eingestellt. — Aus Odessa werden 10 Grad Kälte gemeldet.

Vulkanausbrüche. Ein vom 23. Oktober datiertes und an Chamberlain nach London gerichtetes Telegramm des Gouverneurs der Inseln über dem Winde, welches jetzt vom Kolonialrat veröffentlicht wird, berichtet: Da durch die Vulkanausbrüche vom 15. und 16. Oktober die Verheerungen ein noch größeres Landgebiet in Mitleidenschaft gezogen haben, ist eine gänzliche Räumung der Stadt Georgetown, die gegenwärtig von den Einwohnern verlassen ist, ernstlich in Betracht zu ziehen. Es ist zweifelhaft, ob überhaupt ein Teil der Insel St. Vincent außerhalb des Bereichs der durch den Vulkan drohenden Gefahr liegt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mir meine liebe Frau und gute Mutter

Elise Sommer

geb. **Telchert**

im Alter von 30 Jahren am Mittwoch, den 19. d. M., nach kurzen, schweren Leiden durch den Tod entrissen wurde.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 57312

Der tiefbetrübte Gatte nebst Tochter.

Allen Kollegen, Freunden und Parteigenossen die traurige Mitteilung, daß mein Mann, der Hutmacher 5335

August Krause

am Bußtag, den 19. d. M., nach langjährigem schweren Leiden verschieden ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag ½3 Uhr von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes zu Niederschönhausen aus statt. Um stilles Beileid bittet

Witwe **Marie Krause.**

Am 18. Novbr., morgens 9 Uhr, verschied plötzlich am Herzschlage meine liebe Frau

Auguste Gnegler

im Alter von 50 Jahren.

Um stilles Beileid bittet

Der trauernde Gatte

Heinrich Gnegler.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Novbr., nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofs, Fürstenbrunner Weg (Westend) aus statt. 57322

Danksagung. [540b

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **August Dessin** sage ich allen Freunden und Bekannten, den Kollegen und Mitarbeitern der Firma Rudolf und Kühne, dem Gesangverein „Rosenrot" meinen herzlichsten Dank.

Witwe **Albertine Dessin.**

Danksagung.

Für die vielen und reichen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, des Klempners **Carl Reuss,** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Chefs, dem Herrn Meister, den Kollegen und Kolleginnen der Firma „Industria", den Kollegen der englischen „Gasmesser-Fabrik Mariendorf" sowie für die herrlichen Kranzspenden meinen tiefgefühltesten Dank.

Frau **Johanna Reuss,**
geb. **Lange.**
563b

Arbeiter-Radfahrerver. „Berlin".

Sonntag, 2 Uhr:

Koppenplatz.

Nach Tegel bei Krause. 10/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

Weitere Stellungnahme zum Innungs-Nachweis. — Werkstatt-Streiks und Differenzen.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Buch nebst Vertrauensmänner-Karte legitimiert. 91/10

Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Einsetzer!** **Achtung!**

Sonntag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Der paritätische Arbeitsnachweis. 2. Bau- u. Branchenangelegenheiten.

NB. Die Vertrauensleute werden ersucht, heute in der Versammlung zu erscheinen.

Montag, den 24. November, abends 8½ Uhr:

Kommissions-Sitzung der Drechsler

bei Schünemann, Steinstraße 17.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, den 22. November 1902, abends 8½ Uhr:

Konferenz d. Vertrauensleute f. Moabit

bei Fischer, Waldstr. 8.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Sonntag, den 23. November und Sonntag, den 7. Dezember:

Sondervorstellung in der Urania.

Zur Darstellung gelangt: **„Tausend Jahre deutscher Kultur".** Billets à 70 Pf. inkl. Garderobe sind noch im Bureau, Engel-Ufer 15, zu haben. 167/3

Des weiteren die Mitteilung, daß Metallarbeiter-Notizkalender für 1903 eingetroffen sind. **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies".

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Sonntag, den 23. November, vormittags 9 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29 (großer Saal:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Anträge der Verwaltung. 4. Verschiedenes. 128/8

Zutritt nur Mitglieder mit Frauen. **Mitgliedskarte legitimiert.**

NB. Beiträge werden in dieser Versammlung entgegengenommen.

Der Vorstand.

Vorsitzender: Gustav Voigt, Görlitzerstr. 56.

---

van Houten's Cacao

Leicht löslich
Leicht verdaulich

Verband des techn. Bühnen-Personals.

Sonnabend, den 22. November, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal VII:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Centralvorstands über auswärtige Agitation. 2. Verbandsangelegenheiten — Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

190/9 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Maler

Filiale Berlin I.

Sonnabend, den 22. November:

Grosses Herbst-Fest

im **„Gewerkschaftshaus".** Engel-Ufer 15.

Mitwirkende: Herr **E. Severin,** Konzertsänger, **O. Kahut'sches** Berliner Instrumental-Orchester. 124/20

Anfang 8 Uhr.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Kaffee billig.

Direkt vom Importhafen.

Roh: 59, 64, 68, 78, 84, 88, 92, 100, 110, 120 Pf. **Gebrannt:** 74, 78, 84, 88, 92, 98, 110, 120, 140 Pf. 5619Q*

Specialität: Hamburger Melange, per Pfund 90 Pf.

Für sämtliche Kaffee übernehme ich volle Garantie, daß dieselben hochfein im Geschmack sind.

Nichtschmeckende Kaffees garantiert Zurücknahme.

Probe-Kolli 5 Kilogramm. — Preisliste gratis.

Wiederverkäufer Rabatt. Vertreter gesucht.

Kaffee-Versand-Haus

M. Lübbers, Hamburg 6.

Rettung vom Rheumatismus 48/10*

bringt **Dethloffs Rheumatismus-Unterkleidung,** aus reiner zweckentsprechend präparierter Schafwolle unter Anwendung einer eigenartigen, **sicheren Erfolg** versprechenden Technik hergestellt. Viele Dankschreiben! Neueste Erfindung! Keine Quacksalbereien! D. R. P. a. Prospekte gratis.

W. Dethloff, Berlin O., Schillingstr. 12.

Musikwerke,

mit auswechselbaren Notenscheiben. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahlung. **Neue Königstr. 47,** II Treppen, Alexanderplatz. [56692*

Herren-Kragen,

— reinleinen, garantiert 4fach. — verschiedene Façons in allen Weiten,

Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.

— Geschlossene Kragen —

per Dutzend 3 Mk. und **3 Mk. 50 Pfg.**

Manschetten, Prima, garant. 4fach ½ Dutzend 1.80 Mk.,

Oberhemden, Serviteurs, Kravatten, in größter Auswahl, **Tricotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen. Ernst Marcuse, Münzstr. 23.**

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10 über: **Sogenannte unheilbare Männerleiden.**

Freitag, den 21. November, abends ½9 Uhr, 537b

im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.

Nur für Herren! Eintritt frei!

5581L*

Gelegenheitskauf! Bunte Mocquettplüsche

und **abgepasste Satteltaschen,** einfarbige **Plüsche u. Möbelstoffe** selten billig!

Muster bei näher. Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. **158.**

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Sortierer

und deren gewerblichen Hilfsarbeiter.

General-Versammlung der Arbeitgeber am Donnerstag, den 27. November, abends 6 Uhr, im Restaurant Hempel, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

Wahl von sechs Vorstandsmitgliedern. 538b **Der Vorstand.**

An demselben Tage und in demselben Lokal findet abends 8 Uhr **General-Versammlung d. Arbeitnehmer** statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Rendanten. 3. Neuwahl von sechs ausscheidenden Vorstandsmitgliedern. 4. Wahl von drei Revisoren zur Vorprüfung der Jahresrechnung. 5. Abänderung des § 61 des Statuts. 6. Wahl eines Bureaubeamten oder Kassenboten. **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Kürschner

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Dienstag, den 25. November, abends 8½ Uhr, in der **Brauerei Bötzow,** Prenzlauer Allee 247:

Ordentliche General-Versammlung der Delegierten.

Tages-Ordnung:

1. Verlesung der Präsenzliste und des Protokolls. 2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer). Die Wahlen finden getrennt statt. 3. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung des Jahresabschlusses. 4. Aenderung der §§ 9 und 31. 5. Kassenangelegenheiten. 277/10

Erscheinen sämtlicher Vertreter ist notwendig.

Der Vorstand.

J. A.: G. Seidenkranz, Vorsitzender.

Reste

für Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen, Kinderanzüge usw. kauft man nur

spottbillig

in der 4035

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland,

Berlin, Rosstraße 2.

Neu aufgenommen für Damen: **Zibeline für Saccos und Capes,** ferner **Damentuche.**

Damen-Capes Jaketts - Saccos

billiger

als in jeder Fabrik 5722Q*

Reste

zu **Kostümen, Damen-Mänteln, zu Mädchen- u. Knaben-Sachen.**

Oranienstr. 202, part.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW